

81. Sitzung

am Dienstag, dem 24. April 2007

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 5437	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	5437
Fragestunde	
1. Fair gehandelte Lebensmittel im Land Bremen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Nalazek, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 16. März 2007	5438
2. Bürgerrundfunk als Podcast?	
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2007	5439
3. Umsetzung der Bleiberechtsregelung im Land Bremen	
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2007	5440
4. Zusätzliche Kosten für die Kleingartenvereine durch Leerstände	
Anfrage der Abgeordneten Frau Garling, Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 22. März 2007	5441
5. Gefährdung mittelständischer Unternehmen durch die geltenden Regelungen des Erbschaftsteuergesetzes?	
Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Jägers, Frau Schwarz, Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 22. März 2007	5443
6. Konsequenzen aus dem Bericht zur Verkehrsunfallentwicklung	
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. April 2007	5444
7. Vorfinanzierung der Planungskosten für die Y-Trasse Hannover-Bremen-Hamburg	
Anfrage der Abgeordneten Focke, Knäpper, Perschau und Fraktion der CDU vom 5. April 2007	5447
8. Rahmenvereinbarung zur Übernahme von Lehrern in Mangelfächern	
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. April 2007	5447
9. Kürzung der Pendlerpauschale	
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Perschau und Fraktion der CDU vom 13. April 2007	5448
Aktuelle Stunde	
Arbeit muss auskömmlich sein – Mindestlohn einführen –	
Abg. Dr. Sieling (SPD)	5449
Abg. Perschau (CDU)	5451
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5452
Bürgermeister Böhrnsen	5453
Bürgermeister Röwekamp	5454
Abg. Dr. Sieling (SPD)	5456
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	5457
Die Bremer Polizei braucht 100 neue Polizisten	
Abg. Herderhorst (CDU)	5458
Abg. Kleen (SPD)	5460
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	5461
Abg. Tittmann (DVU)	5462
Bürgermeister Röwekamp	5464
Senator Dr. Nußbaum	5465

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007
(Drucksache 16/1318)

1. Lesung
2. Lesung

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 23. April 2007
(Drucksache 16/1382)

Kommunaler Finanzausgleich

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Wedler (FDP)
vom 24. April 2007
(Drucksache 16/1383)

Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) 5467
Abg. Bödeker (CDU) 5469

Abg. Wedler (FDP) 5470
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5472
Senator Dr. Nußbaum 5473
Abstimmung 5474

Reformen in der Bildungspolitik

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Januar 2007
(Drucksache 16/1277)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. April 2007

(Drucksache 16/1367)

Abg. Rohmeyer (CDU) 5475
Abg. Frau Hövelmann (SPD) 5478
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5480
Abg. Rohmeyer (CDU) 5482
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5485
Senator Lemke 5486
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ... 5489
Abg. Frau Hövelmann (SPD) 5489

Entschuldigt fehlt die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Böschen

Schriftführer Herderhorst

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Röwekamp** (CDU), Senator für Inneres und Sport

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Neumeyer** (CDU)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Dr. Kiebler** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
und für Europa)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 81. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich zwei 9. Klassen des Schulzentrums Rockwinkel, eine Gruppe der Erwachsenenschule Bremen und die Klasse 9 c der integrierten Stadtteilschule Carl-Goerdeler-Straße.

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven, Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 23. April 2007, Drucksache 16/1382.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Bericht und Dringlichkeitsantrag mit Tagesordnungspunkt 16 zu verbinden.

(B) Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

2. Kommunalen Finanzausgleich, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Wedler, FDP, vom 24. April 2007, Drucksache 16/1383.

Gemäß Paragraf 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen auch hier eine Verbindung mit Tagesordnungspunkt 16 vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

(C)

1. Weibliche Auszubildende in gewerblich-technischen Berufen im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Februar 2007

D a z u

Antwort des Senats vom 10. April 2007 (Drucksache 16/1360)

2. Umgang mit Eingaben beziehungsweise Beschwerden auf Senatsebene

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2007

D a z u

Antwort des Senats vom 27. März 2007 (Drucksache 16/1359)

3. Schlepperpier Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. März 2007

D a z u

Antwort des Senats vom 10. April 2007 (Drucksache 16/1361)

4. Voraussetzungen der Einstellung von Richterinnen und Richtern

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. März 2007

D a z u

Antwort des Senats vom 10. April 2007 (Drucksache 16/1372)

(D)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 33, Erster Bericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit, und des Tagesordnungspunktes 37, Berichterstattung zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.

Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zur Verbindung von Tagesordnungspunkten, und zwar der Tagesordnungspunkte 9 und 10, In Kinder investieren, der Tagesordnungspunkte 12 bis 14 und 32, es handelt sich hierbei um den 28. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, sowie der Tagesordnungspunkte 17 und 18, 2. Bericht zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzepts, sowie der Tagesordnungspunkte 20 und 21, hierbei handelt es sich um Kompetenzen von Frauen anerkennen, der Tagesordnungspunkte 31 und 41, hier geht es um „Jugend im Parlament 2006“ und die Resolutionen dazu, der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Haushaltsrechnung 2004, dem Jahresbericht 2006 des Rechnungshofs und Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses befassen, es handelt sich hier um die Drucksache

(A) chen 16/868, 16/958 und 16/1376, und der Punkte außerhalb der Tagesordnung mit dem Titel „Zukunftsperspektiven für alle Jugendlichen“. Außerdem wurden interfraktionelle Absprachen getroffen zur Vereinbarung von Redezeiten bei nahezu allen Tagesordnungspunkten.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung die Fragestunde und danach die Aktuelle Stunde behandelt wird.

Von 13 bis 14 Uhr wird die Landtagssitzung unterbrochen.

Zu Beginn der Sitzung heute Nachmittag werden der Tagesordnungspunkt 16, Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen, und der Tagesordnungspunkt 6, Reformen in der Bildungspolitik, aufgerufen.

Die Sitzung morgen Vormittag beginnt mit dem Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Schädigungen der kommunalen Krankenhäuser durch Entscheidungen von Geschäftsführern und durch mangelnde Steuerung und Kontrollversagen.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am Donnerstagvormittag beginnt mit dem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste, Drucksache 16/1381. Im Anschluss daran wird der Tagesordnungspunkt 35, es handelt sich hierbei um das Gesetz zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Kindesvernachlässigung, behandelt.

Meine Damen und Herren, zu Beginn der Sitzung am Donnerstagnachmittag werden die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 31 und 41, hier geht es um „Jugend im Parlament 2006“ und die entsprechenden Resolutionen dazu, aufgerufen, danach die Tagesordnungspunkte 28 und 29, Klagerecht für den Tierschutz.

Meine Damen und Herren, wird von Ihrer Seite das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

(C)

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen Ihnen 9 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Fair gehandelte Lebensmittel im Land Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schwarz, Nalazek, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie fördert die staatliche Bremer Entwicklungszusammenarbeit das Konzept des fairen Handels?

Zweitens: Mit welchen Akteuren kooperiert Bremen in diesem Bereich?

Drittens: Wie beurteilt der Senat die Möglichkeiten, Angebote aus dem fairen Handel, zum Beispiel des öffentlichen Beschaffungswesens, zu stärken?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Dr. Kießler.

Staatsrätin Dr. Kießler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa fördert über ihre Abteilung Entwicklungszusammenarbeit das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung, biz, sowie das Nord-Süd-Forum Bremerhaven. Für beide Institutionen ist der faire Handel ein Schwerpunkt der Arbeit. Mit Veranstaltungen zum fairen Handel wird die Öffentlichkeit über das Thema informiert und werden fair gehandelte Produkte einem breiteren Publikum bekannt gemacht.

Über das biz werden den Bremer Schulen „Lern-Koffer“ und Materialien für den Unterricht zur Verfügung gestellt. Lehrerinnen und Lehrer werden bei der Unterrichtsgestaltung zu dem Thema beraten. Mit der Arbeit an den Schulen werden Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf das Potenzial des fairen Handels und die Verantwortung für ihr eigenes Handeln in diesem Rahmen hingewiesen.

Zu Frage 2: Die Abteilung EZ in Bremen kooperiert im Bereich fairer Handel neben den oben genannten Organisationen mit: Bündnis Faire Woche Bremen, Bremer Aktionsbündnis Millenniumsziele, einem Zusammenschluss von Bremer Nichtregierungsorganisationen, Landesinstitut für Schule, Schulen wie zum Beispiel das Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße, Team 21, einem Zusammenschluss von Bremer Akteuren der Bildung für nachhaltige Entwicklung, LIS, biz, Nord-Süd-Forum Bremerhaven, Volkshochschule Bremen, Servicestelle Kommunen

(D)

(A) in der Einen Welt von InWent im Bereich Fairer Handel und öffentliches Beschaffungswesen.

Zu Frage 3: Der Senat steht dem Prinzip des fairen Handels positiv gegenüber und unterstützt dies über die genannten Maßnahmen. Er steht im bundesweiten Austausch über das Thema „Faires Beschaffungswesen“ in der öffentlichen Verwaltung. Bremen wird sich weiterhin intensiv mit Modellprojekten und den Erfahrungen anderer Kommunen befassen.

Die Bevollmächtigte hat im Januar 2007 gemeinsam mit der bundesweit tätigen Nichtregierungsorganisation Germanwatch und in Kooperation mit der Handelskammer einen Roundtable zum Thema Unternehmensverantwortung/Corporate Social Responsibility, CSR, veranstaltet. Gemeinsam mit bremischen Unternehmensvertretern wurden bestehende Ansätze und Potenziale von CSR in Bremen diskutiert. Der Ansatz CSR thematisiert auch das öffentliche Beschaffungswesen und kann Impulse für eine stärkere Berücksichtigung von fair gehandelten Produkten geben. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Meine Zusatzfrage betrifft die Antwort auf die Frage 3. Für mich ist das mehr so eine Antwort, die beinhaltet strategische Arbeitsinhalte des Senats oder einzelner Ressorts. Können Sie auch praktische Beispiele nennen, wo der Senat oder einzelne Ressorts Produkte aus dem fairen Handel eingesetzt haben, oder ist das noch gar nicht vorgekommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Frau Abgeordnete, ich kann natürlich für andere senatorische Behörden schwer sprechen, aber ich kann für meine eigene Behörde, die eine ganz bedeutende Gastgeberfunktion hat, sprechen. Da beziehen wir auch auf diese Anregung hin fair gehandelte und unter humanitären und sozial gerechten Bedingungen hergestellte Produkte ein, wo immer es geht, allerdings immer in Abwägung mit bremischen Standortinteressen und auch unter Umweltgesichtspunkten. Ich bevorzuge es auch, dass wir heimische Produkte verwenden, um nicht weltweite Transportbedingungen auf uns zu nehmen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Mir ist natürlich klar, dass Sie diese letzte Antwort nicht für den gesamten Senat geben können, aber da Sie nun eine Staatsrätin de luxe sind und öffentlich bleiben: Wie sehen Sie die Möglichkeit innerhalb des Senats, diese Anregung

weiterzugeben und eventuell in deren Bereichen Produkte aus dem fairen Handel wieder einzusetzen?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Ich danke erst einmal für diese Frage. Sie ist, glaube ich, eine Möglichkeit, die Öffentlichkeit und die Beschaffer auch in den anderen Ressorts auf diese Gelegenheiten, die wir bieten zur Information über fair gehandelte Produkte, als Hinweis auf die faire Woche in Bremen mitzunehmen und die eigene Beschaffungspolitik zu überdenken und, wo immer es möglich ist, auf diese Produkte auszuweichen.

Es handelt sich nicht nur um Nahrungsmittel, es geht auch um Tischdecken und Papier, was auch immer, aber diese Produkte sollen alle auf diese Weise bekannter gemacht werden, und dies ist eine Gelegenheit. Ich habe auf die anderen Möglichkeiten durch diejenigen, die das dauernd machen, wie das biz, hingewiesen, und mir liegt auch sehr viel an dem erwähnten runden Tisch zu der globalen Unternehmensverantwortung, da können wir das Problem an der Quelle bearbeiten mit der Herstellung der fairen Bedingungen durch die Unternehmen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage trägt den Titel „**Bürgerrundfunk als Podcast?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(D)

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um Sendungen und/oder einzelne Beiträge des Bürgerrundfunks künftig auch als Podcast anzubieten, und wie bewertet der Senat ein solches Angebot als Ergänzung zur Einspeisung ins Kabelnetz?

Zweitens: Welche Hindernisse bestehen bisher bei der Einführung eines solchen Angebots?

Drittens: Welche Bedeutung misst der Senat generell Podcast-Angeboten des Rundfunks wie beispielsweise bei Radio Bremen zu?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Schulte.

Staatsrat Schulte: Herr Präsident, Frau Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bürgerrundfunk bietet derzeit Radiosendungen über UKW-Frequenzen sowie Fernsehsendungen in den analogen Kabelnetzen in Bremen und Bremerhaven an. Zeitgleich werden die Sendun-

(A) gen im sogenannten Streaming-Verfahren im Internet verbreitet.

Die Entscheidung, ob Beiträge des Bürgerrundfunks künftig in Form von Podcasts zum automatischen Download auf Computer und Abspielgeräte – wie MP3-Player – bereitgestellt werden, obliegt der Bremischen Landesmedienanstalt, die Trägerin des Bürgerrundfunks ist. Dort wird derzeit geprüft, inwieweit Bedarf nach einem solchen Angebot besteht und ob es im Rahmen der verfügbaren Mittel realisiert werden kann.

Zu Frage 2: Um Podcasts anbieten zu können, wären größere Server- und Leitungskapazitäten notwendig, als dem Bürgerrundfunk derzeit zur Verfügung stehen. Dies gilt in besonderem Maße für Video-Podcasts. Bislang ist offen, welche Kosten hierfür entstehen würden und ob sie für den Bürgerrundfunk tragbar beziehungsweise im Hinblick auf das voraussichtliche Nutzerinteresse zu vertreten wären. Des Weiteren müssten urheberrechtliche Fragen geklärt und möglicherweise höhere Lizenzabgaben gezahlt werden.

Zu Frage 3: Der Senat hält Podcast-Angebote grundsätzlich für geeignet, um veränderten Nutzungsgewohnheiten und Anforderungen der Rundfunkteilnehmer an einen zeitsouveränen Zugang Rechnung zu tragen. Er ist der Ansicht, dass Podcasts weiter an Bedeutung gewinnen werden, um jüngere und mobile Menschen zu erreichen. Dies zeigen bereits die stetig steigenden Nutzerzahlen bei den von Radio Bremen angebotenen Podcasts. – Soweit die Antwort des Senats!

(B)

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Nein, danke!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die dritte Anfrage aufrufe, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihr Thema zur Aktuellen Stunde „Senat versagt beim Küstenschutz“ inzwischen zurückgezogen hat.

Die dritte Anfrage bezieht sich auf die **Umsetzung der Bleiberechtsregelung im Land Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie vielen Personen wurde seit dem Bleiberechtsbeschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006 postalisch mitgeteilt, dass sie

aufgrund ihrer Aufenthaltsdauer unter die Bleiberechtsregelung fallen?

(C)

Zweitens: Wie viele Personen haben einen Antrag auf eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung gestellt?

Drittens: Wie vielen Personen wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung erteilt? Für die Fragen 1 bis 3 bitte, wenn möglich, Stichtag 1. April 2007 verwenden und getrennt nach Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln! Kleine Arbeitshilfe, Herr Senator!

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hat auf ihrer Sitzung am 17. November 2006 eine Bleiberechtsregelung für ausreisepflichtige ausländische Staatsangehörige, die faktisch wirtschaftlich und sozial im Bundesgebiet integriert sind, beschlossen. Für das Land Bremen wurde dieser Beschluss durch Erlass des Senators für Inneres und Sport – das bin ich – vom 20. November 2006 umgesetzt.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Noch! – Heiterkeit)

(D)

Einmal sehen, wie lange ich das noch sagen kann!

(Abg. K l e e n [SPD]: Das hätte sonst keiner gemerkt!)

Die Ausländerbehörden in Bremen und Bremerhaven haben unmittelbar danach die Personen erfasst, die die in der Regelung festgelegten Aufenthaltszeiten von 6 beziehungsweise 8 Jahren erfüllen, und sie schriftlich detailliert über die Voraussetzungen für die Einbeziehung in die Bleiberechtsregelung und die Verfahrensschritte informiert.

Von der Ausländerbehörde Bremen wurden circa 1700 und von der Ausländerbehörde in Bremerhaven 320 Personen angeschrieben.

Zu Frage 2: Bis einschließlich 31. März 2007, leider nicht der 1. April, haben in Bremen 382 Personen und in Bremerhaven 167 Personen einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung gestellt.

Zu Frage 3: Bis einschließlich 31. März 2007 wurden von der Ausländerbehörde Bremen 38 und von der Ausländerbehörde Bremerhaven 10 Aufenthaltserlaubnisse nach der Bleiberechtsregelung erteilt. Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung ist grund-

(A) sätzlich die Sicherung des Lebensunterhalts und die Erfüllung der Passpflicht. Viele der Antragsteller erfüllen eine oder beide der genannten Voraussetzungen noch nicht, sodass die Ausländerbehörden – wie in dem Beschluss der Innenministerkonferenz vorgesehen – die Entscheidung über die Anträge zurückgestellt und den Antragstellern die Möglichkeit zur Arbeitsplatzsuche und Passbeschaffung bis zum 30. September 2007 eingeräumt haben.

Die Zahl der bisher erteilten Aufenthaltserlaubnisse ermöglicht deshalb noch keine Prognose darüber, wie viele Ausländerinnen und Ausländer nach der Bleiberechtsregelung ein Aufenthaltsrecht erhalten werden. Zu berücksichtigen wären dabei auch die Konsequenzen einer vom Bundeskabinett beschlossenen gesetzlichen Bleiberechtsregelung. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie zufrieden ist denn der Senat mit diesen Zahlen? Es gab ja sehr hohe Erwartungen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

(B) **Bürgermeister Röwekamp:** Wie wir bereits darauf hingewiesen haben, sind wir mit dem Rücklauf auf unsere schriftliche Anfrage, ob Anträge gestellt werden, zunächst zufrieden. Wir können nicht mehr machen, als darauf hinzuweisen, dass die Rechtslage sich geändert hat und Anträge gestellt werden können. Was die Bearbeitung betrifft, leidet das Verfahren darunter, dass viele die Voraussetzung noch nicht erfüllen. Das hängt teilweise damit zusammen, dass insbesondere auch türkische Vertretungen Pässe erst dann ausstellen, wenn es eine Aufenthaltssicherung gibt – dort gibt es noch Verfahrensschwierigkeiten –, aber bei vielen fehlt es auch an der Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts, die aus unserer Sicht aber zwingende Integrationsvoraussetzung ist.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/
Die Grünen]: Danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft **zusätzliche Kosten für die Kleingartenvereine durch Leerstände**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Garling, Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Wir fragen den Senat: (C)

Erstens: Wie groß sind die Leerstände in den Kleingartengebieten im Lande Bremen insgesamt – nach Bremen und Bremerhaven aufgeschlüsselt –, und in welchen Stadtteilen liegen besondere Probleme vor?

Zweitens: Wie hoch ist die Summe der Pachtzahlungen für Kleingärten im Bremer Westen, differenziert nach genutzten Kleingärten, leer stehenden Kleingärten und bereinigten Kleingärten?

Drittens: Unter welchen Voraussetzungen wäre der Senat bereit, den Landesverband der Gartenfreunde von Pachtzahlungen für nicht nutzbare Kleingartenflächen zu entlasten?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Da die Stadt nur Anlagen und keine einzelnen Gärten verpachtet, werden Leerstände in den Anlagen bislang nicht gemeldet. Der Landesverband der Gartenfreunde Bremen e. V. als Generalpächter der Stadt Bremen hat über seine Mitgliedsvereine eine Liste erstellen lassen, die für die Stadt Bremen rund 300 leer stehende Gärten auf städtischen Flächen ausweist. Dies sind zwar nur 2 Prozent der gesamtstädtischen Gärten, aber bis zu 20 Prozent der Gärten befinden sich im Bremer Westen, Bereich zwischen Bürgerpark und Oslebshausen. Es ist davon auszugehen, dass der Leerstand auf privaten, nichtstädtischen Flächen noch darüber liegt. (D)

Nach Mitteilung des Bezirksverbands der Gartenfreunde Bremerhaven-Wesermünde e. V. konnten im Jahre 2006 im Jahresdurchschnitt in den Kleingartenvereinen in der Stadt Bremerhaven 45 Parzellen nicht verpachtet werden. Dies entspricht 3 Prozent der Gärten.

Zu Frage 2: Die Pachteinnahmen der Stadt belaufen sich im Bremer Westen auf rund 220 000 Euro pro Jahr. Die Pachten werden für die Stadt Bremen vom Landesverband der Gartenfreunde e. V. für alle an ihn verpachteten Flächen eingenommen und an das Sondervermögen Infrastruktur, Teilbereich Grün, SV-Infra, weitergeleitet. Die Pachtabgaben sind in den Generalpachtverträgen zwischen Stadt und Landesverband festgelegt, einschließlich eines Verwaltungseinbehaltes des Verbands von 10 Prozent. Pachten für einzelne Leerstände werden von den Vereinen mitgetragen. Der Pachtausfall für die Vereine beziehungsweise den Landesverband in Bremen beträgt insgesamt rund 12 000 Euro pro Jahr.

Im Bereinigungsgebiet Waller Fleet liegt eine Vielzahl von Gärten auf nichtstädtischen Flächen. Von diesen privaten Gärten erhält die Stadt keine Pachtzahlungen, sodass hierfür auch keine Einnahmeaus-

(A) fälle entstehen können. Über Art und Umfang der Nutzung dieser Flächen liegen dem Senat keine dezierten Erkenntnisse vor.

Zu Frage 3: Die Einnahmen aus den Pachtzahlungen stellen im SV-Infra einen wesentlichen Anteil zur Finanzierung der Unterhaltung von öffentlichen Grünanlagen dar. Hierzu gehört insbesondere auch das sogenannte Rahmengrün der Kleingartenanlagen. Eine Reduzierung von Pachteinahmen hätte eine Senkung des Unterhaltungsbudgets zur Folge und müsste zwangsläufig zu einer Reduzierung des Pflegestandards führen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass bereits das jetzt vorhandene Budget nicht auskömmlich ist, sollten die Mittel zur Erhaltung und Pflege von öffentlichen Grünanlagen nicht weiter reduziert werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass eine ursprünglich geplante Pachterhöhung nicht erfolgt ist. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass durch die Bereinigung vor Ort inzwischen viele Schäden durch Flächenverwahrlosung entstanden sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Neumeyer:** Es ist gerade im Bremer Westen außerordentlich kompliziert, weil die Nachfrage nach Kleingartenanlagen nicht so ist, wie es noch vor 10 Jahren der Fall war, sodass sich die Leerstandssituation, die sich insgesamt möglicherweise, statistisch gesehen, noch einigermaßen freundlich anhört, in einzelnen Kleingartenanlagen im Bremer Westen doch sehr dramatisch abbildet. Vor diesem Hintergrund sind wir auch in Gespräche mit dem Landesverband der Kleingärtner e. V. getreten, inwieweit man der besonderen Problemlage im Bremer Westen, die dann auch etwas mit Verwahrlosungssituationen und -tendenzen zu tun hat, Rechnung tragen könne.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Finden Sie nicht auch, dass angesichts der Probleme der Sanierung hinterfragt werden muss, inwieweit das bisher verfolgte Bereinigungskonzept in dieser Form noch sinnvoll ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Natürlich müssen wir die Konzepte sich immer wandelnden Nutzeranforderungen anpassen. Wir werden aber nicht wegdiskutieren können, dass die Nachfrage nach Kleingartenanlagen nicht mehr so ist – gerade im Bremer Westen –, wie es früher der Fall war. Von daher müssen wir mit

dem Phänomen, dass es Leerstände gibt, umzugehen lernen, das heißt, auch entsprechend die Konzeptionen an die tatsächlichen Gegebenheiten gemeinsam mit dem Landesverband der Kleingärtner anzupassen, aber auch mit den Vereinen vor Ort so zu diskutieren, dass wir versuchen, das Bestmögliche herauszuholen.

Dazu gibt es eine Reihe von Einzelvorschlägen, die etwas mit einem durchgängigen Grünzug im Bremer Westen zu tun haben, der aber relativ schwierig zu realisieren ist, weil die Kleingartenanlagen nicht in direkter Nachbarschaft frei werden, sondern dort gibt es sehr wohl große Sprekelsituationen, durch die eine durchgängige Planung erschwert wird. Des Weiteren gibt es die ernsthafte Überlegung, mit dem Landesverband der Kleingärtner hier möglicherweise über einen Verzicht – auch einen Teilverzicht – zu verhandeln, um auch hier diesen Teilverzicht einzusetzen, um pflegerisches Grün dort in diesen verwahrlosten Flächen entstehen zu lassen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Das geht ungefähr in meine nächste Zusatzfrage. Ich weiß, Sie kennen die Situation vor Ort. Sie wissen, dass es in den Kleingartenvereinen inzwischen sehr viele ältere Menschen gibt, denen es auch schwerfällt, diese Pachtzinsen aufzubringen. Meine Frage wäre jetzt konkret, ob Sie sich vorstellen können, dass man den Kleingartenvereinen diese 12 000 Euro jährlich zur Verfügung stellt, damit sie das Rahmengrün pflegen, das auch durch Stadtgrün in der Form, wie es nötig wäre, gar nicht mehr gepflegt wird, oder sogar grundsätzlich auf diese 12 000 Euro zu verzichten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Wir haben es mit einem Problem zu tun, das in der Dimension noch deutlich zunehmen wird in den nächsten Jahren, da der demografische Wandel auch die Kleingärtner erreicht hat und ganz offensichtlich junge Leute nicht in die Kleingartenanlagen nachziehen. Wir haben zurzeit im Haushalt jährliche Einnahmen in einer Größenordnung von 800 000 Euro aus Kleingartenpachten. Sie wissen, dass es ursprünglich der Wunsch der Koalition war, diese Pachten zu erhöhen, wir haben auf die Erhöhung verzichtet!

Von diesen Einnahmen in Höhe von 800 000 Euro gehen 10 Prozent, sprich 80 000 Euro, zurück an den Landesverband der Kleingärtner, und die 12 000 Euro, die der Landesverband der Kleingärtner nicht von den Kleingartenvereinen für ausstehende Pachten einsammelt, verrechnet der Landesverband der Kleingärtner zurzeit mit den 80 000 Euro, die wir als Bewirtschaftungspauschale dem Landesverband der Kleingärtner zur Verfügung stellen. Insofern ist das eine

(C)

(D)

(A) Fragestellung, die wir nicht nur hier im Parlament beantworten müssen, sondern die wir gemeinsam mit dem Landesverband der Kleingärtner beantworten müssen. Möglicherweise müssen wir auch irgendwann die Frage beantworten, ob man auf Teilflächen komplett verzichtet und sogar über Umsiedlung und Arrondierung von Kleingartengebieten nachdenkt.

Präsident Weber: Liebe Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Frau **Garling** (SPD): Nein, keine Frage mehr, aber noch eine Bemerkung: Mein Eindruck ist, dass wir in der nächsten Legislaturperiode gefordert sind, das gesamte Konzept noch einmal neu zu überdenken. – Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt den Titel „**Gefährdung mittelständischer Unternehmen durch die geltenden Regelungen des Erbschaftsteuergesetzes?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Grotheer, Jägers, Frau Schwarz, Frau Wiedemeyer, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Frau Kollegin Schwarz, bitte!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

(B) Erstens: Wie beurteilt der Senat die immer wieder von einzelnen Verbänden aufgestellte Behauptung, dass die Erbschaftsteuer die Fortführung von kleinen und mittleren Betrieben und Unternehmen nach dem Tode des Inhabers/Alleingeschafters gefährde?

Zweitens: Wie viele konkrete Fälle in Bremen und Bremerhaven sind dem Senat bekannt, in denen die geltenden Regelungen des Erbschaftsteuergesetzes nach dem Tode des Inhabers/Gesellschafters die Fortführung des Unternehmens beziehungsweise des Betriebs gefährdet haben oder eine Insolvenz herbeigeführt haben?

Drittens: Wie beurteilt der Senat vor diesem Hintergrund die auf Bundesebene vorgelegten Vorschläge zur Reform des Erbschaftsteuerrechts, wonach in bestimmten Fällen beim Tode des Inhabers beziehungsweise Gesellschafters solcher Unternehmen beziehungsweise Betriebe keine Erbschaftsteuer anfallen soll, sofern das Unternehmen beziehungsweise der Betrieb für eine gewisse Zeit fortgeführt wird?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zu der von einzelnen Verbänden aufgestellten Behauptung, dass die Erbschaftsteuer die

Fortführung von kleinen und mittleren Betrieben und Unternehmen nach dem Tode des Inhabers/Alleingeschafters gefährde, liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor. Über die Gründe von Betriebseinstellungen beziehungsweise -veräußerungen werden in bremischen Behörden keine Erhebungen angestellt.

Zu Frage 2: Zu konkreten Fällen in Bremen und Bremerhaven, in denen die geltenden Regelungen des Erbschaftsteuergesetzes nach dem Tode des Inhabers/Gesellschafters die Fortführung des Unternehmens beziehungsweise des Betriebs gefährdet haben oder eine Insolvenz herbeigeführt haben, liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 3: Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge das Ziel, anfallende Erbschaft- oder Schenkungsteuer über einen Zeitraum von 10 Jahren zu stunden, sofern der Betrieb nach dem Gesamtbild der wirtschaftlichen Verhältnisse fortgeführt wird. Dabei soll die Steuer in gleichbleibenden Jahresraten abgebaut werden und nach Ablauf von 10 Jahren ganz entfallen.

Im bisherigen Gesetzgebungsverfahren hat sich Bremen für eine steuerliche Entlastung zur Sicherung der Betriebsnachfolge bei nachgewiesenem Erhalt von Arbeitsplätzen ausgesprochen, gleichzeitig aber betont, dass es für das Bundesland Bremen von ebenso entscheidender Bedeutung ist, dass durch die Neuregelung der Erbschaftsteuer Steuerausfälle vermieden werden.

Nach der am 31. Januar 2007 veröffentlichten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006 sind alle Vermögensarten, auch das Betriebsvermögen, einheitlich mit Verkehrswerten bei der Besteuerung zu berücksichtigen. Zugleich hat das Bundesverfassungsgericht aber auch zugelassen, einzelne Vermögensgegenstände von der Erbschaftsteuer zu verschonen, wenn hierfür gewichtige Gründe des Allgemeinwohls sprechen. Nach Auffassung des Senats sollten diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens berücksichtigt werden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Frau Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Der Grund für die geplante Erbschaftsteuergesetzesänderung war die Annahme, dass die zu zahlende Erbschaftsteuer die Fortführung von Betrieben gefährden könne. Nun liegen darüber gar keine Erkenntnisse vor. Im Gegenteil! Ich habe mir einmal aus der Sendung „Monitor“ einige Aussagen herausgenommen. Da ist der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages gefragt worden, ob er Beispiele kenne, ob die Erbschaftsteuer einmal die Betriebsfortführung gefährdet hätte, genauso der Generalsekretär des deutschen Handwerks und der Geschäftsführer vom BDI.

(A) Alle 3 Herren konnten kein Beispiel nennen, dass die Zahlung von Erbschaftsteuer die Fortführung von Betrieben gefährdet hat. Weil der Grund für diese Änderung ja gar nicht mehr gegeben ist, wie ist denn Ihre Meinung zu dieser Idee, die Erbschaftsteuer zugunsten der Vererbung von großem Vermögen auszusetzen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Nußbaum: Die Idee geht ja auf den Jobgipfel vom Jahr 2005 zurück, bei dem zur Sicherung von Arbeitsplätzen die Frage überlegt worden ist, und darum geht es, es geht ja nicht um die Frage von großem Vermögen oder kleinem Vermögen, sondern es geht um die Frage: Kann man durch eine Vereinfachung oder Erleichterung bei der Erbschaftsteuer die Sicherung von Arbeitsplätzen bewerkstelligen? Das war die Frage. Sie wird aus meiner Sicht etwas verengt, wenn man sie ausschließlich darauf reduziert, wie viel im Rahmen eines Erbfalls von der Finanzbehörde gestundet worden ist respektive wie viel erlassen worden ist, was ja bereits jetzt bestehende Regelungen zu einer Abgabenordnung in Paragraph 27 respektive Paragraph 28 Erbschaftsteuergesetz vorsehen.

(B) Die darüber hinausgehende Frage, die eigentlich zu beantworten ist, lautet: Wie viele inhabergeführte Unternehmen werden mit Blick auf den Erbschaftsfall, weil das das Regelproblem ist, schon vorher so strukturiert oder an Finanzinvestoren, ich will nicht Heuschrecken sagen, verkauft, die dann diese Unternehmen möglicherweise zerlegen oder, wenn sie sie nicht zerlegen, über ihre internationalen Konstellationen diese Unternehmen steuerlich deutlich optimieren können als vergleichsweise ein Inhaber, der beispielsweise in Bremen wohnt, hier seine Steuern, seine Gewerbesteuer zahlt? Die Frage, was beim Erbschaftsfall geschieht, ob gestundet oder erlassen wird, ist nicht so sehr entscheidend, sondern die Frage ist, wie viele inhabergeführte Unternehmen schon mit Blick auf eine anfallende Erbschaftsteuer tätig werden!

Der Inhaber wird ja nicht tätig, wenn er tot ist, sondern er strukturiert ja sein Unternehmen mit Blick auf den Tod schon möglicherweise Jahre vorher entweder auf seine Kinder, wenn er an den Standort glaubt und wenn er glaubt, dass man trotz Erbschaftsteuerbelastung ein Unternehmen und die Arbeitsplätze erhalten kann, oder er wählt möglicherweise die Verkaufsvariante – was leider eben auch sehr oft passiert – und verkauft vorher, sodass dann die Liquidität übergeht, aber leider die Arbeitsplätze möglicherweise in einem anderen Zusammenhang nicht mehr so erhalten werden respektive nicht mehr in der Verantwortung eines Inhabers stehen, der eine konkrete Verantwortung hat zu seinem Standort, hier zu der Stadt, in der er lebt. Das muss berücksichtigt wer-

den und wird bei der so gestellten Frage vielleicht nicht in voller Breite berücksichtigt. (C)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ich würde gern eine Anmerkung machen! Es geht hier ja vor allen Dingen um die Vererbung großen Betriebsvermögens. Bei kleinerem Betriebsvermögen wie zum Beispiel bei Handwerksbetrieben fällt Erbschaftsteuer ja ohnehin zurzeit noch nicht an, und das soll auch so bleiben, denke ich. – Danke!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Konsequenzen aus dem Bericht zur Verkehrsunfallentwicklung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Stahmann, Frau Linert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen schlägt der Senat zur Entschärfung der bekannten Unfallschwerpunkte in Bremen und Bremerhaven – vor allem in Hinblick auf die schwächeren Verkehrsteilnehmenden – vor? (D)

Zweitens: Welchen Zusammenhang sieht der Senat zwischen den teilweise extrem langen Wartezeiten an Ampeln für Fußgänger und Fahrradfahrer – im Zuge der Bevorzugung des motorisierten Kraftfahrzeugverkehrs beziehungsweise der „grünen Welle“ – und der zunehmenden Bereitschaft der schwächeren Verkehrsteilnehmenden zur Regelübertretung?

Drittens: Ist dem Senat bekannt, dass Fahrradfahrerinnen und Fußgängerinnen auch bei regelkonformem Verhalten an Ampeln zum Beispiel durch rechts abbiegende Kraftfahrzeuge stark gefährdet sind?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Erkannte Unfallschwerpunkte werden in Bremen und Bremerhaven im Rahmen der periodisch stattfindenden Sitzungen der Unfallkommissionen analysiert und auf gemeinsame Unfallursachen hin untersucht. Eine Priorisierung findet nach der Unfallschwere und der Schwere der Unfallfolgen statt. Dabei wird Unfallschwerpunktbereichen, an denen verstärkt Kinder, Senioren, Radfahrer oder Fußgänger zu Schaden kommen, automatisch mehr Aufmerk-

(A) samkeit geschenkt, da das Verletzungsrisiko bei diesen Gruppen höher ist.

Sofern Anhaltspunkte erkennbar sind, dass die Unfallursachen durch straßenbauliche Maßnahmen oder durch die Einrichtung von Verkehrszeichen oder -einrichtungen entschärft werden können, werden aus dem Gremium heraus entsprechende Vorschläge entwickelt und umgesetzt. Nach Umsetzung dieser Vorschläge konnten in Bremen und Bremerhaven bereits viele Unfallschwerpunkte entschärft werden.

Wenn bauliche Maßnahmen keinen Erfolg versprechen, wird durch die Verkehrsunfallkommissionen in Bremen und Bremerhaven geprüft, ob Verkehrsüberwachungsmaßnahmen der Polizei oder verkehrssicherheitsberatende Aktivitäten Abhilfe schaffen können. Die Polizei führt dann gezielt präventive Maßnahmen durch.

Zu Frage 2: Die Wartezeiten für Fußgänger und Radfahrer an den Ampelanlagen in Bremen sind in hohem Maße von den abzuwickelnden Kraftfahrzeugmengen und von den Erfordernissen zur zeitgerechten Abwicklung des ÖPNV abhängig. Das heißt, dass die Wartezeiten für Fußgänger und Radfahrer dann länger werden können, wenn die Zahl des motorisierten Individualverkehrs einer Straße sehr hoch ist. Die in den letzten Jahren verstärkt eingerichteten grünen Wellen sind nicht ursächlich für längere Wartezeiten der Fußgänger und Radfahrer.

(B) Darüber hinaus wurden in der AG Radverkehr beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr im vergangenen Jahr Planungsgrundsätze zur Radverkehrsführung an ampelgeregelten Verkehrsknoten erarbeitet, die eine möglichst optimale signaltechnische Einbindung des Radverkehrs in den Verkehrsablauf anstreben, um gleichzeitig die Bereitschaft zu Regelüberschreitungen zu verringern.

Zu Frage 3: Das Problem ist dem Senat bekannt. Die Ursachen sind jedoch vielfältig und häufig auf das fahrlässige Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern zurückzuführen. Im Einzelfall können Gefahrenstellen durch bauliche Veränderungen beseitigt werden. Darüber hinaus werden an Unfallbrennpunkten und im Umfeld von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Seniorenheimen regelmäßig polizeiliche Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durchgeführt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, im Bericht zur Verkehrsunfallentwicklung werden ja Unfallschwerpunkte genannt. Ein Beispiel ist der Bereich Altenwall/Tiefer für Bremen oder die Langener Landstraße/Cherbourger Straße in Bremerhaven. Wieso werden diese seit langem angemahnten Umbauten an diesen Unfallschwerpunkten, speziell auch Altenwall/Tiefer, darüber reden wir ja schon

seit langem, immer wieder verzögert oder nach hinten geschoben?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Es gibt beim Altenwall/Tiefer, wie Sie wissen, auch Finanzierungsprobleme, darüber sollte man sich bewusst sein. Wir können mit einfachen Maßnahmen natürlich das Radwegenetz immer wieder neu ertüchtigen, aber insgesamt ist der Umbau des Altenwalls/Tiefer aufgrund der finanziellen Rahmensetzung auch der Großen Koalition nicht in die Schwerpunktbehandlung des Senats gelangt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Geschichte von diesem Unfallschwerpunkt sehe ich etwas anders!

(Abg. F o c k e [CDU]: Wir auch!)

Aber ich habe noch eine Zusatzfrage! Im Zuge der grünen Welle war es ja bewusst so angelegt, dass der motorisierte Verkehr möglichst schnell durch die Stadt kommen kann. Hat der Senat einmal daran gedacht, auch ein ähnliches Programm für die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu entwickeln, um eventuelle Wartezeiten an Ampeln besonders fußgänger- oder radfahrerfreundlich zu gestalten, oder aber auch ein Programm aufzulegen, was Querungsmöglichkeiten für ältere und für schwächere Verkehrsteilnehmer einfacher macht?

(D)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: In der AG Radverkehr beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr überlegen wir gerade ganz gezielt, wie lange ein Radfahrer durchschnittlich bei der Querung bestimmter Trassen braucht, um zur nächsten Ampelphase zu kommen,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kommt auf den Radfahrer an!)

um zu sehen, ob man auch da, genau wie beim Straßenverkehr für Autos und Busse, wo wir grüne Wellen haben, so etwas für die Radfahrer erreichen kann. Insoweit wird das konkret überlegt. Was die Quersituation von gerade schwierigen Kreuzungsbereichen anbelangt, gibt es auch immer wieder sehr individuelle Lösungsvorschläge und -ansätze, auch zum Teil diese Kreuzungsbereiche sogar für den Individualverkehr zurückzubauen, um somit leichtere Quersituationen für Menschen beispielsweise mit Gehbehinderungen zu erreichen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(A) Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, man konnte ja in 2 Stadtteilen auf Beirats-sitzungen erleben, dass viele Menschen sich von der Geschwindigkeit des Autoverkehrs belastet fühlen und sie das Gefühl haben, sie können bestimmte Straßen nicht mehr überqueren. Ich denke da insbesondere an die Kurfürstenallee oder aber auch an den Osterdeich. Sehen Sie besonders bei diesen Straßen Möglichkeiten, erstens auf die Geschwindigkeit Einfluss zu nehmen und zweitens Querungsmöglichkeiten für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu erwirken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Wir haben beim Osterdeich ganz konkret auch auf Wunsch des Beirats untersucht, ob die Installation sogenannter Sprunginseln, das sind Inseln, die in die Fahrbahn hineingelegt werden, um eine Pausensituation für die querenden Fußgänger zu ermöglichen, an der Stelle möglich wäre. Die Antwort ist: Es ist nicht möglich, weil wir damit dem ÖPNV, dem Busverkehr, erhebliche Restriktionen bereiten würden. Wie Sie wissen, wollen wir, gerade wenn wir das Verkehrskonzept im Zusammenhang mit dem Weserstadion umsetzen wollen, den Osterdeich völlig vom Schleichverkehr freihalten, bei dem die Menschen nicht wissen, wohin genau sie gehören, sondern vielmehr dem ÖPNV hier einen deutlichen Vorrang einräumen. Insoweit verbietet es sich, den Osterdeich in dieser Weise zurückzubauen.

(B)

Den Wunsch des Beirats Vahr und, ich meine, auch des Beirats Schwachhausen im Zusammenhang mit der Kurfürstenallee haben wir auch gerade aktuell zur Kenntnis genommen. Wir werden uns damit auseinandersetzen haben, wobei wir uns dabei verinnerlichen müssen, dass es sich hierbei um eine Autobahnabfahrt handelt und wir schauen müssen, ob die einfache Querung auf der Fahrbahn oder möglicherweise die Ertüchtigung an Brückenbauwerken, die eine Querungserleichterung liefert und damit die Neue Vahr mit der Gartenstadt verbessert verbinden kann, vielleicht auch Alternativen sein können. Aber das muss dann alles finanziell wohl abgewogen unter Sicherheitsgesichtspunkten beraten werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte! Habe ich Sie richtig verstanden, was die Kurfürstenallee betrifft, schließen Sie zusätzliche Ampeln, ebenerdige Überquerungsmöglichkeiten oder aber Geschwindigkeitsbegrenzungen aus?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, es gibt gerade einen sehr aktuell frisch formulierten Wunsch der Beiräte Vahr und Schwach-

hausen. Es muss vernünftig abgeprüft werden. Der Wunsch bezieht sich auf die Klärungssituation der Brückenbauwerke, das heißt, dort, wo man den Autobahnzubringer mit Brücken überschreiten kann, besteht der Wunsch, dass man eine erleichterte Querungssituation für Menschen mit Gehbehinderungen schafft. Das muss nicht zwingend nur bedeuten, dass die Brücken abgebaut werden, wir dann auf einem Autobahnzubringer zusätzliche Ampeln installieren und dort Kreuzungssituationen schaffen, es kann auch bedeuten, dass wir uns beispielsweise in Abstimmung mit dem Landesbehindertenbeauftragten anschauen, wie kann man diese Brückenbauwerke so ertüchtigen, dass eine barrierefreie Kreuzung dieses Autobahnzubringers auch anders ermöglicht werden kann. Genauso müssen aber die Vorschläge der Beiräte geprüft werden.

(C)

Präsident Weber: Frau Kollegin, Sie haben keine weitere Zusatzfrage? Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Kasper! – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Kasper** (SPD): Danke, Herr Präsident! Herr Senator, kann ich davon ausgehen – wir haben gerade eben viele kommunale Dinge hier im Landtag gehört –, dass sich die Kommune Bremen auch mit anderen Kommunen austauscht, weil die Problematiken ähnlich gelagert sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(D)

Senator Neumeyer: Davon können Sie zwingend ausgehen! Nicht nur die Kommune, auch das Land Bremen tauscht sich beispielsweise über solche Fragestellungen im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz hierzu aus.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte schön!

Abg. **Kasper** (SPD): Jawohl, Herr Präsident!

(Heiterkeit)

Gelernt ist gelernt! Dann kann ich auch davon ausgehen, dass Sie sich auch mit dem Verkehrsdezernenten in Hannover kurzschließen, der ja ein Grüner ist, der die grüne Welle im Grunde im Zuge des Luftreinhalteplanes ja noch ausweiten will. Da wird es dann vielleicht ja auch andere Erfahrungswerte geben, sodass es da auch noch einmal einen Austausch geben könnte.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Neumeyer: Ich nehme es gern als Anregung mit, dass wir ganz gezielt auch noch einmal mit den Kollegen in Hannover das Gespräch suchen!

(Abg. K a s p e r [SPD]: Danke!)

(A) **Präsident Weber:** Herr Kollege Kasper, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. K a s p e r [SPD]: Nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die **Vorfinanzierung der Planungskosten für die Y-Trasse Hannover-Bremen-Hamburg**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Focke, Knäpper, Perschau und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat den Vorschlag des Vorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Hartmut Mehdorn, die Realisierung der Y-Trasse mittels einer Vorfinanzierung durch die Länder Bremen, Hamburg und Niedersachsen sicherzustellen?

Wie hoch schätzt der Senat die dadurch entstehenden Kosten für Bremen ein?

Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich durch den Senat bislang ergriffen?

Präsident Weber: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Neumeyer.

(B)

Senator Neumeyer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bau der Neubau- und Ausbaustrecke Hannover–Bremen–Hamburg, die Y-Trasse, ist ein wichtiges Infrastrukturvorhaben zum Ausbau des norddeutschen Schienennetzes. Das Vorhaben ist im Bundesverkehrswegeplan 2003 im vordringlichen Bedarf sowie im Entwurf des Investitionsrahmenplans 2006 bis 2010, IRP, des Bundes enthalten. Im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz am 18./19. April 2007 wurde vonseiten des Bundes die Zusage erneuert, die Y-Trasse weiter im vordringlichen Bedarf zu berücksichtigen, damit die Voraussetzungen für eine zügige Einleitung des Planfeststellungsverfahrens geschaffen werden. Eine Vorfinanzierung durch die Länder ist damit nicht erforderlich.

Zu Frage 2: Die Kosten für das Erstellen der Planfeststellungsunterlagen werden von der DB AG auf ungefähr 50 Millionen Euro geschätzt. Diese Kosten sind vom Bund zu tragen.

Zu Frage 3: Der Senat wird das für die Hinterlandanbindung der Häfen außerordentlich wichtige Projekt weiterhin mit hoher Priorität verfolgen. Der Senat wird sich auch zukünftig, gemeinsam mit der niedersächsischen Landesregierung und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, gegenüber der Bundesregierung und der DB AG mit Nachdruck für die zeit-

und bedarfsgerechte Realisierung der Y-Trasse einsetzen. – Soweit die Antwort des Senats!

(C)

Präsident Weber: Herr Focke, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. F o c k e [CDU]: Da die Antwort so ausgezeichnet war, habe ich keine Frage!
– Beifall)

Zusatzfragen liegen nicht vor, meine Damen und Herren.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift **„Rahmenvereinbarung zur Übernahme von Lehrern in Mangelfächern“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Beabsichtigt der Bremer Senat, eine vergleichbare Rahmenvereinbarung zur Übernahme von Lehrkräften in Mangelfächern mit anderen Bundesländern abzuschließen, wie es die Ministerpräsidenten der Länder Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern kürzlich vereinbart haben?

Zweitens: Gibt es zu diesem Thema konkrete Kooperationsbemühungen mit anderen Bundesländern?

Drittens: Wie bewertet der Senat ein solches Abkommen, das den Wechsel von Lehrpersonal erleichtert?

(D)

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es wird umgehend geprüft, ob vergleichbare Verträge zur Übernahme von Lehrkräften in Mangelfächern mit anderen Bundesländern möglich sind.

Zu Frage 2: Es hat schon konkrete Verhandlungen zur Übernahme von Lehrkräften mit den Mangelfächern Latein und Spanisch für die Sekundarstufe I mit allen ostdeutschen Bundesländern gegeben. Lehrkräfte mit diesen Mangelfächern wurden jedoch bisher auch in diesen Bundesländern trotz Lehrerüberhang gesucht.

Alle ostdeutschen Bundesländer haben sich auf Anfrage grundsätzlich bereit erklärt, einen Hinweis auf Informationen zum Lehrbedarf und zum Ausschreibungs- und Einstellungsverfahren der Stadtgemeinde Bremen auf der entsprechenden Internetseite ihres Bundeslandes aufzunehmen. Der Bremer

(A) Link zu den Stellenausschreibungen für Lehrkräfte ist in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen schon auf den entsprechenden Websites platziert. Die Aufnahme des Hinweises auf den Websites der restlichen 3 Bundesländer ist veranlasst. In einem nächsten Schritt wird im Rahmen einer Abfrage die Bereitschaft der ostdeutschen Bundesländer geklärt, ob ein Interesse besteht, eine vergleichbare Rahmenvereinbarung zur Übernahme von Lehrkräften in Mangelfächern mit der Stadtgemeinde Bremen abzuschließen.

Zu Frage 3: Ein solches Abkommen bietet grundsätzlich die Möglichkeit, die bilateralen Beziehungen zwischen Bremen und den entsprechenden Kooperationsländern im Bereich der Schulen zu vertiefen. Dies kann auch die Chancen zur Übernahme von Lehrkräften in Mangelfächern verbessern. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Senator, für die erfreuliche Antwort! Ich finde es sehr gut, dass das geprüft wird. Eine Frage habe ich noch: Werden auch Gespräche mit Niedersachsen über so ein gegenseitiges Abkommen geführt? Das wäre aus meiner Sicht ja denkbar!

(B) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das wäre denkbar, aber es gibt keine Hinweise, dass wir nicht im Wettbewerb stehen. Wenn 2 Länder, die so unmittelbar regional zusammenhängen wie wir, über ähnliche Mangelsituationen verfügen, ist ein Kooperationsvertrag aus meiner Sicht eher unwahrscheinlich. Wir müssen da schauen, wo die Studenten, die Referendare ausgebildet werden, wo Überhänge bestehen, und dort versuchen, die Kolleginnen und Kollegen nach Bremen zu bekommen, so wie wir es jetzt bereits begonnen haben. Ich glaube, es ist nicht so gut, wenn man das mit einem Land abschließt, das selbst in einer ganz ähnlichen Situation ist. Wenn wir uns ergänzen können, dann spricht auch gegen so ein Abkommen nichts. Ich denke aber, das ist die geübte Praxis, dass wir das mit Niedersachsen auch jetzt schon so handhaben.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Kürzung der Pend-**

lerpauschale“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Pflugradt, Perschau und Fraktion der CDU.

(C)

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Urteile der Finanzgerichte Niedersachsen und Saarland, in denen die Kürzung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig erklärt wurde?

Wie werden die Bremer Finanzämter mit den in großer Zahl erwarteten Einsprüchen gegen Steuerbescheide umgehen?

Mit welchen finanziellen Auswirkungen auf das Land Bremen wäre zu rechnen, wenn die Kürzung der Pendlerpauschale infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts rückgängig gemacht würde?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Finanzgerichte Niedersachsen und Saarland halten die ab dem 1. 1. 2007 geltende Regelung in Paragraph 9 Absatz 2 Einkommensteuergesetz, nach der die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte nicht mehr als Werbungskosten qualifiziert werden, für verfassungswidrig und holen daher nach Artikel 100 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz in Verbindung mit Paragraph 80 Bundesverfassungsgerichtsgesetz die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Vorlagefrage ein.

(D)

Das Niedersächsische Finanzgericht hat gleichzeitig mit Beschluss vom 2. März 2007 in einem Verfahren zum vorläufigen Rechtsschutz das Finanzamt im Wege der Aussetzung der Vollziehung verpflichtet, den Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte 2007 auch für die ersten 20 Kilometer einzutragen. Das Finanzamt hat hiergegen Beschwerde eingelegt.

Der Senat nimmt in der Rechtsfrage eine abwartende Haltung ein, weil erstens bereits im Gesetzgebungsverfahren die Frage der Verfassungsmäßigkeit besonders thematisiert wurde, daher intensiv geprüft und von der Bundesregierung positiv beschieden wurde, zweitens das Finanzgericht Baden-Württemberg mit Urteil vom 7.3.2007 entschieden hat, dass sich die gesetzgeberische Grundentscheidung, nach der die Arbeitssphäre erst am Werkstor beginnt, im Rahmen des verfassungsrechtlich anerkannten Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers hält. Der Senat wird bei dieser widerstreitenden Rechtsprechung den Ausgang der Verfahren abwarten.

(A) Zu Frage 2: Werbungskosten können im Rahmen des Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. Für die Mehrzahl der Bürger ist dieses Verfahren für 2007 bereits abgeschlossen. Einsprüche gegen die Ablehnung der Eintragung eines Freibetrags wegen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte liegen den Finanzämtern nur in wenigen Fällen vor. Erst nach der Veranlagung zur Einkommensteuer 2007 ab Februar 2008 wird mit einer größeren Anzahl von Einsprüchen gerechnet, die dann bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ruhen und anschließend voraussichtlich in einem Massenverfahren abgearbeitet werden.

Zu Frage 3: Finanzielle Auswirkungen auf das Land Bremen, einschließlich Gemeinden nach Länderfinanzausgleich, wenn die Kürzung der Pendlerpauschale infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts rückgängig gemacht werden sollte: 2007 circa 6,9 Millionen, 2008 13,8 Millionen, 2009 ebenfalls 13,8 Millionen Euro. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Pflugradt, Sie haben keine weitere Zusatzfrage!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

(B) **Aktuelle Stunde**

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD „Arbeit muss auskömmlich sein – Mindestlohn einführen“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Herderhorst, Perschau und Fraktion der CDU „Die Bremer Polizei braucht 100 neue Polizisten.“

Die von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Aktuelle Stunde mit dem Thema „Senat versagt beim Küstenschutz“ ist inzwischen von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themen verfahren. – Ich stelle Einverständnis fest.

Danach kommen wir als Erstes zum Thema

Arbeit muss auskömmlich sein – Mindestlohn einführen.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen, Herr Bürgermeister Röwekamp und Herr Senator Dr. Nußbaum.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling. (C)

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Aktuelle Stunde nutzen, ein weiteres Mal für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und eine aktive Rolle unseres Bundeslandes hierbei zu werben. Ich weiß, uns Sozialdemokraten wird unterstellt, wir hätten das Thema erfunden, um Wahlkampf zu machen.

(Abg. **Perschau** [CDU]: Das stimmt!)

Richtig aber ist, Herr Perschau, das Thema braucht doch überhaupt nicht erfunden zu werden. Einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es in vielen europäischen Ländern, in den USA und auch anderswo. Richtig ist ebenso, mehr als zweieinhalb Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, für zwei, drei Euro die Stunde. Jedes zweite Kind lebt in Deutschland in einer solchen sogenannten Working-poor-Familie. Das zerstört Bildungschancen, ja, Lebenschancen dieser jungen Menschen. Das ist unwürdig, und das ist unmoralisch für ein so reiches Land wie Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir ändern, meine Damen und Herren! Darum haben auch wir hier in Bremen in einem Bundesland die Aufgabe, eine Initiative zu ergreifen, übrigens zu einem Thema, das in Deutschland seit vielen Monaten diskutiert wird, wo allerdings die politische Lage verstellt ist: Gewerkschaften gegen Arbeitgeber, SPD gegen CDU. In dieser Situation hat Bürgermeister Böhrnsen (D)

(Zurufe von der CDU)

eine Bundesratsinitiative vorgeschlagen, um an dieser Stelle dieses soziale Problem anzugehen und eine aktive Rolle des Landes Bremen zu ergreifen. Ich finde, wir sind ein selbstständiges Bundesland, und wir haben ein gutes Recht, und wir sollten diese Aufgabe wahrnehmen, aktiv in solchen Dingen vorzugehen, weil das wichtig ist auch dafür, welches Renommee wir haben als aktives, soziales Bremen und auch als echtes, aktives, soziales Bremerhaven, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Diese Initiative hat ja aufgebaut, und von daher gab es eine gewisse Erwartung, denn einige Tage vorher hatte Senator Röwekamp ein Gespräch, wie wir jetzt alle in diesen Tagen haben, mit einer Reihe, ich glaube, von 40 Betriebsräten, und man liest hoffnungsfroh, am 14. März war das, ein Öffnungssignal. Man las

(A) ein Öffnungssignal, muss ich sagen, denn ich rede hier über die Vergangenheit. In der CDU-Presseerklärung steht: Arbeit muss sich wieder lohnen, sagt Herr Röwekamp. Wer arbeitet, muss mehr erhalten als staatliche Transferleistungen. Es ist legitim, über einen gesetzlichen Mindestlohn zu diskutieren, und genau das machen wir, aber wir wollen ihn auch anstreben.

Dann kam die Stunde der Wahrheit, die Senatsitzung, und die war eher geprägt von Enttäuschung. Herr Röwekamp, Sie und Ihre CDU-Kollegen im Senat haben an der Stelle schlicht und einfach gekniffen! Weg war das soziale Mäntelchen, das Sie sich seit Monaten umlegen. Der Ladenhüter Kombilohn wurde präsentiert, dann gab es neue Etiketten für das Thema Mindestlohn, und stattdessen heißt es dann Mindesteinkommen. Meine Damen und Herren, wenn man Wohlstand und Gerechtigkeit will in Deutschland und wenn man das will auch für Bremen und Bremerhaven, dann ist dies der falsche Weg. Ich erwarte, dass Sie hier sich läutern und dem, was Sie an Worten sagen, auch Taten folgen lassen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Nun gibt es Gegenargumente, und ich will hier in dieser Aktuellen Stunde auf drei eingehen. Das erste ist, dass die CDU sagt, der Mindestlohn ist ein Eingriff in die Tarifautonomie. Richtig aber ist, es gelten natürlich weiter in erster Linie tarifliche Lösungen. Wo es aber keine Tarifverträge gibt, da haben wir doch Handlungsbedarf, und wo wir mittlerweile Tarifverträge haben, in denen geradezu sittenwidrige Abschlüsse getätigt wurden, da hat doch ein sozialer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland Handlungsbedarf. Ich weise darauf hin, allein in Westdeutschland sind nur 68 Prozent der Beschäftigten in einem Tarifvertragsbereich tätig, in Ostdeutschland sind es nur 53 Prozent. Wer darauf pocht, dies sei ein Verstoß gegen oder ein Eingriff in die Tarifautonomie, der hat die soziale Wirklichkeit nicht erkannt, und der glaubt nicht, dass man hier anfasen muss. Wir sind der Auffassung, hier muss man aktiv werden.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Argument, das ich höre: Der Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze! Richtig ist doch, in 20 von 27 Mitgliedstaaten der EU haben wir einen gesetzlichen Mindestlohn, und richtig ist auch, dass dort sehr häufig die Arbeitslosigkeit niedriger ist als in Deutschland. Man kann also nicht sagen, dass Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet. Man könnte sagen, Mindestlohn sichert Arbeitsplätze, meine Damen und Herren!

Dann kommt das Argument wahrscheinlich mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Da will ich doch noch einmal darauf hinweisen, dass wir das

(C) Problem der schlechten Entlohnung in vielen Dienstleistungsbereichen haben. Die sind nicht exportierbar. Vizekanzler Müntefering hat dieses wunderbare Beispiel am Sonntag in einer Veranstaltung gebracht, dass man wohl kaum, wenn der Friseur einen höheren Lohn zahlt, zum Friseur nach Krakau fährt. Oder, Herr Röwekamp, würden Sie dies tun? Nein! Das ist offensichtlich, viele Dienstleistungen sind nicht --.

(Zurufe von der SPD)

Herr Röwekamp ist vielleicht das beste Beispiel, weil er ein geschätzter Reisesenator ist, der schon einmal in Kanada oder woanders auf NATO-Tagungen sehr regelmäßig ist, aber trotzdem, ich glaube, auch dort in Kanada gelten Mindestlöhne. Von daher kommen Sie dort nicht billiger weg, Herr Röwekamp! Dieses Argument der Arbeitsplatzvernichtung und der -gefährdung ist Unsinn.

Dann komme ich zu der Empfehlung der CDU, die heißt Mindesteinkommen! Mindesteinkommen soll dann bedeuten, dass der Staat die Lohndifferenz bis hoch zu einem gewissen Niveau subventioniert. Das, meine Damen und Herren, ist abenteuerlich! Sie wollen, das muss man so deutlich sagen, offensichtlich in Deutschland Lohnzahlung sozialisieren. Das ist ja völlig neu! Ich bin der Auffassung, wir brauchen das knappe öffentliche Geld für Arbeit, Bildung, Infrastruktur und Schuldenabbau. Wir haben keine Zeit, Geschenke zu verteilen, und wir haben keine Zeit und kein Geld dafür, weil am Ende – das kennen wir aus der Steuerpolitik – dann die Arbeitnehmer wieder die Zeche zahlen. Deshalb ist dies der falsche Weg, wir werden ihn nicht mitgehen. Mindesteinkommen ist eine Etikette, die nicht tragfähig ist. Ringen Sie sich durch zum Mindestlohn! Machen Sie an der Stelle eine Bewegung!

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber vielleicht komme ich mit meinem Appell ja gar nicht weiter, denn ich habe gewagt, einen Blick in den Wahl-O-Mat zu werfen und in die Antworten, die im Wahl-O-Mat gegeben werden, und da kommt es ja dann --.

(Zuruf von der CDU)

Der Wahl-O-Mat ist dieses schöne internetgestützte, Herr Kollege, Angebot der Landeszentrale für politische Bildung und anderer. Dort kann man ja nachlesen, was die Parteien zu gewissen Aufgaben sagen, und ich finde, da kommen Gesellschaftsbilder heraus. Unser Modell mit dem Mindestlohn ist ein solidarisches Gesellschaftsmodell, und das gilt auch für andere Bereiche. Ich habe dort gelesen, dass zu der These oder zu der Fragestellung, ob sich Bremen für die Lockerung des Kündigungsschutzes einsetzen soll, Herr Röwekamp und Herr Perschau, die CDU Ja

(A) gesagt haben. Sie plädieren dafür, dass Bremen und Bremerhaven sich einsetzen für die Lockerung des Kündigungsschutzes. Sie sind in Gemeinschaft mit der FDP. Das ist ein anderes Gesellschaftsmodell, das wollen wir nicht! Da wird dann sichtbar, dass Sie den Mindestlohn offensichtlich aus ideologischen Gründen ablehnen, weil Sie einen solchen Kahlschlag wollen. Wir gehen diesen Weg nicht mit. Wer den Kündigungsschutz abbaut, das haben wir, glaube ich, schon bei der Bundestagswahl 2005 mit den Vorschlägen des Professors aus Heidelberg austragen müssen, das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

den werden wir nicht mitgehen!

Ich fordere Sie auf: Bleiben Sie dabei, was Bremen und Bremerhaven ausmacht: eine soziale Architektur! Machen Sie mit bei dem, was wir wollen, ein Alle-Mann- und Alle-Frau-Manöver für soziale Gerechtigkeit in diesem Lande! Ich sage Ihnen: Das gilt erst recht ab dem 14. Mai. Dann wird eine Regierung in die Richtung arbeiten müssen. Dann wird auch das Thema Mindestlohn nach wie vor auf der Tagesordnung stehen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Perschau.

Abg. **Perschau** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Sieling, Sie haben ja die ganz strammen Gewerkschaftshosen heute angezogen. Das kann ich ja verstehen, und ich kann auch eine gewisse Unruhe und Nervosität verstehen. Dafür habe ich also wirklich jedes Verständnis. So zweieinhalb Wochen vor der Wahl kann es einem schon einmal so ein bisschen auf dem Rücken schauern. Trotzdem spricht vieles dafür, dass wir unseren Wählern – Ihren wie unseren – die Wahrheit sagen vor der Wahl und dass wir das nicht verbergen hinter einem Gestrüpp von Parteipolemik.

Es ist ja zu diesem Thema auch viel gesagt worden in der Presse. „Der Spiegel“ titelt: „Propaganda statt Sachpolitik“. Herr Schmoldt äußert sich sehr massiv über die Eingriffe in die Tarifautonomie, beklagt natürlich auch das Risiko, dass durch die Mindestlohnlösung erheblich Arbeitsplätze verloren gehen. All dies wird ja dargestellt.

Ich glaube, es gibt einen erheblichen Streit. Eines ist dabei sicher: Ich glaube, seit gestern, vorgestern Morgen wird in Berlin über das Thema Mindestlohn und Alternativen diskutiert. Dahin gehört es zunächst einmal, und dort muss es gelöst werden, wenn ich an diese Lösungsfragen herangehe. Ich finde es im-

mer gut, wenn wir sagen, wir sind mutig, und wir Bremer lösen unsere Dinge auf eigene Art und Weise. Wir werden in diesem Bereich sicherlich darauf angewiesen sein, dass der Bund diese Dinge rechtlich löst und Bund und Länder sich auf einen Kompromiss verständigen. Deshalb, wissen Sie, man kann da jetzt so viel Strammes sagen, wir werden am Ende genau das machen, was in dieser Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU herauskommt, das ist doch völlig klar!

Ich habe gar nichts dagegen, dass man im Vorfeld dafür kämpft, und deshalb wird das Thema ja auch geschoben und verzögert, zunächst einmal über den 1. Mai und dann über den 13. Mai, damit man sozusagen auch dieses Kriegsgeschrei über eine Weile auch tatsächlich tragen kann. Ich habe dafür Verständnis. Deshalb möchte ich gern, Herr Dr. Sieling, in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit unsere Position dazu vortragen!

Erstens: Für die CDU ist klar: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, müssen ein Einkommen erzielen, von dem sie auskömmlich leben können.

(Beifall bei der CDU)

Jemand, der arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als derjenige, der nicht arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Weil das so ist, wollen auch wir ein Mindesteinkommen von 7,50 Euro pro Stunde für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit!

(Beifall bei der CDU)

Durch Mindesteinkommen dürfen aber keine Arbeitsplätze gefährdet werden und vor allen Dingen nicht verloren gehen, denn es geht dabei zumeist um Arbeitsplätze für gering qualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte. Sie wissen, dass über 50 Prozent der Betroffenen keine Berufsausbildung haben und dass wir deshalb in diesem Bereich natürlich auch große Vermittlungsprobleme haben. Deshalb ist es so, dass die Unternehmen, die ja die Löhne nach Ihrem Modell geschlossen bezahlen sollen – teilweise Verdoppelung der Löhne –, natürlich in ihren Branchen ganz unterschiedliche Chancen haben.

Herr Schmoldt, der Chef der IG Chemie, verweist zu Recht auf das Problem, dass die Gewerkschaften ja über 60 Tarifverträge geschlossen haben in diesem Niedriglohnbereich unter 7,50 Euro und dass man dies natürlich auch unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der Ertragskraft der unterschiedlichen Branchen gemacht hat. Die Gewerkschaften haben diese Modelle diskutiert und diese Tarifbe-

(C)

(D)

(A) schlüsse gefasst, und deshalb gibt es auch innerhalb der Gewerkschaften natürlich eine ordnungspolitische Auseinandersetzung, nicht nur über den Erhalt der Tarifautonomie, sondern auch über die Frage, wie es denn gehen soll, wenn im Grunde genommen die einzelne Leistungsfähigkeit der jeweiligen Branche nicht mehr berücksichtigt wird.

Nächster Punkt: Mindesteinkommen müssen auch so ausgestaltet werden, dass sie weder zu Preissteigerungen bei Dienstleistungen führen, zum Beispiel bei Handwerkerrechnungen, noch dass sie Anreize zum Missbrauch durch Arbeitgeber bieten. Sie wissen, dass es darum geht, dass wir Eingriffe in die Tarifautonomie nicht wollen.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Es geht ganz schlicht darum, dass wir im Ergebnis denselben Betrag für dieselbe Arbeit wollen als Mindesteinkommen, dass wir aber nicht glauben, dass wir alle Branchen in dieser Form, wie Sie es tun wollen – und Herr Bsirske hat lange gebraucht, um überhaupt eine Mehrheit in den Gewerkschaften zustande zu bekommen –, sozusagen über ein Maß oder über einen Kamm scheren können. Ich glaube, das wird zu einem massiven Arbeitsplatzverlust gerade in den Bereichen führen, wo wir die Arbeitsplätze am allernötigsten brauchen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Deshalb treten wir engagiert dafür ein und kämpfen auch in unserer eigenen Partei dafür, dass hier nicht die Branchen besonders – doppelt zum Teil – belastet werden, die am wenigsten leistungsfähig sind, und deshalb, glaube ich, ist unser Modell eines Mindesteinkommens das sozialere, das bessere. Dass Sie es nicht gut finden, dass unsere Idee besser ist, dafür habe ich menschliches Verständnis, aber es ist trotzdem so!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese angeblich neue Debatte ist aus grüner Sicht überhaupt nicht neu. Grüne fordern seit vielen Jahren vor allen Dingen im Zusammenhang mit sozialpolitischen Erwägungen, dass in Deutschland gesetzliche Mindestlöhne aus unserer Sicht branchen- und regionenspezifisch eingeführt werden sollen. Ich freue mich allerdings, dass man jetzt im Moment breiter darüber diskutiert, die Vor- und Nachteile abwägt, und ich freue mich auch, dass Bremen – diese SPD – sich vorgenommen hat, dass Bremen sich über den Bundesrat so präsentiert, dass wir als Bundesland gern Vorreiter bei diesem Thema sein wollen, weil wir einfach besonders viel Erfahrung damit haben, wie

es ist, wenn Menschen dauerhaft oder lange in Armutslagen leben.

(C)

Jetzt ist die Zeit dafür, darüber zu diskutieren, weil im Gegensatz zu den letzten Jahren Armutslagen stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit geraten, das kann man nur begrüßen. Wir alle müssen ein großes Interesse daran haben, dass nicht weiterhin große Gruppen der Bevölkerung sich von uns im Stich gelassen fühlen, weil wir keine politische Antwort für ihre Lebenslagen vorhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Deutschland leben 1,5 Millionen Haushalte, in denen Menschen in Vollzeit arbeiten, in Armut. 1,5 Millionen Haushalte, das sind sehr viele! In diesen Haushalten gibt es Kinder, die erleben, dass man 40 Stunden arbeiten kann und trotzdem unter oder auf Hartz-IV-Niveau leben muss. Das muss man unbedingt ändern! Es ist für die Kultur einer Gesellschaft nicht gut, wenn eine so große Gruppe so deklassiert wird. Heute spricht man in diesem Zusammenhang vom Prekariat. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Bevölkerungsgruppe, und das hat auch etwas mit Menschenwürde zu tun, sich von uns besser unterstützt und aufgehoben fühlt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man weiß, dass zum Beispiel bei der Citi-post 40 Stunden gearbeitet wird – Briefe austragen –, und die Leute kommen dann auf einen Lohn von 1000 Euro brutto, dann sage ich nur: Ich will das nicht! Ich möchte es nicht, dass in Deutschland solche Dienstleistungen so schlecht bezahlt werden, dass man nicht richtig davon leben kann. Wir sind ein reiches Land, wir können es uns leisten, das zu ändern und zu verbessern. Nachdem es die Tarifparteien ja ganz offensichtlich nicht lösen konnten – aus welchen Gründen auch immer, das kann ich in dieser kurzen Zeit nicht erörtern –, ist es jetzt an der Zeit, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die das regeln und sagen: Unter diese Schwelle, also 7,50 Euro, gehen wir hier nicht. Arbeit ist auf jeden Fall – wenn sie nicht von jemandem gemacht wird, der behindert ist, hier gelten andere Spielregeln – so viel wert, dass man davon menschenwürdig leben kann.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen sagen, dass es branchen- und regionenspezifische Mindestlöhne geben soll. Ich möchte nur kurz etwas zum Kombilohnmodell der CDU sagen! Das ist bei den Grünen auch lange diskutiert worden, und ich sage Ihnen eines: Je mehr man sich damit beschäftigt, desto klarer wird einem, dass es folgenden Effekt haben wird. Sie werden dann in eine Situation hineinkommen, in der Sie massenweise untere Einkommen aus staatlichen Transfers finanzie-

(A) ren müssen, und dann erzählen Sie immer noch, die Staatsquote soll nicht erhöht werden. Ich will das nicht! Ich will, dass ein normales Arbeitsverhältnis in Deutschland den Mann und die Frau ernährt, und ich möchte nicht, dass eine größere Gruppe – Sie werden ja Mitnahmeeffekte ohne Ende erzielen –, eine steigende Gruppe von Menschen zwar 40 Stunden arbeitet, aber dann zusätzlich zum Sozialamt gehen muss. Das entspricht nicht unserem Menschenbild und meiner Meinung nach auch nicht dem Grundgesetz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Argument, dass dieses Modell Arbeitsplätze kostet, habe ich schon oft gehört, aber Belege dafür haben Sie nicht. Wenn in 18 EU-Staaten Mindestlöhne eingeführt wurden, herrscht dort doch nicht Massenarbeitslosigkeit! Das Gegenteil wird der Fall sein, dass wir, indem wir endlich Standards festschreiben, eine Meinung haben, auch den Arbeitgebern gegenüber, und auch die Arbeitnehmer in ihrer Argumentation stärken, dass es jetzt dieser Betrag sein muss und man nicht darunter gehen will. Es wird eine Stärkung des Arbeitsmarktes und keine Schwächung ergeben, und den Beweis dafür, dass das Arbeitsplätze kostet, konnten Sie bisher an keiner Stelle antreten.

(B) Ich will gern noch eine Sache sagen, warum ich auch glaube – in der öffentlichen Debatte spielt das im Moment keine große Rolle, aber für Grüne ist es besonders wichtig –, es geht auch um eine sozialpolitische Debatte, weil nämlich die Frage, was ist menschenwürdig von Hartz IV, also, in welcher Höhe bewegen sich die sogenannten Transferzahlungen, doch davon abhängt, was untere Einkommensgruppen erzielen. In den letzten Jahren hat es eine ständige Spirale immer weiter nach unten gegeben, und die Transferleistungen in der Sozialhilfe bis zu Hartz IV wurden einem permanenten Spardruck unterworfen. Ich will gern durch die Mindestlöhne einen Riegel davorschieben und natürlich ein Bekenntnis zum sogenannten Lohnabstandsgebot ablegen, aber der Unterschied zwischen den Transferleistungen und dem, was man dann als Mindestlohn erzielt, muss gesellschaftlich ausgehandelt werden. Die Einführung von Mindestlöhnen ist eine Bremse dagegen, diesen Armen immer weitere Kürzungen zuzumuten, und genau das wollen wir auch. Wir wollen das arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrument der Mindestlöhne in Deutschland einführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass sich eine Große Koalition in Bremen auf so etwas nicht einigen kann, ist ja kein Wunder, aber Sie haben im Deutschen Bundestag, sage ich jetzt einmal an die Adresse der SPD, Gelegenheit, dem grünen Antrag „Arbeit in Armut verhindern“ zuzustimmen, in dem es heißt, dass eine gesetzliche Re-

gelung rechtlich verbindliche Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen unter Beteiligung von Sozialpartnern und Wissenschaft in jenen Bereichen ermöglichen soll, in denen eigene Tarifstrukturen vorhanden sind. Da können Sie sich dann zu dem bekennen, was hier als Bremer Initiative im Moment nicht auf den Weg gebracht werden konnte, weil es eine Große Koalition gibt. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mindestlöhne ja oder nein? Die Frage heißt übersetzt: Will man sich mit einem gesellschaftlichen Skandal abfinden oder nicht? Ich will mich nicht abfinden mit einem gesellschaftlichen Skandal, und dieser Skandal heißt, den haben wir hier gemeinsam herausgearbeitet: Wenn jemand den ganzen Tag über arbeitet und sich und seine Familie davon nicht ernähren kann, dann ist das ein Verstoß gegen die Würde des Menschen, gegen die Würde der Arbeit. Damit muss Schluss sein, und zwar schnell und konsequent!

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Perschau, Sie haben hier so süffisant über Gewerkschaften gesprochen. Ich bin stolz darauf, dass ich an diesem Punkt mit den Gewerkschaften in einem Schulterschluss stehe. Dafür schäme ich mich nicht, sondern es ist gut, dass Sozialdemokraten mit Gewerkschaften hier einer Meinung sind!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Dann höre ich: Hier in Bremen müssen wir uns doch nicht damit beschäftigen, das ist doch Aufgabe des Bundes! Wieso Senat und Bürgerschaft? Das haben wir ja hier und da auch gelesen. Ich glaube, es ist zynisch, wenn man das so sagt, vor allen Dingen ist es Ausdruck davon, dass man von der Lebenswirklichkeit der Menschen in Bremen und Bremerhaven keine Ahnung hat.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich begeben mich heute Nachmittag auf eine Tour durch Bremen, da lade ich Sie einmal ein, und dann lernen wir Menschen kennen in Bremen, die im privaten Postzustelldienst, im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe, bei den Kinos, die in dieser Stadt nur Armutslohne erhalten!

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Deshalb wollen wir sie ja auch beseitigen!)

(C)

(D)

(A) Deswegen wissen Sie, warum wir auch in Bremen aufgerufen sind, hier tätig zu werden, und deswegen gehört hier in die Mitte der Volksvertretung dieses Thema, das die Menschen wirklich berührt, hinein, und hier muss es beredet werden. Es ist gut, dass wir heute darüber reden.

(Beifall bei der SPD)

Aber es gehört noch mehr dazu! Ich möchte nicht, dass wir nur auf Festveranstaltungen zu „60 Jahre Freie Hansestadt Bremen“ erklären, wie gut und wie wichtig unsere Selbstständigkeit ist, sondern es ist auch eine Verantwortung und eine Verpflichtung, nämlich eine Verpflichtung, dass wir das, was wir als sozialpolitischen Notstand, Missstand erkannt haben, mit unseren Möglichkeiten als Bundesland angehen, und deswegen habe ich eine Bundesratsinitiative vorgeschlagen; nicht zur Show, sondern weil es ein Thema ist und weil Bremen die Chance in dieser Frage hat, wirklich einmal initiativ zu werden und in Deutschland etwas zustande zu bringen! Das steht Bremen gut an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich will noch einmal erwähnen, was wir und was ich konkret vorgeschlagen habe: eine Bundesratsinitiative, die sich auf 2 Felder konzentriert, nämlich einen Gesetzentwurf, der sicherstellen soll, dass im Rahmen des Arbeitnehmerendengesetzes die Tarifvertragsparteien die Möglichkeit haben, sich in Deutschland auf Löhne zu verständigen, die nicht nur nicht sittenwidrig, sondern die menschenwürdig sind. Zweitens: Löhne als Untergrenze, weil wir wissen – die Zahlen sind schon genannt worden –, nur 68 Prozent der Menschen im Westen und 53 Prozent im Osten erhalten tarifvertragliche Löhne, und weil wir auch wissen, dass es Tarifverträge gibt, die wegen der nicht hinreichenden Machtbalance nicht so ausfallen, wie sie ausfallen müssten und wir deswegen eine Untergrenze definieren müssen, die bei 7,50 Euro liegt. Das ist es, worum es geht.

Ich habe mit einem gewissen Erstaunen erlebt, wie die CDU sich dazu verhalten hat. Es war eigentlich die erste Bewährungsprobe, wo Sie das, was Sie so lautstark vor sich hertragen, nämlich dass Sie die soziale Frage in Bremen mit entdeckt haben – willkommen im Klub! –, auch hätten zeigen können. Sie haben eigentlich bei der ersten Bewährungsprobe schon versagt an diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Das, was Sie vorschlagen, wir müssen einmal die Unterschiede herausarbeiten, worin diese bestehen. Der Unterschied liegt darin, dass Sie sagen: Ich ak-

zeptiere es, wenn Unternehmen und Arbeitgeber in Deutschland menschenunwürdige Löhne zahlen – (C)

(Abg. P e r s c h a u [CDU]: Gewerkschaften und Unternehmer in einem Tarifvertrag!)

lassen Sie mich einmal zu Ende erzählen! –, aber der Staat soll sie dann in einer Weise aufstocken, dass die Menschenunwürdigkeit von diesen Löhnen genommen ist. Ich habe soziale Marktwirtschaft immer anders verstanden, und ich würde Sie auch bitten, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht auch anders zu verstehen ist, dass nämlich für ordentliche Arbeit auch ordentliche Löhne gezahlt werden. Das ist der Kern von sozialer Marktwirtschaft, und da sollten Sie sich einmal wieder hinbewegen und nicht einen Subventionsmechanismus aufbauen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich in dieser, ich bekenne, für mich äußerst wichtigen Frage die CDU nicht als Bündnispartner an meiner Seite habe. Ich werde mir andere Bündnispartner suchen, nämlich bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ich bin der Überzeugung, dass die Mehrheit der Menschen in Bremen, Bremerhaven und in Deutschland sagt: Schluss mit der Lohndrückerei, wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne! – Vielen Dank! (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

Bürgermeister Röwekamp: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich von einigen Debattenrednern direkt angesprochen worden und offensichtlich bewusst oder unbewusst teilweise falsch verstanden worden bin, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, an dieser Stelle vielleicht zu meinen Vorschlägen im Zusammenhang mit Mindesteinkommenssicherung etwas zu sagen!

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Aber hallo, aber ja!)

Das erste Bekenntnis – im Übrigen auch aus der Betriebsrätekonferenz, Herr Dr. Sieling, die Sie bereits zitiert haben – ist, dass Gewerkschaften und sicherlich auch Arbeitgeber unverändert außerordentlich stolz darauf sind, mit welchem Erfolg wir in Deutschland seit dem Kriegsende die Tarifautonomie gelebt und auch gewahrt haben. Deswegen ist mein erstes deutliches Bekenntnis an dieser Stelle, dass gerechte Löhne bei uns in Deutschland in der Regel gefunden wer-

(A) den in dem Ausgleich zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Das sind für mich gerechte Löhne.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bin ich dafür, dass wir die zwischen Tarifvertragsparteien gefundenen Löhne im Entsendegesetz für allgemein verbindlich erklären, und zwar für alle Branchen. Ich halte es für unververtretbar, dass immer mehr Arbeitsverhältnisse austarifiert werden und hier keine Verpflichtung mehr besteht, die tariflich vereinbarten Löhne zu zahlen. Das ist mein eindeutiges Bekenntnis zur Tarifautonomie. Ich will, dass für jedes Arbeitsverhältnis in Deutschland ein Tarifvertrag gilt, das können wir gemeinsam im Entsendegesetz verabreden, und eine solche Bundesratsinitiative zu unterstützen bin ich jederzeit bereit!

(Beifall bei der CDU)

(B) Dann sprechen wir nämlich nur noch über die Arbeitsverhältnisse, bei denen Tarifvertragsparteien sich nicht in der Lage gesehen haben, einen Mindestlohn von 7,50 Euro festzulegen. Dass ein solches Mindesteinkommen aus meiner Sicht wegen des Abstandsgebotes zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosendasein dringend erforderlich ist, darauf hat Herr Kollege Perschau bereits hingewiesen. Ein Mindesteinkommen von 7,50 Euro lässt sich daraus rechtfertigen, dass man sagt: Jemand, der arbeitet, muss mehr haben als jemand, der nicht arbeitet; im Übrigen auch aus Gründen der Rentensicherheit, denn diejenigen, die heute ein Mindesteinkommen von unter 7,50 Euro haben und ihr Leben lang sogar 40 Stunden die Woche dafür mit eigener Hände Arbeit arbeiten, werden auch im Alter eine Rente haben, die wir staatlich subventionieren müssen, weil die Rentenbeiträge aus diesen geringfügig bezahlten Beschäftigungsverhältnissen eben nicht zur Alterssicherung ausreichen werden.

Wir reden also nicht nur über die Menschen, die heute Arbeit haben, sondern auch über die Menschen, die später, obwohl sie ihr Leben lang, 40 Jahre lang jeden Tag 8 Stunden gearbeitet haben, auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sein werden, weil sie ein Mindesteinkommen, das ihnen am Ende auch eine Mindestrente gewährleistet, nicht erzielt haben. Auch das ist eine ganz soziale Begründung dafür, dass wir über Mindesteinkommen in Deutschland reden müssen. Wir reden also, Herr Kollege Böhrnsen und Herr Dr. Sieling, nicht mehr über die Frage, ob ein Mindesteinkommen von 7,50 Euro gerechtfertigt ist, sondern wir reden über den Weg dorthin, und darin unterscheiden wir uns.

Ich finde es im Übrigen sehr pauschal, wenn Sie sagen, in 20 von 27 EU-Ländern gibt es Mindestlöhne. Das stimmt, aber der Mindestlohn in Bulgarien beträgt 53 Cent, in Rumänien 66 Cent, in Lettland 69 Cent, meine Damen und Herren, in Litauen einen

Euro. Ich finde, wir müssen schon einmal ein wenig die Verhältnisse wahren.

(Beifall bei der CDU)

Wir leben in einem Wohlstandsland, und ich gehe einmal davon aus, dass Sie sich diese gesetzlichen Mindestlöhne nicht zum Vorbild genommen haben, das unterstelle ich Ihnen gar nicht. Aber ich finde, es gehört eben einfach zur Wahrheit dazu.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der sich Gewerkschaften, im Übrigen auch ganz häufig DGB-geführte Gewerkschaften, nicht in der Lage gesehen haben, Tarifabschlüsse zu vereinbaren, die ein Mindesteinkommen von 7,50 Euro gewährleisten. Das ist zum Beispiel in Bremen für ver.di das Friseurhandwerk, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, der Einzelhandel, das ist für die IG Bau der Bereich Floristik, Maler- und Lackiererhandwerk, das ist für die IG Metall Bekleidungsindustrie und Kfz-Handwerk, das ist für die IG BCE die feinkeramische Industrie; alles Tarifabschlüsse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die zum Ergebnis hatten, dass man sich nicht in der Lage gesehen hat, 7,50 Euro Mindesteinkommen festzulegen! Die Antwort der Gewerkschaften – das hat mich allerdings erstaunt, was Frau Ziegert im „Weser-Kurier“ erklärt hat –: „Unsere Gewerkschaften sind eben nicht mächtig und kraftvoll genug, andere Tarifabschlüsse zu erzielen.“

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Armutserklärung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und an die Tarifautonomie. Gewerkschaften haben in unserer Gesellschaft ein solches Standing, dass sie in der Lage sind, für gerechte Arbeit auch gerechte Löhne zu vereinbaren. Sie machen es nur dann nicht, wenn sie – wie in diesen Fällen – genau wissen, dass wir über Arbeitsverhältnisse reden, in denen im Wesentlichen ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig sind und für die sich höhere Löhne nicht erwirtschaften lassen und weil sie genau wissen, dass ein festgelegter Mindestlohn von 7,50 Euro niemandem nützt, der am Ende keine Arbeit mehr hat. Das ist nämlich auch die gesellschaftliche Realität in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich werden deutsche Gebäude weiter in Deutschland geputzt werden müssen, und natürlich werden deutsche Männer wie Frauen auch weiterhin in Deutschland einen Friseur besuchen, darüber reden wir in der Regel nicht. Aber, meine Damen und Herren, es gibt Dienstleistungen in Deutschland, bei denen lässt sich ein höherer Tariflohn nicht einmal eben auffangen durch Preissteigerungen. Das wäre ja die Konsequenz Ihres gesetzlichen Tariflohnes, dass wir die Produkte am Ende für alle Menschen in Deutschland teurer machen, weil wir die Lohnkosten erhöhen. Wir reden ja nicht über unternehmeri-

(A) sche Gewinne in diesen Bereichen, sondern wir reden darüber, dass höhere Löhne sich offensichtlich nicht erzielen lassen, weil sie Arbeitsplätze gefährden. Das ist die große Gefahr!

Deswegen sage ich, der CDU-Weg ist der soziale, weil er nicht die Gefahr in sich birgt, Niedriglohnbeschäftigungen zu beseitigen durch fiktiv hohe Löhne, die am Markt nicht erzielt werden können. Das ist genau die Realität! Die Gewerkschaften haben diese Löhne nicht vereinbart, weil sie möglichst wenig Geld für die Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollten, sondern sie haben diese Löhne vereinbart, weil sie genau wussten, dass bei höheren Tarifabschlüssen die Arbeitsplätze in ihrem Bestand gefährdet sind. Das ist die Realität in Deutschland, Herr Dr. Sieling!

(Beifall bei der CDU)

Wir reden im Übrigen in erster Linie nicht über Bremen, das muss man an dieser Stelle auch wissen. Am meisten Widerstand in beiden Lagern – Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite – kommt im Übrigen aus den neuen Bundesländern, weil wir dort an der Grenze zu Osteuropa sehr viele Beschäftigungsverhältnisse haben, wo Tarifvertragsparteien sehr genau wissen, dass, wenn sie einen nicht in Deutschland erwirtschaftbaren Tariflohn von 7,50 Euro pro Stunde vereinbaren, die Arbeitsplätze weg sind. Davor möchte ich Deutschland bewahren.

(B)

Das halte ich für den falschen Weg, und deswegen sage ich, wir müssen mit der Realität leben, dass es in Deutschland in einigen wenigen Bereichen, vielleicht 10 Prozent der gesamten Arbeitsverhältnisse, Löhne gibt, deren Höhe – 7,50 Euro – sich am Ende nicht erwirtschaften lässt. Dann bin ich aber dafür, genau den Weg zu gehen, den übrigens auch Herr Müntefering im Wesentlichen für ungelernte Arbeit und ältere Arbeitnehmer finden will, nämlich dann zu sagen, in diesen Fällen bin ich als Staat bereit, lieber die Arbeit zu finanzieren als die Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis von gesetzlichen Tariflöhnen für den Fall, dass Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich vernichtet werden, ist nämlich, dass ich als Staat die Arbeitslosigkeit finanziere. Ich will in Deutschland lieber die Arbeit finanzieren und nicht die Arbeitslosigkeit! Deswegen reden wir über Lohnzuschüsse.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich birgt das eine Missbrauchsgefahr in sich, da bin ich völlig sicher, wie alles in unserem System Missbrauchsgefahren in sich birgt. Ich halte es für fast ausgeschlossen, dass Tarifvertragsparteien in Zukunft sittenwidrige Löhne vereinbaren in dem stillen Bewusstsein, dass der Staat das auf einen gesetzlichen Mindestlohn aufstockt. Man kann aber durch Unterschreitungsverbote auf der Grundlage der bisher

geltenden Tarifvertragsstrukturen, durch Dynamisierungsregelungen in der Frage der Höhe der Lohnzuschüsse in Höhe der Lebenshaltungskostenindizes und so weiter einen Mechanismus einbeziehen, der das, was Sie hier als Missbrauch an den Pranger gestellt haben, beseitigt. Ich werbe dafür, dass wir in Ruhe über diese Lösung reden.

(C)

Die SPD ist in diesen Tagen mit einer Bundeskampagne unterwegs mit dem Thema Mindestlohn, insbesondere in Bremen, weil hier Wahlkampf ist. Der Kollege Böhrnsen fährt nachher mit der ver.di-Straßenbahn, habe ich heute auf der Seite der Linkspartei gelesen, die im Übrigen, und da sehe ich eine weitere Gefahr, auf ihrer –. Die Reaktion ist vorprogrammiert gewesen. Da steht dann: „Bürgermeister Böhrnsen fährt heute mit der ver.di-Straßenbahn, steigen Sie bitte an der Domsheide um 16.10 Uhr ein, um für gesetzliche Mindestlöhne zu demonstrieren.“ Dann kommt der Nachsatz: „Und übrigens, die Linkspartei fordert einen Mindestlohn von 8 Euro.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es besteht die Gefahr, dass der Gesetzgeber, dass sich die Politik am Ende in die Frage endgültig einmisch, was gerechte Löhne für gerechte Arbeit in Deutschland ist. Ich will das bewährte System der Tarifautonomie und des Interessenausgleichs nicht um einer Wahl willen und nicht um der politischen Agitation willen abschaffen und durch ein gesetzliches Lohnfindungssystem ersetzen. Das halte ich für schädlich. Wir haben in Deutschland viele gute Erfahrungen, viele hochwertige Arbeitsplätze und viel gerecht finanzierte Arbeit entstehen lassen in dem bewährten System der Tarifautonomie, und deswegen werbe ich dafür, dass das auch so bleibt. – Vielen Dank!

(D)

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich bedanke mich bei der CDU-Fraktion, dass sie zum Ende gekommen ist. Das Erste und Erfreuliche ist ja durchaus, Herr Röwekamp, dass Sie sich hier zur Tarifautonomie bekennen.

(Zuruf von der CDU: War nie anders!)

War nie anders, das ist sehr schön in dem Zusammenhang! Aber Tarifautonomie ist natürlich mehr als die Tatsache, dass sich da vielleicht zwei an einen Tisch setzen und etwas autonom verhandeln, sondern es gab einen wichtigen Hinweis auf die Anerkennung der Tarifverträge als allgemein verbindliche Tarifverträge.

Ich freue mich über diese Wendung, ich finde nur, sie hätte früher kommen können. Wir haben hier vor

(A) zwei Monaten, Herr Röwekamp, diskutiert und beschlossen, dass wir das Ladenschlussgesetz verändern. In dem Zusammenhang sind wir auf Sie zugekommen, auf die CDU-Fraktion, und haben gesagt, es kommt darauf an, damit wir dort die Lohnbedingungen sichern, dass die Allgemeinverbindlichkeit realisiert wird und dass wir diesen Weg gehen und das verpflichten. Dazu hat es eine Ablehnung gegeben. Da hätte ich Ihren mutigen, starken Vortrag gern gehört und hätte gesagt, die CDU-Fraktion macht das mit. Heiße Luft war das! Nichts kam an der Stelle, als es zum Schwur kam!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, der Hinweis, das macht doch alles deutlich, wenn wir hier den Vergleich aufmachen zu den anderen Ländern, in denen es natürlich Mindestlöhne gibt, und in denen es auch freie Gewerkschaften gibt, wenn Sie dann kommen mit Bulgarien: Sie haben versucht zu relativieren, aber ich muss sagen, das ist hochgradig lächerlich. Das, finde ich, macht Ihren ganzen Zynismus in dieser Frage deutlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Statt ernsthaft darüber zu reden, wo wir in vergleichbarer Höhe sind! Dann ist man natürlich an der Stelle, dass man darüber reden muss, dass wir in Europa gemeinsame Standards brauchen, dass wir sozusagen Untergrenzen brauchen. Darum geht es doch in der politischen Auseinandersetzung.

Ich will in dem Zusammenhang zu dem Thema, zu dem Sie sich lange ausgelassen haben – Verhandlungen, Tarifautonomie –, hier an dieser Stelle nur sagen: Dieser Umgang mit den Gewerkschaften und mit der Situation ist entweder absichtlich oder von Naivität und ökonomischer Unkenntnis geprägt. Es ist doch so, dass wir in vielen Bereichen aufgrund des Lohnabbaus der letzten Jahre und Jahrzehnte in einer Situation sind, dass die Gleichberechtigung gar nicht mehr, die Gleichrangigkeit, die Waffengleichheit, geboten ist, sondern die Erpressbarkeit der Gewerkschaften riesig geworden ist. Das wollen wir verhindern, darum eine Untergrenze, darum Mindestlohn. Das ist Sicherung der Tarifautonomie!

(Beifall bei der SPD)

Herr Röwekamp, eines finde ich gut: dass Sie auf die Fahrt heute Nachmittag, die Bürgermeister Böhrnsen macht, hinweisen, auf den Weg, den er hin zu den Menschen macht. Jens Böhrnsen hat hier Herrn Perschau schon eingeladen zuzusteigen. Ich kann natürlich keine weiteren Einladungen aussprechen, die der Bürgermeister wahrnimmt, aber ich bin sicher, Herr Röwekamp, wenn auch Sie einmal zu den

Menschen gehen wollen, Sie sind herzlich eingeladen mitzufahren und sich das anzuschauen,

(C)

(Widerspruch bei der CDU)

wie die Verhältnisse hier sind, oder selbst eine solche Fahrt zu organisieren. Machen Sie das! Aber Herr Röwekamp kann doch – Herr Focke, regen Sie sich doch nicht auf! –, Herr Röwekamp könnte doch einmal diesen Weg gehen und könnte sich die Arbeitsverhältnisse und die Lebensverhältnisse anschauen, anstatt hier zu polemisieren, dass die Linkspartei 50 Cent mehr will.

Meine Damen und Herren, bewegen Sie sich an der Stelle, gehen Sie den Weg mit, den wir hier vorgezeichnet haben! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren, hier ist heute schwer etwas los! Schade, dass es nicht in den letzten fast 4 Jahren auch öfter einmal so war! Das wertet ja sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Themen richtig auf.

(D)

Ich würde gern zu 3 Punkten meiner Vorredner noch einmal etwas sagen: Herr Senator, Bürgermeister Röwekamp, ich glaube, dass Sie bei all dem Hochjubeln der Gewerkschaften übersehen haben, dass zumindest die Theorie – und die wird durch die Praxis bestätigt – sagt, dass Gewerkschaften in Zeiten von Massenerwerbslosigkeit geschwächt sind in dem, was sie durchsetzen möchten. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass hier die Tarifparteien unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen miteinander verhandeln, und es ist natürlich klar, dass unter der Bedingung von Massenerwerbslosigkeit besonders großer Druck auf die Gewerkschaften besteht, untere Einkommensgruppen eher nicht adäquat auszustatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ich hätte mir in den letzten Jahren da mehr Kampfgeist gewünscht, aber dass das jetzt einfach nur so vom Himmel gefallen ist und Sie hier weiter, völlig unabhängig davon, wie viele Arbeitslose man hat, vom freien Spiel der Kräfte fabulieren, hat mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit schlicht und einfach überhaupt gar nichts zu tun!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(A) Es ist auch nicht richtig, dass es sich vor allen Dingen um ungelernete Ausländer und so weiter handelt. Mittlerweile ist ein Drittel aller Personen, die unterhalb der 7,50-Euro-Grenze arbeiten, Personen mit Berufsabschluss, und zwar mit steigender Tendenz. Das ist doch der Grund, warum – aus meiner Sicht zum Glück – dieses Thema Konjunktur bekommt, weil es immer mehr werden und weil die Politik sieht, dass es jetzt notwendig ist zu handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jobs gehen verloren und Preise steigen! Jobs gehen verloren, das habe ich Ihnen bereits gesagt, dort haben Sie nur Befürchtungstheorien. Nirgendwo gibt es Beweise dafür, dass das wirklich passieren wird. Und die Preise steigen, ja, vielleicht im Friseurhandwerk. Na und, sage ich jetzt einmal! Ist es nicht in unser aller Interesse, dass die Frau, die mir die Haare macht, davon leben kann? Das finde ich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Das gilt auch für den Bereich des Einzelhandels. Die gesellschaftlichen Kosten dieser Art der Dumpinglöhne sind zu hoch, als dass wir das mit diesem Argument, es könnten ja ein paar Preise steigen, kleinreden sollten. Dann sage ich jetzt auch noch einmal an die Adresse der SPD: Hic Rhodus, hic salta! Es ist immer ein bisschen billig, auf den Bund zu verweisen.

(Zurufe von der SPD)

Ja, regen Sie sich ruhig ein bisschen auf, das ist für mich auch gut!

Was ist denn mit der Bremer Praxis? Spitzenplatz bei der Vergabe von Ein-Euro-Jobs! Das ist hier unter der SPD eingeführt worden, und zwar in einer Massivität, wie sie wirklich übermäßig kritikwürdig ist. Ich finde, auch bei der Praxis der Teilzeiterzieherinnen können wir in Bremen eine Menge verbessern. Auch diejenigen, die dort zwangsweise 20 Stunden arbeiten oder 30, können von ihrem Einkommen nicht leben. Also, wir haben hier in Bremen auch noch eine Menge zu tun, damit wir nicht nur auf weit weg weisen, sondern auch vor unserer eigenen Tür kehren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, zu dem ersten Teil der Aktuellen Stunde liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

Die Bremer Polizei braucht 100 neue Polizisten

(C)

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Vielleicht darf ich vorher noch sagen, die Redezeit des Senats beträgt mittlerweile insgesamt 16 Minuten. Ich schätze, zum zweiten Thema wird der Senat auch reden, sodass sich dann die Redezeiten für die Fraktionen noch entsprechend verlängern und noch Spielraum besteht.

Herr Herderhorst, Sie haben das Wort!

Abg. **Herderhorst** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben das Thema „100 Polizeibeamte für die Polizei im Jahr 2007“ heute aufgerufen, weil wir sehen, dass wir unter Zeitdruck geraten, was die Bestimmung der Einstellungsquote für 2007 anbelangt. Es ist auch eine andere Voraussetzung in diesem Jahr, im Gegensatz zu 2006, als wir im Mai 2006 einen Ausbildungsplan bekommen haben, der ausdrückte, wie viele Beamtinnen und Beamte eingestellt werden sollten. In diesem Jahr haben wir nun absehbar die Wahl, die Konstituierung der neuen Bürgerschaft und auch letztendlich eines neuen Senats, und von daher befürchte ich, dass wir in die Nähe des Einstellungstermins 1.10. kommen, wenn die Entscheidung dann fällt. Das ist natürlich auch deswegen wesentlich zu spät, weil bis dahin kein Bescheid hinausgegangen ist, unter Umständen die Besten weglaufen und in anderen Bundesländern Anstellungen finden.

(D)

Meine Damen und Herren, wir haben im Januar dieses Jahres einen Antrag gestellt, 100 Beamtinnen und Beamte bei der Polizei einzustellen – ich darf kurz mit Genehmigung des Präsidenten zitieren –, der die Bürgerschaft als Beschlussvorschlag damit konfrontierte, erstens: „Bei der Polizei Bremen werden zum 1. Oktober 2007 100 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt. Die Personalentwicklungsquote wird ersatzlos für den Polizeivollzugsbereich mit Wirkung ab 2008 ausgesetzt.“ Zweitens: „Die examinierten Bachelor-Studienabsolventen werden als Polizeikommissare zur Anstellung in den planmäßigen Polizeivollzugsdienst übernommen, um Planungssicherheit zu gewährleisten.“ Drittens: „Die Einstellung der PK-Anwärterinnen und -Anwärter erfolgt für den dreijährigen Studiengang als Beamte auf Widerruf im öffentlichen Dienst und Treueverhältnis, um dienstrechtlichen und personalplanerischen Erfordernissen Rechnung zu tragen.“ Viertens: „Die entstehenden personellen Kosten sind zunächst durch zentral für die Ausbildung eingestellte Mittel beim Senator für Finanzen zu decken. Die personellen Kosten nach Abschluss der Ausbildung sind bereits in der mittelfristigen Finanzplanung im Zuge des Haushaltsaufstellungsverfahrens ab 2008 zu berücksichtigen.“

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Das heißt also konkret auch, dass wir mit diesen 100 Einstellungen nicht über Durst gehen und auch im Jahre 2010 nicht die Eckwerte erweitern müssen, um diese 100 Beamten zu bezahlen, sondern das heißt schlicht und ergreifend, dass wir die Beamtinnen und Beamten, die bis dahin in den Ruhestand versetzt worden sind, ausgleichen, das heißt, die Stellen, die Dienstposten, dann diesen mit der Ausbildung im Jahr 2010 fertigen Beamtinnen und Beamten zur Verfügung stellen können. Ich meine, auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, aber insbesondere natürlich aus polizeilichen notwendigen Gründen ist das nur richtig.

Leider hat die SPD unserem Antrag nicht folgen können und hat einen Monat später diesen Antrag abgelehnt, und damit konnten wir ihn nicht in die Bürgerschaft einbringen, das ist nun einmal so in dieser Koalition,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Haben wir nie abgelehnt! Kein falsches Zeugnis!)

obwohl die Innenpolitiker unter fachpolitischer Sicht damals diese 100 Einstellungen beschlossen und den Fraktionen damit empfohlen haben, diesem Beschluss zu folgen.

(B) Herr Dr. Sieling, Sie haben in diesem Kontext in Ihrem Schreiben an unseren Fraktionsvorsitzenden angeführt, das wären Mehrbedarfe. Sie sind es nicht! Ich habe es eben gesagt, es geht lediglich darum, die Fluktuation bis 2010 auszugleichen.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das Rechnen überlassen wir dem Finanzsenator!)

Über alle personellen Probleme anderer Ressorts, die Sie als Ablehnungsgrund genommen haben, kann man sicherlich reden, sie stehen in diesem Zusammenhang aber nicht zur Verfügung, weil andere Bereiche auch andere Probleme haben.

Im Polizeibereich, und das wissen wir, können wir vor allen Dingen nicht Beamte, die in den Ruhestand versetzt worden sind, von jetzt auf gleich ersetzen, weil wir die Beamtinnen und Beamten erst drei Jahre ausbilden müssen und von daher immer eine Bedarfsberechnung auf jeweils drei Jahre im Voraus bei dreijähriger Ausbildung anstellen müssen.

Ich möchte auch nicht, und darauf will ich noch einmal ausdrücklich hinweisen, dass wir irgendwann zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich die Verhältnisse, die sich nach 1984 bis 1987 bei Nichteinstellung von Beamtinnen und Beamten ergeben haben, wiederholen. Diese waren fatal für die Polizei und haben erhebliche Vakuen entstehen lassen, die nur langfristig schwer ausgleichbar waren. Um das in der Kürze der Zeit zusammenfassend zu sagen, es geht auch

nicht nur um Zahlenspiele, sondern es geht auch darum, aufgabenbezogen die Einstellungen zu berücksichtigen.

(C)

Wir haben eine Reihe von Mehraufgaben in der letzten Zeit, auch in der letzten Wahlperiode bei der Polizei erhalten. Ich nenne dazu nur stichwortartig zentrale Anzeigenbearbeitung zur Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung, zentrale Korruptionsbekämpfung beim Senator für Inneres, Internetkriminalität, polizeigesetzliche Änderungen wie zum Beispiel Wegweisungsrecht, Strafrechtsänderungen wie zum Beispiel Stalking, Brennpunkteinsätze in Huchting, Kattenturm, Diskomeile sowie Ausländerkriminalität, Jugendkriminalität, organisierte Kriminalität und Terrorismusbekämpfung.

Daneben sind dann die Sondereinsätze bei Bundesligaspielen, Demonstrationen, Großveranstaltungen wie Freimarkt und so weiter zu gewährleisten und abzuarbeiten, dies alles mit dem jetzigen Personalbestand. Dieser jetzige Personalbestand muss auch nach der Neustrukturierung bei der Polizei erhalten bleiben. Nur dann ist gewährleistet, dass diese Aufgaben nach dem Jahr 2010 weiterhin weitestgehend wahrgenommen werden können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin ziemlich sicher, und das will ich auch zum Ausdruck bringen zur guten Arbeit der Polizei durch die hohe Motivation, die die Beamtinnen und Beamten in das Dienstgeschäft einbringen, dass diese hohe Motivation nicht dadurch gestört werden kann, dass zusätzlich neben den im Dienst befindlichen Beamtinnen und Beamten diverse Löcher gerissen werden, die dann von den Beamtinnen und Beamten, die sich dann im Dienst befinden, nicht mehr ausgeglichen werden können. Der Staat hat den Beamtinnen und Beamten gegenüber auch eine Fürsorgepflicht, insofern fordere ich auch in diesem Zusammenhang ein, dass diese 100 Beamtinnen beziehungsweise Beamten eingestellt werden, damit wir die Bedarfe ab dem Jahr 2010 ausgleichen können.

(D)

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs von arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesprochen. Diese sind es auch, wobei ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, dass insgesamt der Speckgürtel, der damals in den Achtzigerjahren entstanden ist, in denen man aus arbeitsmarktpolitischen Gründen in den öffentlichen Dienst eingestellt hat, zusehends abgebaut ist. Man ist sicherlich gut beraten, zukünftig darüber nachzudenken, inwieweit man die Sparmaßnahmen, ich nenne hier insbesondere natürlich das Personalentwicklungsprogramm, noch im Rasenmäherprinzip weiter fortführen kann oder ob man nicht dazu übergehen muss, endlich auch aufgabenkritisch einmal die Bereiche zu durchleuchten und zu schauen, ob es Überhänge gibt und, wenn

(A) es sie gibt, ob man sie umsteuern oder aber längerfristig sozialverträglich auch einsparen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich brauche nicht noch gesondert auf den Benchmarking-Bericht 2006 hinzuweisen, weil Sie ihn alle zur Kenntnis genommen haben. Er bringt auch deutlich zum Ausdruck, dass es bei der Polizei Fehlbestände gibt, insbesondere was die Polizeidichte im Hinblick auf das Verhältnis zur Bevölkerungszahl anbelangt. Das macht auch deutlich, dass wir mehr Beamte, zumindest diese Ausgleich von 100 Beamten, brauchen. Nicht zuletzt kommt noch der Altersdurchschnitt von zurzeit 43 Jahren hinzu. Das bedingt natürlich auch, dass wir absehbar darüber reden müssen, wie wir diesen kontinuierlich weiter im Lot halten, damit sich nicht dann nur noch ältere Beamte im Dienst befinden.

Deshalb, und es gibt noch eine Reihe weiterer Gründe, die ich jetzt hier nicht alle weiter ausführen will, weil ich zeitlich dazu nicht mehr in der Lage bin, ich muss zum Schluss kommen, glaube ich jedenfalls, dass wir mit diesen 100 Einstellungen, wenn sie 2007 beschlossen und kommen werden, auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir innerhalb von vier Tagen über 3000 Unterschriften für die Einstellung von 100 Beamten gesammelt haben, unter diesem Gesichtspunkt ein positives Zeichen –

(B)

(Glocke)

ich komme zum Schluss! – in die Richtung der Polizei geben können, aber auch natürlich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen Sorge tragen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Herr Kollege Kleen, Sie haben nach meiner Buchführung noch 3 Minuten Redezeit!

(Abg. Kleen [SPD]: Dann müssen Sie Ihre Buchführung auf Vordermann bringen, das kann gar nicht sein! – Zurufe)

Lieber Herr Kollege, wir könnten jetzt natürlich parlamentarisch vereinbaren, dass Sie schon einen Vorgriff nehmen auf die Rede des Senats.

(Abg. Kleen [SPD]: Das tun wir, das machen wir! Wir wollen keine Zeit verlieren, wir machen das so! Herr Nußbaum gleicht mich aus!)

Liebe Kollegen, ernsthaft! Der Senat hat eine unbegrenzte Redezeit. Er hat jetzt 16 Minuten, also eine Minute jetzt schon, die die Fraktionen mehr haben. Die eine Minute gebe ich Ihnen hinzu, dann haben Sie jetzt noch drei Minuten. Dann wäre die Redezeit von Ihnen, Herr Kleen, zu Ende, es sei denn, das Parlament ist einverstanden, dass der Kollege Kleen jetzt schon einen Vorgriff nimmt aus dem kommenden Beitrag des Senats. Wenn Sie damit einverstanden sind, hätte er ein größeres Kontingent.

(C)

(Abg. Kleen [SPD]: Das sind sie! Ich rede so, dass sie etwas sagen wollen!)

Herr Kollege, ich war noch nicht fertig mit der Vereinbarung! Herr Perschau, Frau Linnert, Herr Dr. Sieling, wären Sie damit einverstanden?

(Abg. Kleen [SPD]: Ich rede so, dass sie etwas sagen wollen! Entschuldigung!)

Kein Einverständnis! Dann haben Sie noch drei Minuten.

Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege Kleen! Die CDU sagt Nein!

(Unruhe)

Abg. Kleen (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die Bremer Polizei“, so heißt das Thema, „braucht 100 neue Polizisten“. Das ist richtig, das haben wir in der Innendeputation auch so beschlossen, und das macht Sinn, denn wir wissen, wir müssen heute ausbilden, um dann in drei Jahren, wenn der Bedarf besteht, den Nachwuchs zur Verfügung zu haben.

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn wir das nicht tun, dann verkleinern wir die Polizei! Das wollen wir nicht, das würde ich auch für falsch halten. Herr Herderhorst hat über die Polizei, über die Leistungsfähigkeit und so weiter gesprochen, und dabei hat er sich zumeist nur auf Bremen bezogen. In Bremerhaven ist die Situation nicht besser, da müssen wir auch herangehen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dabei hat die CDU mit ihrer Forderung nach 100 Stellen, die FDP fordert 200 Stellen, noch nicht den 13. Mai im Blick. Sie wissen alle, am 13. Mai ist Muttertag, und das lenkt den Blick auf die Frauen. Wir bilden seit dem Jahr 2000 verstärkt Frauen aus. Für Mutterschaft, für Teilzeitstellen haben wir überhaupt noch keinen Bedarf eingeplant. Darum geht es der CDU aber doch überhaupt

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nicht. Die CDU möchte mit den Sorgen der Menschen vor Kriminalität Wahlkampf machen. Damit will sie punkten!

(Widerspruch bei der CDU)

Genau das ist es aber! Sie starten eine Unterschriftenkampagne, meine Damen und Herren, da fragt man sich doch ernsthaft, wie frech darf Wahlkampf eigentlich sein!

(Zurufe von der CDU)

Sie wissen so gut wie ich, Herr Herderhorst hat es angesprochen, dass wir neben den 100 Polizisten 38 Feuerwehrleute brauchen, dass wir 55 Lehrer brauchen, dass wir für das Kindeswohl 35 Einstellungen bei Soziales brauchen, 25 Stellen bei der Justiz, 66 bei Finanzen. Diese Einstellungen kosten 12 Millionen Euro zusätzlich. Genau deshalb hat unser Fraktionsvorsitzender einen Brief an die CDU, an Herrn Perschau, geschrieben und gesagt, bitte schön, macht einen seriösen Finanzierungsvorschlag für diese 319 Stellen! Was ist gekommen? Nichts, gar nichts! Die CDU äußert sich nicht! Das ist die Realität, das ist die Wahrheit! Nicht die SPD verhindert die 100 Einstellungen, nicht die SPD hat irgendetwas abgelehnt, sondern die CDU schlampt und kümmert sich nicht so wie bei den Haushaltsberatungen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so wie bei den Haushaltsberatungen! Damals haben wir auf verschiedene Probleme aufmerksam gemacht, und die CDU hat gesagt, mit uns ist gar nichts zu machen, wir stellen keine Anträge. Keine für Herrn Röwekamp, keine für Herrn Kastendiek, keine für Herrn Neumeyer! Auch Herr Röwekamp hat in den Haushaltsberatungen, da hätte man über diese Einstellungen reden sollen und müssen, gar nichts gemacht. Heute wissen wir, warum! Man möchte nicht die Verantwortung für das Ganze übernehmen, der Unterschied zwischen einem Bürgermeister und einem Fachsenator! Die CDU wollte nicht für Soziales, Finanzen und Bildung kämpfen, sondern nur für die Polizei.

(Zuruf von der SPD: Wo war er denn da?)

Ich hoffe sehr, dass uns das nicht wieder auf die Füße fällt, wenn wir später mit anderen verhandeln müssen, denn bei Inneres sieht es so aus, dass wir zwischen 1993 und 2004 6,5 Prozent der Stellen abgebaut haben, das meiste für die zweigeteilte Laufbahn. Bei den Lehrern haben wir 12 Prozent abgebaut, und bei allen Stellen haben wir 21 Prozent abgebaut. Also, ich sage als Innenpolitiker: Es geht Inneres im Prinzip noch gut!

Dann, mein letzter Satz, bitte schön! Statt dass Sie dafür dem Schöpfer auf Knien danken, nörgeln Sie herum und ärgern sich über den durchsetzungsfähigen Finanzsenator. Sie haben es nicht mehr mit dem Schöpfer, denn das C in CDU steht jetzt für Café Röwekamp, mit Flatrate!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schade, man hätte sich gewünscht, dass dieses Thema, weil es ziemlich ernst ist, auch hier sehr ernsthaft behandelt wird. Auch zwei Wochen vor einer Wahl kann ein Parlament im Prinzip ernsthaft die ernstesten Probleme dieses Landes behandeln. Ich glaube, wenn wir uns richtig Mühe geben, geht das.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unterschriftensammlung, das ist richtig putzig, das ist mir auch aufgefallen! Sie sammeln quasi Unterschriften gegen sich selbst,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D)

denn den Haushalt 2006/2007 haben Sie beschlossen! Die Einstellungsquote haben Sie auch beschlossen. Jetzt sammeln Sie Unterschriften gegen Ihren eigenen Haushalt und gegen Ihre eigene Einstellungsquote. Das ist richtig gut! Ich denke einmal, die Leute werden es aber merken.

Wir haben einen Grundkonsens darüber, ich habe niemanden gehört, der hier hinausgeht und etwas anderes sagt, dass wir die horrenden Altersabgänge bei der Polizei in den nächsten Jahren ausgleichen müssen. Wer sich einmal die einschlägigen Papiere, ich erwähne nur das Bilanzpapier zur Polizeireform aus dem Bereich der Schutzpolizei, anschaut, in dem nicht geschönt wird, wie das in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage zur Polizeireform in diesen Tagen noch geschehen wird, sondern wahrheitsgemäß die Probleme der Polizei in der Fläche beschrieben werden, der sieht, dass die Polizei an den Rand dessen gekommen ist, wozu sie aufgrund des Personalstands in der Lage ist, und dass hier ein Ende der Fahnenstange erreicht ist, diese Polizei weiter nach unten abzubauen, was zwangsläufig passieren würde, wenn wir uns die Altersabgänge in jedem einzelnen Jahr in den nächsten Jahren ansehen. Hier müssen wir auf jeden Fall heran, das ist kein Mehr an Personal, sondern das ist ein Ausgleich dessen, was uns durch die Altersabgänge tatsächlich verloren geht.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Vorhin ist gesagt worden, natürlich müssen wir heute ausbilden, um im Jahr 2010 Polizisten einstellen zu können. Jetzt gibt es aber noch ein paar Jährchen bis 2010. Dann sehen wir uns das doch einmal an! Das sind die Einstellungszahlen in der Polizeiausbildung, die Sie beschlossen haben: dieses Jahr 60 Abgänger, im nächsten Jahr 28 und in 2009 35. Das sind die Zahlen, die Sie selbst beschlossen haben, also ganz weit weg von den 100, die Sie selbst heute fordern, die wir pro Jahr Ihrer Meinung nach brauchen! Das heißt, Sie sehen selbst, dass die Einstellungszahlen für die Polizeiausbildung so auf Sicht nicht ausreichen werden. Jetzt sagen Sie zu Recht, wir müssen in der Ausbildung nachlegen, um die Altersabgänge ausgleichen zu können, das ist kein Problem.

Es ist natürlich ein großes Problem, aber wir können es schaffen in den Haushaltsberatungen 2008/2009, dann können wir dies vorsehen. Es wird eine Riesenanstrengung, der Kollege Kleen hat gerade die Bedarfe genannt, und der Finanzsenator sitzt sozusagen auf den beschränkten Mitteln und dem Rahmen, den wir nach Karlsruhe gemeldet haben. Trotzdem können wir uns aber politisch in der Haushaltsberatung 2008/2009 darüber verständigen.

(B) Etwas anderes ist die Frage in 2007! Das sind doch die Abgänger, die Sie selbst vor 3 Jahren eingestellt haben, und jetzt kommen dieses Jahr 60 Abgänger in die Polizei hinein. Die Altersabgänge sind gleichzeitig höher, und jetzt sagen Sie, in 2007 wollen wir noch einmal darüber hinaus bis zu 100 Polizeibeamte in der Ausbildung einstellen. Das Ganze macht doch nur Sinn, wenn Sie einen seriösen Finanzierungsvorschlag machen, denn Sie haben weder gesagt, dass Sie einen Nachtragshaushalt beantragen wollen, noch haben Sie genau erklärt, wie im laufenden Haushalt bei den bestehenden Eckwerten dies zu erbringen ist.

Ich bin der Meinung, wenn wir in diesem Jahr noch einmal eine große Anstrengung bei der Ausbildung machen und uns dann 2010 entsprechend ausgebildete Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen zur Verfügung stellen, dann können wir dies tun. Dann ist doch aber der Innensenator hier gefordert zu sagen, wie dies innerhalb seiner Eckwerte zu finanzieren ist oder wie er gemeinsam mit dem Finanzsenator möglicherweise Mittel findet, diese im laufenden, von Ihnen beschlossenen Haushalt 2007 zu finanzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch der normale Weg. Wir sind überhaupt nicht dagegen, dass wir das tun, weil wir wissen, dass wir bei der Personalstärke bei der Polizei in der Tat diese hohen Altersabgänge in den nächsten Jahren ausgleichen müssen. Aber es gehört bitte schön nicht nur eine Unterschriftenkampagne und eine schöne Rede in der Bürgerschaft hierzu, sondern es gehört eine Finanzierung in einem Paket, mit einer dicken Schnur geschnürt, zu einem solchem Vorschlag, und

(C) dann kann man sehen, ob man es im laufenden Haushaltsjahr, im beschlossenen Jahr 2007, ermöglichen kann. Wir wären dann dabei, diese Vorschläge zu prüfen und auch zu sehen, ob man das im Eckwert des Innenressorts noch unterbringt.

Ab 2008 werden wir uns auch dafür einsetzen, in den kommenden Haushalten das Problem zu berücksichtigen. Wir werden mit den 28 Polizeibeamten zum Beispiel, die 2008 die Ausbildung beenden, voraussichtlich nicht hinkommen. Es ist aber eine politische Frage, was wir in dem Rahmen, den wir uns alle verpflichtet haben, nach Karlsruhe zu melden, schaffen. Über diesen Rahmen hinaus können wir schlichtweg keinen einzigen Euro ausgeben. Sie sind in der Pflicht heute schon. Demnächst bleiben Sie parlamentarische Fraktion hier in diesem Haus, wenn auch nicht mehr in der Regierung, so sind Sie auch noch in der Pflicht, vernünftige Haushaltsanträge zu machen, wie diese Dinge auch finanziert werden können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(D) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesem CDU-Thema zur Aktuellen Stunde, natürlich kurz vor der Wahl am 13. Mai beantragt, „Die Bremer Polizei braucht 100 neue Polizisten“, frage ich mich, erstens: Wie oft und wie lange wollen Sie eigentlich noch unsere Polizeibeamtinnen und -beamten für blöd verkaufen? Zweitens frage ich mich: Wer hat eigentlich Ihre unsozialen finanziellen und personellen unverantwortlichen Kürzungen bei der Polizei skrupellos und ohne Rücksicht auf Verluste beschlossen?

Das waren doch Sie! Das war diese Große Koalition von SPD und CDU. Es war doch gerade Ihr CDU-Innensenator Röwekamp, der bei jeder Gelegenheit großmündig behauptet hat, die sogenannte katastrophale Polizeireform wäre so wunderbar und wäre das Allheilmittel überhaupt! Das war doch gerade Ihr CDU-Innensenator!

Dass jetzt ausgerechnet die CDU eine solche Aktuelle Stunde mit diesem sehr wichtigen Thema beantragt und sogar auch noch großspurig Unterschriften sammelt, ist an Wahlkampfpopulismus und an Heuchelei nicht mehr zu überbieten! Ihre beantragte Aktuelle Stunde gerade zu diesem Thema ist ein Hohn sondergleichen! Tatsache ist doch, dass diese unfähige Große Koalition von SPD und CDU erst für dieses personelle Desaster bei den Polizeibeamten auf Kosten der inneren Sicherheit und zulasten der Bürger und auch durch diese sogenannte Polizeireform verantwortlich ist.

Diese erschreckende personelle Notlage bei der Polizei und die altersbedingten Abgänge waren Ihnen

(A) doch schon lange bekannt. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, als hier vor der Bürgerschaft tausende Beamtinnen und Beamte Sie demonstrativ deutlich auf diesen personellen Missstand und die abzockerischen unsozialen Kürzungen bei den Beamten aufmerksam gemacht haben. Das ist noch gar nicht so lange her.

Nur, Herr Senator Nußbaum und Herr Senator Röwekamp hatten wohl zu der Zeit wahrscheinlich ganz dicke Ohrstöpsel in ihren Ohren tief versenkt, die bis heute wohl noch tief in ihren Ohren stecken müssen, sonst hätten sie heute noch meine Warnung im Gedächtnis. Ich habe namens der Deutschen Volksunion schon länger immer und immer wieder darauf hingewiesen, dass Ihre Sparorgien, sprich Giftlisten des Senators, sowie Ihre gescheiterte Polizeireform auf Kosten und zulasten der inneren Sicherheit gehen. Nur, Sie wollten die Wahrheit nicht hören! Stattdessen haben Sie mich durch unendliche dummliche Zwischenrufe nur beleidigt und beschimpft.

Damit aber haben Sie auch die Sorgen und Nöte der Polizeibeamtinnen und -beamten schäbig missachtet, beleidigt und mit Füßen getreten. Ich habe es Ihnen damals schon sehr deutlich gemacht, dass die innere Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger schon lange nicht mehr gewährleistet ist. Unverantwortliche Kürzungen bei den Beamten, unverantwortliche Revierschließungen, immer weniger Polizeibeamte und so weiter, und das, meine Damen und Herren, bei einer steigenden gewalttätigen Ausländerkriminalität! Das ist heute Realität Ihrer grausamen Politik, und das ist für die Deutsche Volksunion unerträglich.

(B) Meine Damen und Herren, die Straßen des Bundeslandes Bremen sind verdreckt, verschmutzt, beschmiert und werden teilweise in der Mehrzahl von gewalttätigen ausländischen Jugendbanden beherrscht. Unsere Bürgerinnen und Bürger trauen sich nicht einmal mehr am Tage auf die Straße. Geschäftsleute werden am helllichten Tag dreist überfallen und ausgeraubt. Die Gewaltorgien an den Schulen, begangen in der Mehrzahl durch gewalttätige ausländische Jugendliche, das können Sie nicht abstreiten, steigen ins Unermessliche und sind schon lange außer Kontrolle geraten.

Polizeibeamtinnen und -beamte werden rücksichtslos von in der Mehrzahl ausländischen Gewalttätern mit Waffen bedroht, zusammengeschlagen, siehe Kattenturm, konkurrierende ausländische Türsteherbanden liefern sich blutige Straßenschlachten im Drogenmilieu, siehe Diskomeile, und so weiter. Damit muss endlich Schluss gemacht werden! Es reicht! Es reicht den Polizeibeamtinnen und -beamten, es reicht unseren Bürgerinnen und Bürgern, und es reicht der Deutschen Volksunion! Wir haben von Ihrer verfehlten Politik, auf Deutsch gesagt, die Schnauze gestrichen voll!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, ich bitte Sie, sich doch in Ihrer Wortwahl zu mäßigen!

(C)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Tittmann** (DVU): Na gut, das mache ich zwar schon! Darum sage ich Ihnen, stellen Sie nicht nur kurz vor der Wahl am 13. Mai einen sinnlosen populistischen Antrag zur Aktuellen Stunde, bei der am Ende sowieso nichts dabei herauskommt! Bringen Sie endlich einen beschlussfähigen und umsetzbaren Antrag mit einem realistischen Finanzierungskonzept ein, in dem nicht nur 100 neue Polizeibeamtinnen und -beamte gefordert werden, sondern gefordert wird, dass mindestens 150 neue Polizeibeamtinnen und -beamte eingestellt werden, und das sofort!

Sagen Sie ja nicht, dafür wäre kein Geld vorhanden! Sie haben jahrzehntelang Unsummen von Steuergeldern für unzählige sinnlose und nutzlose Großprojekte verschwendet, mit dem Space-Park-Desaster quasi in den Weltraum geschossen.

Meine Damen und Herren, unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sind nicht die Prügelknaben der Nation, sie sind auch nicht die Fußabtreter der Nation, sie setzen täglich mutig und dazu auch noch unterbezahlt für unsere Gesellschaft, also auch für Sie, uneigennützig ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel. Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten haben es wahrlich nicht verdient, durch Ihre Politik erniedrigt, gedemütigt und unsozial abgezockt zu werden. Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten haben in jeder nur erdenklichen Art und Weise uneingeschränkt politische Rückendeckung verdient. Dafür steht und kämpft die Deutsche Volksunion.

(D)

Bringen Sie nach dem 13. Mai einen neuen dementsprechenden Antrag ein, dass bei einer ansteigenden Gewaltkriminalität zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger und zur Entlastung der jetzt schon unverantwortlich überbelasteten Polizeibeamten mindestens 150 neue Polizeibeamtinnen und -beamten eingestellt werden müssen! Dem wird die Deutsche Volksunion selbstverständlich dann hier im Landtag, personell verstärkt, uneingeschränkt zustimmen. Einen dementsprechenden DVU-Antrag würden Sie ja, wie so oft, ablehnen, einstimmig ablehnen.

Meine Damen und Herren, eines noch zum Schluss! Die Deutsche Volksunion ist nicht rechtsradikal, die Deutsche Volksunion ist radikal für Recht und Ordnung. Wir werden auch nach dem 13. Mai verstärkt zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger und im Interesse unserer Polizeibeamtinnen und -beamten für Recht und Ordnung parlamentarisch weiterkämpfen. Das verspreche ich Ihnen namens der Deutschen Volksunion!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Röwekamp.

(A) **Bürgermeister Röwekamp:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Einzige, was Bremer Polizistinnen und Polizisten nicht verdient haben, ist die agitatorische Weise, wie Herr Tittmann versucht, hier mit billiger Polemik auf Stimmenfang zu gehen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere mich noch, Herr Tittmann, als wir beide das erste Mal vor einer Schulklasse in Bremerhaven in der Heinrich-Heine-Schule diskutiert haben. Das muss jetzt mittlerweile, glaube ich, 16 Jahre her sein, und in den 16 Jahren hat sich vieles von dem, was Sie damals schon rechtsradikal vorgetragen haben, in Ihrer persönlichen Entwicklung nur noch verschlimmert. Sie sind von der NPD nicht einmal mehr ein Spalt breit entfernt mit Ihrer Parteipolemik, die Sie hier verbreiten. Sie sind eine Gefahr für unseren Rechtsstaat, und deswegen haben unsere Polizistinnen und Polizisten Ihre Unterstützung nicht verdient.

Die einzige Gelegenheit, bei der ich Ohrstöpsel tragen würde, wäre bei Ihren Reden, Herr Tittmann! Das will ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will damit beginnen, dass ich sage – entgegen dem, was der letzte Redner hier eben gesagt hat –, dass die Große Koalition und die Bremer Politik in den letzten Jahren sehr viel für die innere Sicherheit in Bremen getan haben. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen dürfen! Wir hatten 1991 eine Kriminalitätsrate, die um 25 000 Straftaten höher war als heute, und eine Aufklärungsquote, die zehn Prozent unter unserer heutigen Aufklärungsquote lag. Wir haben es in der Bremer Polizei geschafft, diesen Trend umzudrehen, und wir haben es geschafft, obwohl in dieser Zeit sechseinhalb Prozent des Personals abgebaut worden sind.

Das ist ein Verdienst einer und eines jeden Einzelnen in der Polizei in Bremen. Das ist das Verdienst, dass sie selbst fernab der Diskussion darüber, was wir ihnen zugemutet haben, auch an persönlichen Einkommensverlusten, jeden Tag ihren Dienst in der Bremer Polizei verrichten. Das tun sie nicht für uns als Parlamentarier, sondern für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle zunächst einmal ganz herzlich danken,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

weil wir so viele Erfolge in der inneren Sicherheit in den vergangenen Jahren gehabt haben und auf der

anderen Seite im Moment vor riesigen Herausforderungen stehen, was die Sicherheitslage in Bremen betrifft. Viele Stichworte sind in den letzten Tagen gefallen, auch in der öffentlichen Auseinandersetzung. Das ist eben nicht nur die Diskomeile, das ist nicht nur die sich immer zunehmender organisierende Kriminalität, das ist vor allem natürlich auch die zunehmende Gewaltbereitschaft von jugendlichen Intensivtätern.

Wir dürfen nicht nachlassen, den Weg zu mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven konsequent weiterzugehen. Das ist das oberste Primat der Innenpolitik, und dazu brauchen wir weiterhin engagierte Polizistinnen und Polizisten und davon in ausreichender Stellenanzahl! Deswegen sage ich: Wir haben als zweiten Schritt zum Beispiel neben der Stärkung der inneren Sicherheit in der Infrastruktur und in der Fahrzeugausstattung und teilweise bis auf den Digitalfunk eben auch in der persönlichen Ausstattung sehr viel Wert in der Vergangenheit darauf gelegt, die Verfahrensabläufe innerhalb der Polizei zu optimieren. Aus diesem Grund haben wir die Polizeireform gemacht, nicht, weil sich jeder Senator eine Reform wünscht, sondern weil wir gesagt haben, wir müssen versuchen, mit dem Bestand an Personal mehr innere Sicherheit zu erzeugen.

Der Personalrat und die Gewerkschaft GdP, deren Vertreter heute hier im Parlament sind, haben damals erklärt, sie seien bereit, diesen für sie anstrengenden Weg mitzugehen, bei dem sich viele Polizistinnen und Polizisten in ihrem dienstlichen Alltag beruflich mit erheblichen privaten Konsequenzen verändern müssen. Sie seien bereit, diesen Weg mitzugehen, wenn wir als Politik ihnen zusagen, dass wir diese Reform nicht als Sparprogramm, sondern als Investitionsprogramm in die Bremer Polizei begreifen. Das bedeutet wiederum, dass wir ihnen zusichern, dass wir den Bestand an Polizeibeamten in den nächsten Jahren nicht weiter verringern. Die innere Sicherheitslage in Bremen gibt einen Abbau an Polizeivollzugsbeamten nicht her, meine Damen und Herren, deswegen müssen wir auf Kontinuität setzen!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen habe ich sehr viel Verständnis und selbst ja die Forderung erhoben, dass wir die für das Jahr 2010 erwarteten Abgänger aus der Polizei von rund 100 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ersetzen, und zwar vollständig! Die größte Personalfluktuationsrate von diesen 100 Beamtinnen und Beamten werden wir übrigens in Bremerhaven haben. Deshalb kommt der Zahl auch ganz viel Bedeutung zu, dass wir für Bremerhaven und für Bremen eine solche Ausbildungszahl wählen, die uns in die Lage versetzt, in beiden Städten altersbedingte Abgänge vollständig zu kompensieren.

(C)

(D)

(A) Die Sicherheitslage in Bremen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sich im letzten Jahr nicht entspannt, deswegen müssen die Sicherheitskräfte auch entsprechend ausgestattet und personell vorhanden sein, um die Sicherheitslage zu bewältigen. Das ist mein Petitionum, und ich glaube, es ist richtig zu sagen, wir brauchen zum Ersatz der Fluktuation und nicht oben darauf einmal als Wahlgeschenk den Ersatz der in den Ruhestand gehenden Polizeibeamtinnen und -beamten!

Nun ist über Finanzierung gesprochen worden. Herr Dr. Güldner, ich bin natürlich weit davon entfernt, einem Parlamentarier wie Ihnen Nachhilfeunterricht im Haushaltsrecht zu geben. Aber die Wahrheit ist: Wenn wir zum 1. Oktober 2007 100 Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen, belastet das den Haushalt des Jahres 2007 lediglich in Höhe der anteiligen Ausbildungskosten für die Monate Oktober, November und Dezember. Wir sprechen hier über 250 000 Euro an Ausbildungskosten für dieses Jahr. Ich sage auch in Anbetracht der Probleme, die wir in anderen Bereichen haben: Wenn wir es nicht schaffen, diese Ausbildungskosten zu finanzieren, dann haben wir in unserem Haushalt wirklich überhaupt keine Spielräume mehr. Meine Damen und Herren, diese 250 000 Euro sind in unserem Haushalt vorhanden, und die Finanzierung lässt sich darstellen, wenn man es wirklich will.

(B) (Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t
[Bündnis 90/Die Grünen])

Die Angst des Finanzsenators ist doch eine andere. Es sind hier nicht die Ausbildungskosten, auch nicht die anteiligen für 2007 im bestehenden Haushalt, bei dem meiner Ansicht nach nicht allzu viel auszutariieren ist, sondern die Angst und Sorge ist, dass wir uns verabredet haben, in den nächsten Jahren weiterhin Personalabbau im öffentlichen Dienst zu leisten, und das auch nach Karlsruhe gemeldet haben.

An dieser Stelle will ich nur ergänzen, Herr Dr. Güldner: Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass wir für dieses Jahr schon eine Ausbildungszahl verabredet haben! Wir haben im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen im Senat für 2006 eine Ausbildungszahl für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verabredet. Für 2007 haben wir ausdrücklich gesagt, darüber entscheidet der Senat im Jahr 2007. Es gibt keine verabredete Ausbildungszahl für dieses Jahr, deswegen ist der Senat eigentlich in der Pflicht, endlich die Ausbildungszahl im Übrigen nicht nur für Polizeivollzugsbeamte, sondern insgesamt die Ausbildungsplanung für den Senat vorzulegen. Das haben wir sonst immer im Mai getan, und ich werbe sehr dafür, dass, wenn wir uns alle hier einig sind, wir das auch noch im Mai schaffen. Das ist meine Aufforderung an die Politik in diesen Tagen!

(Beifall bei der CDU)

Die Frage ist: Wie finanzieren wir diese Polizeivollzugsbeamten dann eigentlich in den Folgejahren, wenn sie tatsächlich in den Dienst kommen und sozusagen die 100 in den Ruhestand gehenden Polizeibeamtinnen und -beamten entlasten? Ich sage noch einmal: Es wird nicht zu Mehrbelastungen gegenüber den jetzigen Haushaltsanschlägen kommen, aber es wird dazu führen, dass wir die über den gesamten Personalbereich verabredete Personaleinsparungsquote in den nächsten Jahren bei der Polizei nicht werden abbilden können.

Auch dazu hat der Senat bereits eine Antwort gegeben, er hat nämlich gesagt: Wir verabreden einen Personalabbau von zweieinhalb Prozent, aber der Senat wird zu gegebener Zeit diesen nicht flächendeckend über alle Personalbereiche im Gießkannenprinzip verteilen, sondern der Senat wird Prioritäten und Posterioritäten definieren, nach denen der Personalabbau erfolgen soll.

Ich verstehe die Innenpolitiker in der Innendeputation, meine Fraktion, die CDU-Fraktion, so, dass sie sagen: Für uns hat die innere Sicherheit in Bremen, die Sicherheit der Menschen, die hier leben, Priorität. Deswegen wollen wir für diesen Bereich keinen Personalabbau, und dafür haben sie meine vollständige Unterstützung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

(D) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion hat übereinstimmend ergeben, dass wir nicht wollen und nicht bereit sind, an der Frage der inneren Sicherheit zu sparen, und dass es eindeutig ist, dass die innere Sicherheit im Allgemeinwesen ein vitales Gut ist, das wir erhalten müssen und auch wollen. Auch der Finanzsenator steht voll dahinter, und ich denke, hier gibt es niemanden im Raum, der das nicht so sieht.

Die Frage ist eigentlich – das ist hier an der Stelle leider nicht ganz vollständig angesprochen worden –, wie wir dieses hohe Gut ausfinanzieren können. Leider geht es in der Finanzplanung, in der Finanzierung nicht nur um 100 Polizisten, sondern die Deckungslücken im Bereich Inneres und bei der Polizei sind leider deutlich höher. Herr Herderhorst, deswegen kann man mitnichten sagen, dass dieser Bereich ausfinanziert sei, man kann auch mitnichten sagen, es ginge nur darum, die Ausbildungskosten von 200 000 oder 250 000 Euro darzustellen.

Wenn es das wäre, frage ich mich natürlich, warum bei der letzten Bürgermeistereinigung, bei der auch der Kollege Innensenator als Bürgermeister da-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) bei war, keine Gelegenheit war, das dort einzubringen und prioritär zu behandeln, oder warum im Dezember 2005, als wir in manchen Bereichen wie Justiz und Soziales die Eckwerte neu angepasst haben, auch nicht dieser Bereich – auch da war der Kollege Innen senator als Bürgermeister vertreten – angesprochen und thematisiert wurde. Es gab, denke ich, genug Gelegenheiten, diesen Bereich ordentlich auszufinanzieren und das Problem, das wir heute zu diskutieren bereit sind, in die Haushalte 2006 und 2007 einzubauen.

Ich möchte aber noch einmal deutlich machen, warum wir ein Problem haben, das leider über die 100 Stellen hinausgeht. Es ist an zwei Themen festzumachen, die leider auch wieder in die Vergangenheit hineinreichen, nämlich bis in das Jahr 2001, als die Bürgerschaft unter dem Eindruck des 11. Septembers zu Recht beschlossen hat: Wir müssen etwas tun, wir müssen ein Sofortprogramm auflegen.

Wir haben hier 5 Millionen D-Mark für die Jahre 2002 und 2003 festgelegt, was zu einer dauerhaften Aufstockung des Personalbestands bei der Polizei zu 39,6 Vollzeitstellen führte. Wir haben ferner in dieser Bürgerschaft auch zu Recht beschlossen, dass in den Jahren 2001 bis 2003 30 zusätzliche Polizeianwärter einzustellen waren. Nur bei der Finanzierung hat man sich darauf verständigt, dass sie aus Globalmitteln so lange darzustellen sei, wie es über die Fluktuation mit frei werdenden Stellen abgedeckt werden kann.

(B) Deswegen haben wir heute leider die Situation, dass 90 zusätzliche Vollzeitkräfte aus Globalmitteln finanziert werden, diese Finanzierung läuft ebenfalls leider nur bis zu den Haushaltsjahren 2006 und 2007. Wir müssen gemeinsam eine Lösung finden, wie wir das ab 2008/2009 für den kommenden Doppelhaushalt ausfinanzieren. Hier sind also die ersten 90 Kräfte, die letztlich nur bis 2006/2007 ausfinanziert sind.

Wir haben ferner gesagt, und das ist der zweite Grund, warum es über die 100 Polizisten hinausgeht, dass wir eine zweigeteilte Laufbahn einführen. Damit war intendiert, dass wir die Leistungsbereitschaft der Polizei verbessern wollten, dass wir für mehr Qualität bei der Polizei sorgen wollten, aber auch hier sind keine zusätzlichen Finanzmittel in die Eckwerte des Innensensors eingestellt worden, sondern der Ansatz war, das über Einsparungen im Sinne von Kostenneutralität zu finanzieren, also de facto über eine verringerte Anzahl von Polizisten.

Sie müssen wissen, dass seit 2002 rund 1400 He bungen in diesem Zusammenhang gemacht worden sind, was rechnerisch leider 60 Vollzeitkräften entspricht. Deswegen kommen wir insgesamt auf eine Zahl von 190 Vollzeitkräften im Rahmen der Polizei, die wir haben, die wir auch brauchen – da gibt es, glaube ich, auch überhaupt keinen Dissens –, die aber leider nicht ausfinanziert worden sind. Deshalb ist es eben nicht nur eine Frage der Ausbildung – wie ge-

hen wir mit 100 Anwärtern um? –, sondern im Übrigen haben wir, das hat Herr Röwekamp vielleicht vergessen zu sagen, der Ausschreibung der Anwärter schon zugestimmt, sodass dadurch kein Zeitverlust stattfindet, sondern dass wir da handlungsfähig sind. Die Ausschreibung läuft,

(C)

(Beifall bei der SPD)

wir können also jederzeit reagieren, das liegt nicht am Finanzsenator, sondern wir müssen uns, wie gesagt, über die Finanzierung unterhalten und verständigen.

An dieser Stelle lege ich allerdings sehr großen Wert darauf, das liegt natürlich auch an der Position, dass wir nicht das machen, was im Jahre 2001 bei der Einführung der doppelten Laufbahn erfolgt ist, die Finanzierung in die Zukunft zu verlagern, sondern wir müssen uns unmittelbar mit der Finanzierung auseinandersetzen und sie sicherstellen. Das sind wir, glaube ich, der Polizei schuldig. Wir wollen ehrlich, fair und transparent mit der Polizei umgehen.

Wir müssen auch damit umgehen, dass wir in der Tat mindestens 320 Bedarfsmeldungen aus unterschiedlichen Ressortbereichen haben. Es wird zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Polizei gut ausgebildet sein muss, dass es hier Vorlaufzeiten gibt. Aber es gibt auch in anderen Bereichen Vorlaufzeiten, ich sage einmal, Lehrer findet man heute auch nicht mehr so einfach, sondern man muss sich darum bemühen, Willi Lemke hat das dargestellt. In meinem Bereich des Finanzressorts ist auch eindeutig, dass wir dort eine Unterausstattung haben, Betriebsprüfer haben Vorlaufzeiten von zehn Jahren.

(D)

Ich will das nicht weiter vertiefen, wir sehen, dass wir an vielen Stellen Bedarfe haben, die sich alle aus ihren Einzelinteressen heraus legitimieren. Ich möchte damit überhaupt nicht zum Ausdruck bringen, dass ich das Interesse der Polizei an zusätzlichen Stellen nicht für gerechtfertigt halte, aber es muss im Rahmen der Haushaltsberatung 2007/2008 parlamentarisch und auch politisch abgearbeitet werden. Es überfordert jetzt den Haushaltsvollzug, und ich denke, es wäre wirklich nicht fair und der Sachlage nicht angemessen, wenn wir einfach jetzt aus Augenwischerei kraftvoll 100 Polizisten beschließen, die wiederum letztlich nicht richtig ausfinanziert sind, daran kann keiner ein Interesse haben! Uns geht es, glaube ich, allen darum, dass nicht nur Senatsmitglieder keine Angst um ihre Kinder haben müssen, sondern dass auch der normale Bürger eben keine Angst um die Sicherheit seiner Kinder haben muss. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(A) Damit ist auch das zweite Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Meine Damen und Herren, den dritten Tagesordnungspunkt für heute rufe ich vor der Mittagspause nicht mehr auf. Wir sind mittlerweile bereits 30 Minuten in der Zeit der vorgesehenen Mittagspause. Mit Ihrem Einverständnis eröffnen wir die Sitzung nach der Mittagspause um 14.30 Uhr.

Ich danke Ihnen und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.30 Uhr)



Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven

(B) Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007
(Drucksache 16/1318)

1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 23. April 2007
(Drucksache 16/1382)

s o w i e

Kommunaler Finanzausgleich

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Wedler (FDP) vom 24. April 2007
(Drucksache 16/1383)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Nußbaum.

Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Besprechung statt; ihr folgt in der Regel die Einzelberatung. Ich schlage Ihnen jedoch vor, dass wir den Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und

Finanzausschusses, Drucksache 16/1382, mit in die allgemeine Aussprache einbeziehen.

(C)

Ich höre keinen Widerspruch. – Dann werden wir entsprechend verfahren.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut. So könnte die Überschrift dieses Themas lauten. Wir behandeln hier dieses komplizierte Gesetz, kurz gefasst den kommunalen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven.

Dieser Finanzausgleich soll die besonderen Bedarfe der beiden Kommunen unseres Landes berücksichtigen. Er war in der Vergangenheit vor allen Dingen darauf ausgerichtet, auch strukturelle Schwächen in Bremerhaven zu begleichen. Wer heute durch Bremerhaven marschiert und einen schönen Sommer Spaziergang am Deich macht, der mag das vielleicht nicht glauben, aber es gibt nach wie vor große Defizite. Auch die Zahlen, zum Beispiel der armen Kinder in Bremen und Bremerhaven, zeigen, dass es da noch einen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Mit der letzten Änderung 1998 hat das Parlament gleichzeitig den Auftrag gegeben, einen neuen kommunalen Finanzausgleich zu erarbeiten, der bedarfsorientiert ist. Diese Bedarfsorientierung wird jetzt mit dem Entwurf des Gesetzes vorgelegt. Zukünftig werden also besondere Bedarfe mit einem Schlüsselsatz berücksichtigt, zum Beispiel die Zahl der Schüler, weil die Zahlung, die wir für die Bildung an unsere Gemeinden geben, ganz erheblich ist, die Einwohnerzahlen und die Anzahl der Haushalte, die von Sozialhilfe leben. Wir hoffen, dass wir damit den Bedarfen in den beiden Stadtgemeinden auch gerecht werden können.

(D)

Das Gesetz hat lange gedauert. Wir haben uns im Haushaltsausschuss schon einmal erlaubt, dieses vor der ersten Lesung zu beraten, und haben noch kleine Änderungen vorgenommen.

Als Erstes geht es um eine Befristung des Gesetzes. Wir haben im Parlament beschlossen, alle Gesetze zu befristen, und wir sind der Auffassung, dass dies auch für dieses Gesetz zu gelten hat.

Des Weiteren war im Gesetz oder in der Verwaltungsvorlage schon angeregt, dass man die an die Kommunen zu zahlenden Ergänzungszuweisungen zukünftig in einem Finanzausgleichsgesetz von Auflagen abhängig machen sollte. Wir waren der Auffassung, dass wir insbesondere in Anbetracht des Klageverfahrens gut beraten sind, auch Gesetze zu machen, die diese Auflagen gleich definieren, und auch diesen Satz oder diese Passage haben wir im Haus-

(A) haltsausschuss geändert. Das war eine schwierige Diskussion, einige zeigten sich da auch recht unbeugsam, aber wir sind zum Schluss, glaube ich, doch zu einer guten Lösung gekommen.

Die weiteren technischen Ausführungen zu diesem Gesetz können wir uns, glaube ich, an dieser Stelle sparen. Wir behandeln einen Antrag „Kommunaler Finanzausgleich“. Wir müssen feststellen, dass wir in den letzten Veränderungen oder Novellierungen des Finanzausgleichsgesetzes eine Entschuldung der Stadt Bremerhaven vorgenommen haben. Einer der Indikatoren war immer auch die Pro-Kopf-Verschuldung pro Einwohner. Hier ist in Bremerhaven eine Herabstufung durch Entschuldung vorgenommen worden. Mittlerweile stellen wir fest, dass es ein eklatantes Missverhältnis zuungunsten der Stadt Bremen gibt. Das hat auch etwas mit der Sanierungspolitik zu tun, insbesondere der ersten Phase der Sanierung. Hier sind vermehrt, aber bewusst in der Stadt Bremen Schulden angehäuft worden, um den Landeshaushalt da etwas sauberer zu halten.

Wir fordern den Senat auf, nach der Diskussion in der Föderalismusreform, die hoffentlich erfolgreich verläuft, aber auch nach dem Klageverfahren, Vorschläge zu unterbreiten, wie wir das Ziel, die Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger auch unter finanziellen Gesichtspunkten, erreichen können. Das derzeitige Missverhältnis führt dazu, dass die Stadt Bremen jährlich zusätzlich mit circa 65 bis 70 Millionen Euro konsumtiven Zahlungen durch die Zinslast belastet ist.

(B)

Wir hoffen, dass wir da Erfolge verbuchen können, dass uns Berlin nicht einen Pleitegeier schickt, der hier über dem Land kreist, sondern dass dann auch die Kommunen an den Erfolgen beteiligt werden können. Wir haben während der ganzen Sanierungsphase als Kommunen auch besondere Lasten tragen müssen, die andere Kommunen in diesem Land nicht haben.

Das kommunale Finanzausgleichsgesetz bezieht sich ausdrücklich nur auf die konsumtiven Ausgaben. Es gibt eine Ausnahme, und das sind die Investitionsmittel der Polizei, die zukünftig sukzessive steigend auch der Stadt Bremerhaven gegeben werden sollen. Das resultiert daher, dass wir in Bremerhaven eine Ortspolizei haben und hier in Bremen nur noch eine Landespolizei. Es ist immer ein bisschen schwierig, das mit dem Haushalt auseinanderzurechnen, aber ich glaube, das ist gerecht.

Wichtig finde ich, auch wenn es hier in der Stadt Bremen eine umstrittene Geschichte war, die Frage der Gewerbesteuer. Ich denke, es ist richtig, und es ist ein ganz wichtiges psychologisches Moment, gerade für Bremerhaven, den geschätzten Anteil des Gewerbesteueraufkommens aus den stadtbremischen Überseehäfen der Stadt Bremerhaven zukünftig im kommunalen Finanzausgleich vorweg zur Verfügung

zu stellen, das heißt, Bremerhaven werden dann die Steuern zugerechnet, die von den Menschen dort vor Ort auch erbracht werden. Nicht berührt sind die Investitionen. Ich gehe davon aus, dass auch in der nächsten Legislaturperiode den besonderen Anforderungen an den Strukturwandel in Bremerhaven Rechnung getragen wird.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben derzeit ein Investitionsvolumen von 25 Prozent, und zwar nicht nur beim Investitionssonderprogramm oder AIP, sondern auch, wer sich die Listen anschaut, im Grundinvestitionsprogramm. Ich glaube, das ist gut so.

Wir haben auch viele gesamtstaatliche Aufgaben, die wir mit dem Standort Bremerhaven in Verbindung zu bringen haben. Das sind die Häfen. Hier streiten wir dafür, vom Bund höhere Hafencosten erstattet zu bekommen. Das ist aber zum Beispiel auch der Küstenschutz, den wir noch diskutieren werden. Hier sind viele Mittel erforderlich. Diese kann man nicht alleine der Kommune Bremerhaven zurechnen, sondern wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der Standort Bremerhaven in seiner Qualität erhalten bleibt, dass nicht die Deiche brechen und wir „Land unter“ vermelden können oder der Klimawandel dafür sorgt, dass wir statt Krabben demnächst Seegurken fangen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Damit habe ich auch die Stichpunkte meiner Fraktion für diesen Redebeitrag ordnungsgemäß abgearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich außerordentlich darüber, dass der Dringlichkeitsantrag, den wir gleich hier verabschieden werden, die Unterschriften aller demokratischen Fraktionen und des Abgeordneten Herrn Wedler tragen. Das ist, glaube ich, auch ein Ausdruck dessen, wie wir im Haushalts- und Finanzausschuss zusammengearbeitet haben, und ich möchte mich recht herzlich bei allen Kollegen bedanken!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich auf der Besuchertribüne Auszubildende der Akademie Überlingen. Herzlich willkommen in der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Bödeker.

(A) Abg. **Bödeker** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich es nicht für möglich gehalten hätte, dass wir in dieser Legislaturperiode noch das Gesetz für den kommunalen Finanzausgleich verabschieden können. Ich bin außerordentlich dankbar, auch aus Bremerhavener Sicht, dass es gelungen ist, und ich glaube, das Ergebnis, das verhandelt worden ist und das wir heute hier verabschieden, ist ein gutes.

Es hat eine Arbeitsgruppe gegeben, bestehend aus Mitarbeitern des Senators für Finanzen, der Magistratskanzlei, der Magistratskammer aus Bremerhaven, in der die ersten Eckwerte besprochen worden sind. Eine der Grundprämissen, was Finanzverhandlungen in Bremerhaven angeht, ist natürlich immer die Frage von Hafenhoheit und auch von Einnahmen in den stadtbremischen Hafengebieten. Ich glaube, wir haben dort eine richtig gute Lösung gefunden, und ich hoffe, dass die Diskussion über Hafenhoheiten in den Hintergrund tritt, denn hier wird gezeigt, dass aus den stadtbremischen Häfen grundsätzlich 5 Millionen Euro direkt an Bremerhaven angerechnet werden und man dann natürlich schaut, wie die Wirtschaftskraft der Häfen und die Steuereinnahmen insgesamt zu bewerten sind. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Aspekt.

(B) Ich bin außerordentlich dankbar, dass Herr Senator Dr. Nußbaum und Bürgermeister Michael Teiser zusammen diese gemeinsame Vorlage erstellt und sie dann auch in Bremerhaven mit dem Magistrat zusammen verabschiedet haben. Einer der wichtigen Punkte ist ja – Frau Kollegin Wiedemeyer hat ja darauf hingewiesen – auch die Frage der Zuweisung, was Zahlungen an Lehrerschaft und Polizei angeht. Gerade in Bremerhaven hat es immer die heftige Diskussion gegeben – die Bremerhavener Kollegen wissen, wovon ich rede –, nämlich die Frage von kommunaler Polizei oder Landespolizei. Man darf dabei nicht vergessen, dass die kommunale Polizei keine Erfindung der Bremerhavener war, sondern sie ist aus der Historie entstanden und hat sich eben so weiterentwickelt, und nicht alles, was aus der Historie entstanden ist, ist unbedingt schlecht für Bremerhaven gewesen. Insofern sind wir auch immer leidenschaftlich für die kommunale Polizei in Bremerhaven eingetreten.

Man muss dazu wissen, dass die 5 Prozent Zuzahlung bei Lehrern und die 5 Prozent Zuzahlung bei der Polizei beschlossen wurden, weil man gesagt hat, wir übernehmen die Gesamtkosten und entlasten Bremerhaven. Daraus ist das entstanden. Das hätte man auch im Gesamtspekt der Finanzen organisieren können, was wahrscheinlich klüger gewesen wäre, weil wir dann nicht immer die Diskussion gehabt hätten, wenn es dann Landespolizei wird, braucht ihr die 5 Prozent nicht mehr zu zahlen.

Ich denke, auch dieses Thema haben wir hiermit auf ordentliche Art erledigt, und ich glaube, das ist

eine ganz wesentliche und wichtige Sache. Dass wir zusätzlich einen Antrag über den kommunalen Finanzausgleich haben, ist, glaube ich, auch richtig. Frau Wiedemeyer, ich muss es an dieser Stelle der Fairness halber wirklich einmal sagen, wir haben hart gerungen, ich weiß nicht, wir haben etliche Male telefoniert, Gespräche geführt, waren uns zunächst einmal nicht einig,

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Irgendwann waren Sie einmal einsichtig!)

aber ich glaube, das, was wir jetzt hier vorlegen, kann auch aus Bremerhavener Sicht mitgetragen werden, und der Antrag ist vernünftig. Natürlich ist es doch auch aus der Logik des Lebens heraus so, dass man alles, was man beschließt, auch mittelfristig, langfristig überprüfen muss. Es ist klar, dass man es auf Funktionalität überprüfen muss, und es lässt sich nicht abstreiten, meine Damen und Herren, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Bremen 7510 Euro beträgt und in Bremerhaven nur 4685 Euro.

Wenn die Bremer den Bremerhavenern dann natürlich sagen, da muss ein Ausgleich herbei, ist das zunächst einmal in der Diskussion ein Ansatz. Darauf kontern die Bremerhavener natürlich, wir haben eine höhere Arbeitslosenzahl, und wir haben auch andere Nachteile. Das, was wir formuliert haben, dass nach den Verhandlungen mit dem Bundesverfassungsgericht Vorschläge zu machen sind, wie die Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger nach unserer Verfassung erreicht werden kann, ist eine vernünftige Formulierung, und damit können alle gut leben.

Keiner verschließt sich davor, dass Bremen bei der Pro-Kopf-Verschuldung Probleme hat, aber in diesem Hause verschließt sich Gott sei Dank auch keiner davor, dass Bremerhaven zum Beispiel mit den Arbeitslosenzahlen Probleme hat, wobei ich natürlich auch da anmerke, dass wir in Bremerhaven auf einem guten Weg sind, was Strukturveränderung angeht, zum einen über den Ausbau der Häfen, aber auch über das Standbein Tourismus. Insofern glaube ich, dass es eine richtige Entscheidung war, diesen Antrag mitzutragen, und er ist für Bremerhaven auch gut und wichtig.

Dass wir ein Gesetz grundsätzlich zeitlich begrenzen wollten, war ja eine Entscheidung, die wir hier in diesem Hause schon vielfach betont haben, weil es auch richtig ist, dass man jedes Gesetz auch auf Zeitgemäßheit kontrollieren muss.

Dass Ausgaben, die im Land mit Landesgeld getätigt werden, dann auch kontrolliert und überwacht werden und dass man natürlich sagt, wenn dann in dem Bereich Gelder ausgegeben werden wollen, dann ist es in erster Linie gerade für die Stärkung von Steuerkraft und für den Abbau von Arbeitslosigkeit notwendig, ist, glaube ich, genau die richtige Entschei-

(C)

(D)

(A) dung. Deswegen tragen wir das auch mit. Wir sagen ja nicht, Bremerhaven ist abgekapselt, macht mit dem Geld, was es will, sondern ich glaube, da muss eine offene Transparenz sein, denn das Ziel der Großen Koalition in diesem Hause ist natürlich, die Wirtschaftskraft auch in Bremerhaven zu stärken und auch die Arbeitslosigkeit in Bremerhaven abzubauen. Auf dem Weg sind wir. Ich glaube, wir sind schon ziemlich weit, und insofern ist dieser Finanzausgleich hilfreich.

Als Letztes, meine Damen und Herren, glaube ich, auch wenn wir ein so klar gefasstes Finanzausgleichsgesetz haben, wird der Streit zwischen Bremen und Bremerhaven nicht mehr so sein, wie er in der Vergangenheit war, wie er leider Gottes auch durch die Presse in Teilen geschürt worden ist, sondern ich finde, Bremen und Bremerhaven, zwei Städte, ein Land, das gehört zusammen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich maule nicht, ich rede hier, genau wie Sie es gelegentlich auch tun! Deswegen bitte ich Sie, auch zuzuhören, weil es nicht ganz uninteressant ist, was hier noch an kritischen Bedenken kommt, was in diesem Gesetzespaket nicht berücksichtigt ist.

(B) Zunächst einmal möchte auch ich feststellen, es hat lange gedauert, bis dieses Gesetzesvorhaben endlich in die Bürgerschaft kommt, ich muss sagen, eigentlich viel zu lange! Die Koalition hat sich jahrelang nicht aufraffen können, das, was lange notwendig und auf Arbeitsebene schon längst geeint war, auf den gesetzgeberischen Weg zu bringen. Nun kommt der Gesetzentwurf endlich, zur letzten Sitzung der laufenden Legislaturperiode, und immer noch knirscht es im Getriebe, jedenfalls wenn man sich die zurückliegenden Wochen betrachtet und das, was da jetzt noch an Änderungs- und Entschließungsanträgen gekommen ist. Das ist wahrlich, muss ich feststellen, keine Regierungskunst, was die Koalition uns hier abliefern.

Ich finde es richtig, wenn die Grunderwerbsteuer als Landeseinnahme in die Verbundmasse und damit in die neu errechnete Schlüsselmasse einbezogen wird. Mir scheint das vom Ansatz her plausibler zu sein als die bisherige Lösung, nämlich eine kommunale Zuordnung dieser Steuern. Auch das Modell zur Errechnung und Verteilung der Schlüsselmasse auf die beiden Kommunen, das heißt die Errechnung der sogenannten Schlüsselzuweisung an die beiden Städte, ist richtig.

Sicher kann man sich viele Bedarfsindikatoren vorstellen, und sicher werden sich die Indikatoren auch mit der Zeit ändern, ja, ändern müssen, weil ihr

Gewicht und ihre Bedeutung sich ändern. Im Augenblick scheint mir das Indikatorenkonzept vor dem Hintergrund unserer stadtstaatlichen Struktur und der bestehenden rechtlichen Situation aber vernünftig zu sein. Ob es ausreicht, nur die Gewichtung der Bedarfsindikatoren wie in Paragraph 6 mit der Ermächtigung, eine Rechtsverordnung zu erlassen, neu festzusetzen, wage ich zu bezweifeln.

Man muss wahrscheinlich auch die Indikatoren selbst auf Angemessenheit und Geeignetheit von Zeit zu Zeit überprüfen. Die Evaluierung und Überprüfung des Gesetzes vor Ablauf der jetzt noch eingefügten Befristungsregelung sollte sich daher auch auf die Angemessenheit und Geeignetheit der Indikatoren beziehen, also nicht nur auf das, was dort in Paragraph 6 derzeit geregelt ist, ob die Gewichtung noch stimmig ist, sondern auch auf die Geeignetheit und die Angemessenheit der Indikatoren.

Die unter Nummer 2 bis 4 in der Senatsmitteilung als Kernpunkte der gesetzlichen Neuregelung benannten Änderungen, nämlich die vollständige Erstattung der Personalausgaben für Polizei und Lehrer sowie der konsumtiven und investiven Ausgaben für die Polizei an Bremerhaven, waren längst überfällig. Diese Änderungen stellen übrigens einen Zustand wieder her, den wir zu Beginn der Neunzigerjahre schon einmal hatten, damals unter maßgeblichem Druck der FDP eingeführt.

(D) Dass es im Unterschied zu allen anderen Bundesländern in Bremerhaven kommunale Polizisten und Lehrer gibt, hat etwas mit der Geschichte unseres Bundeslandes und der Stadt Bremerhaven zu tun. Ich meine, dass dies auch nicht geändert werden muss angesichts der geografischen Struktur des Landes und der bestehenden Rechts- und Verfassungslage in unserem Bundesland. Das Land kann die Dinge in Bremerhaven, was diese Bereiche anbetrifft, vollständig über seine gesetzgeberischen und finanziellen Möglichkeiten steuern und gestalten. Da stört nach meiner Auffassung ein bisschen Autonomie in Bremerhaven in diesem Bereich nicht, ganz im Gegenteil!

Das, was in Nummer 7 als Kernpunkt der Veränderung in der Senatsmitteilung benannt wird, ist eine Zielsetzung, die sicher richtig ist. Die in den stadtbremischen Überseehafengebieten in Bremerhaven entstehenden kommunalen Steuern sollen im Rahmen einer Pauschale – von 5 Millionen Euro ist da die Rede! – von der Stadtgemeinde Bremen auf die Stadt Bremerhaven übertragen werden. So begrüßenswert diese Veränderung ist, so halbherzig und unvollkommen ist diese Änderung.

Was mich an dem Punkt stört, ist zweierlei: erstens, die im Gesetz festgelegte Pauschalierung dieses Steueraufkommens auf 5 Millionen Euro. Wenn sich da etwas verändern soll, muss der Gesetzgeber bemüht werden. Das ist kein Automatismus, der sich an der Höhe der Steueraufkommens misst, sondern eine

(A) gesetzgeberische Entscheidung, die da notwendig ist. Außerdem werden die Hebesätze der Steuern, die hier involviert sind, von der Stadt Bremen weiterhin gestaltet. Das muss man wissen, wenn man sich darüber Gedanken macht.

Zweitens, das weiterhin ungelöste Problem der Übertragung der Hoheitsrechte für die stadtbremischen Überseehafengebiete in Bremerhaven auf die Stadt Bremerhaven! Man geht diesem Problem auch jetzt wieder aus dem Weg. So muss man das bezeichnen. Mir scheint das halbherzig und auch feige. Warum machen Sie nicht den ganzen Schritt und übertragen die Gebietshoheit für die stadtbremischen Überseehafengebiete im Bereich Bremerhaven vollständig auf Bremerhaven? Eigentumsrechtlich ändert sich dadurch nichts, und planungsrechtlich kann das Land jederzeit Gebrauch machen von seinen gesetzgeberischen Möglichkeiten für die Landes- und Regionalplanung und die Hafenpolitik.

Außerdem, das ist ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang, mit einer Neuordnung der leidigen Hoheitsfrage in den Hafengebieten Bremerhavens würden die in der Gesetzesbegründung genannten Verwaltungs- und Durchführungsprobleme, die zur Begründung der Pauschalierung angeführt werden, sich problemlos in Luft auflösen.

(B) (Abg. B ö d e k e r [CDU]: Die Investitionen an das Land zurück, kein Problem!)

Ein Punkt wird in dem Finanzausgleichsgesetz nicht angesprochen, er muss aber hier behandelt werden. Das neue Verteilungsmodell berücksichtigt nicht die Tatsache, dass das Land den Kommunen neue Aufgaben zuweisen kann, wie es zum Beispiel mit der Einführung von Ganztagschulen geschehen ist oder künftig bei der Einführung neuer Betreuungsangebote für Kleinkinder geschehen soll. Das Indikatorienmodell ist in diesem Punkt offen.

Nun kann man darüber streiten, ob die mit diesen Aufgaben verbundenen Ausgaben über Schlüsselzuweisungen oder über Ergänzungs- oder sonstige Zuweisungen vom Land erstattet werden. Für mich ist entscheidend, dass derartige Ausgaben, wenn das Land diese Aufgaben für wichtig hält und sie den Kommunen überträgt, dann auch vom Land erstattet werden. So wie das Land zu Recht übrigens vom Bund die Erstattung von Ausgaben verlangt, die der Bund initiiert, muss das auch innerhalb unseres Bundeslandes gelten. Wenn das Land den Kommunen neue Aufgaben überträgt, muss es auch für die notwendigen finanziellen Mittel sorgen. Das sage ich bewusst im Hinblick auf die Ganztagsangebote und die künftig neuen Kinderbetreuungsangebote.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Greift man einem nackten Mann in die Tasche!)

Ein Letztes noch: Die Gewährung von Ergänzungszuweisungen beziehungsweise von sonstigen Zuweisungen kann von besonderen Auflagen durch das Land abhängig gemacht werden. Eine solche Regelung wäre in einem Flächenland selbstverständlich und könnte auch von keiner Kommune in der Sache beanstandet werden. In unserem Zwei-Städte-Staat, bei dem das Land mit der Stadt Bremen faktisch identisch ist, ist eine solche Regelung jedoch mit Vorsicht zu betrachten. Es gibt praktisch nur eine Kommune, die davon betroffen wäre. Insofern kann ich das Aufbäumen Bremerhavens in diesem Punkt gut verstehen.

Zumindest die Bindung der Ergänzungszuweisungen an besondere Auflagen des Landes halte ich für problematisch. Ergänzungszuweisungen dienen nach meinem Verständnis genauso wie die Schlüsselzuweisungen auch der Abdeckung des allgemeinen Finanzbedarfs und sollten daher von Auflagen durch das Land frei bleiben. Die Kommunalaufsicht des Landes würde nach meiner Auffassung hier völlig ausreichen.

Der Änderungsantrag des Haushalts- und Finanzausschusses hält an der Auflagenbindung fest, verschärft diese Regelung sogar, indem aus einer weichen Kann-Bestimmung eine gesetzliche Verpflichtung gemacht wird. Das ist keine Haushaltstechnik, wie es gesagt wurde, sondern eine wesentliche Verschärfung gegenüber der ursprünglichen Regelung. Da sollte man sich nichts vormachen! Die Bindung der sonstigen Zuweisungen an Auflagen des Landes, das ist schon jetzt Rechtslage, kann man, glaube ich, nicht beanstanden.

Trotz meiner kritischen Anmerkungen werde ich dem Gesetzentwurf und auch dem Änderungsantrag zustimmen. Die Neuregelung des innerbremischen Finanzausgleichs ist dringend erforderlich, und die jetzt gefundenen neuen Regelungen stellen insgesamt gesehen eine Verbesserung der gegenwärtigen Regelung dar.

Nun noch ein Wort zu dem gemeinsamen Antrag: Diesem Antrag zum kommunalen Finanzausgleich werde ich ebenfalls zustimmen.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Das wollen wir hoffen! Haben Sie mit unterschrieben!)

Natürlich mit unterschrieben, deswegen werde ich ihm auch zustimmen! Ich halte einen solchen Antrag zwar nicht unbedingt für notwendig, weil das, was im Beschlussteil gefordert wird, meines Erachtens eine Selbstverständlichkeit ist, aber auch Selbstverständliches muss man bisweilen betonen.

Auf zwei Dinge möchte ich in diesem Zusammenhang allerdings noch hinweisen: Bei dem Schuldenvergleich der beiden Städte wird nur von der Pro-Kopfverschuldung gesprochen. Es gibt aber für die Haushaltswirtschaft einer Kommune andere, ebenfalls sehr

(C)

(D)

(A) wichtige Indikatoren, die im Einnahmenbereich angesiedelt sind, zum Beispiel die Steuereinnahmen insgesamt oder die Zinssteuerquote, die beide Gesichtspunkte berücksichtigt, oder die Wirtschaftskraft in der Kommune. Wenn im letzten Satz – das ist die letzte Anmerkung – des Antrags, also eigentlich im Beschlussteil, von Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte die Rede ist, dann muss man hier wohl richtigerweise Artikel 65 Satz 3 unserer Landesverfassung lesen, in der von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Land gesprochen wird. Ich gehe davon aus, dass dies mit der Formulierung im Antrag auch gemeint ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die Grünen werden dem Finanzausgleichsgesetz, womit die Zahlungen des Landes Bremen an die beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven geregelt werden, zustimmen. Uns geht es auch so, dass wir uns freuen, dass die Große Koalition – wir haben es auch gar nicht mehr so richtig erwartet! – vor der Wahl das noch hinbekommen hat. Das gehört jedenfalls zu den Punkten, die Sie dann ausnahmsweise einmal nicht in die nächste Legislaturperiode verschieben. Insofern gibt es hier auch für uns einen Grund, Sie zu loben.

(B)

Es ist auch Konsens mit uns, dass dieses Finanzausgleichsgesetz mit dem Ziel beschlossen wird, Bremerhaven besonders zu unterstützen, und mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in beiden Städten herzustellen. Wir Grünen sind der Auffassung, dass der vom Haushaltsausschuss noch in das Gesetz formulierte Text sinnvoll ist, nämlich erstens eine zeitliche Beschränkung des Gesetzes und zweitens, da möchte ich hier noch einmal aus der Drucksache zitieren: „Die Gewährung der Ergänzungszuweisung ist von Auflagen, die im jeweiligen Haushaltsgesetz des Landes geregelt sind, abhängig zu machen.“

Da geht es mir anders als Herrn Wedler hier. Ich finde, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir Finanzzahlungen mit Auflagen machen. Da müssen wir überhaupt insgesamt noch viel besser werden. Ich bin dafür, dass die jeweiligen Texte für Bremen und Bremerhaven gleich sind beziehungsweise gleichwertig, wenn die Verhältnisse unterschiedlich sind, und dass man das als eine besondere Attacke empfindet, das verstehe ich nicht. Meiner Meinung nach ist es die Pflicht des Haushaltsgesetzgebers, Mittelzuweisungen mit Auflagen zu verbinden.

Ein Erfolg des Finanzausgleichsgesetzes ist es aus Sicht der Grünen auch, dass Sie die geschätzten Einnahmen der stadtbremischen Häfen in Bremerhaven den Einnahmen Bremerhavens zurechnen. Da geht

es vor allen Dingen um Psychologie. Das ist aber wichtig! Wenn wir im Bundeskonzert darauf drängen, dass die Finanzausstattung stärker die eigene Steuerkraft berücksichtigen soll, dann steht es uns gut an, das auch für Bremerhaven gelten zu lassen.

(C)

Dessen ungeachtet, Herr Wedler, ist es auch Position der Grünen, dass die Hoheitsfrage der stadtbremischen Häfen in Bremerhaven anders gelöst werden sollte. Ich meine aber, nun kann das Finanzausgleichsgesetz ja keine Regelung für eine Verfassungslage treffen, die wir nicht haben. Also, das hilft nun auch alles nichts! Ich glaube, dass man da auch perspektivisch für diese Position keine Mehrheit haben wird, so sehr ich das auch begrüßen würde.

Wichtig ist auch, das ist in dem Gesetz geregelt, dass die Erstattungen für Lehrer und Polizei zu 100 Prozent erfolgen, ich sage aber auch als Haushaltsausschussvorsitzende, unter Wahrung gleicher Standards! In der Vergangenheit hat es deswegen häufiger Ärger und Unterstellungen gegeben oder tatsächliche Auseinanderentwicklungen der Standards in Bremen und Bremerhaven. Das darf nicht sein!

Wir müssen also ein Instrument finden, um sicherzustellen, dass die Lehrerausstattung und die Ausstattung bei der Polizei sich in beiden Stadtgemeinden parallel entwickeln, wenn das Land sie zu 100 Prozent finanziert. Auch, wenn es mir nicht zusteht, mich an dem Punkt in die Angelegenheiten Bremerhavens einzumischen, würde ich trotzdem von hier aus die Anregung geben, dass die 5 Prozent, die Bremerhaven jetzt in Zukunft spart, weil Bremen zu 100 Prozent Polizei- und Lehrerkosten übernimmt, in Bremerhaven zur Senkung der Kreditaufnahme eingesetzt werden. Damit kann man vielleicht auch noch einmal einen guten Eindruck gewinnen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Nicht im Finanzausgleichsgesetz geregelt sind die Investitionen. Dazu hat Frau Wiedemeyer etwas gesagt, das will ich gern auch noch einmal tun. Die Grünen sind der Auffassung, dass der Bremerhavenanteil von 25 Prozent dringend gehalten werden soll, und wir sind dafür, die Ausgaben für Häfen herauszurechnen, weil sie dem gesamten Bundesland zugutekommen. Auch die Investitionen im Küstenschutz sind Dinge, die nicht Bremerhaven zugerechnet werden sollten, sondern man muss aus dem Gesamttopf Investitionen die Dinge, die für das Land insgesamt wichtig sind, herausrechnen und aus dem Rest einen 25-Prozent-Anteil errechnen. Das wäre jedenfalls transparenter und fairer und würde dann vielleicht für weniger Ärger sorgen. Richtig ist auch die Position, wie Frau Wiedemeyer sie hier vertreten hat, dass man die Schulden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven perspektivisch wieder aneinander angleichen muss.

(A) Die Position von Herrn Wedler, dass das etwas ist, was gegen Bremerhaven gerichtet ist, kann ich nicht verstehen. Im Gegenteil, ich möchte aus grüner Sicht noch einmal darauf hinweisen, dass Bremerhaven mit diesem Finanzausgleichsgesetz sehr gut gestellt wird. Ich finde das auch richtig, dass wir uns da nicht falsch verstehen! Aber man muss auch Ross und Reiter nennen, und ich wollte eigentlich noch einmal diejenigen, die sich dafür noch ein bisschen intensiver interessieren, auf die Vorlage des Senats, also das Gesetz hier, verweisen. Auf Seite 8 können Sie aus einer Tabelle entnehmen, welche Einnahmen vom Land die Stadtgemeinde Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven jeweils pro Einwohner bekommen haben, und daran kann man sehen, dass es doch zu einer sehr deutlichen und erkennbaren Besserstellung der Einwohner in Bremerhaven kommt als in Bremen.

Noch einmal, ich finde das richtig. Aber man muss es auch sagen, und man muss es vor allen Dingen Bremerhaven sagen, und das verlange ich von allen Abgeordneten hier, insbesondere von denen, die aus Bremerhaven nach Bremen kommen.

(B) Ich habe ja öfter mit Finanzpolitikkollegen anderer grüner Fraktionen zu tun, insbesondere auch aus den Flächenländern. Wenn man sich dort die Finanzausgleichsgesetze anschaut, wie stark dort unterschieden wird zwischen Finanzausstattungsbedarf der Metropolen und der kleineren und Mittelstädte, das machen wir hier nicht, sondern wir stellen die Einwohnerinnen und Einwohner Bremens und Bremerhavens gleich.

Noch einmal, das ist richtig, aber das gibt es sonst in keinem anderen Bundesland. Das ist eine ganz große Leistung des Landes Bremen, eingedenk auch der Tatsache, dass man Arme fördern und unterstützen muss, und nicht, wie es in Deutschland sonst häufiger üblich ist, auch noch auf ihnen herumtrampelt. Diese Leistung muss auch in Bremerhaven herausgestellt und honoriert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Letzter Satz: Ich finde, dass wir darauf stolz sein können, auch gemeinsam, weil das hier ja inhaltlich getragen wird, und vielleicht kann das Finanzressort bei Gelegenheit einmal – wenn das ganze Wahlkampfgetöse vorbei ist – ausrechnen, was Bremerhaven nach dem bestehenden niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz erhalten würde. Dann könnten da einmal in ruhigen Zeiten – –.

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Küste Bremen als Bundesland auflösen! – Zurufe von der SPD)

Nein, nein! Es gibt ja auch Überlegungen, und ich finde, das ist ein ganz interessantes Zahlenspiel, in

Bremerhaven zu sagen, wir möchten gern dem Land Niedersachsen zugewiesen werden, und was dann mit Bremen ist, ist mir egal. Das möchte ich gern, dass sie es einmal erfahren, was das bestehende niedersächsische Finanzausgleichsgesetz für ein finanzielles Debakel für Bremerhaven bedeuten würde. Da könnten wir uns vielleicht gemeinsam noch einmal verständigen, dass die Bremerhavener auch mehr für die Eigenständigkeit unseres Bundeslandes mitkämpfen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum *): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich nur Frau Wiedemeyer anschließen: Was lange währt, wird endlich gut! Es hat lange gedauert, aber ich denke, die Debatte zeigt, dass wir mit dem kommunalen Finanzausgleichsgesetz eine Regelung gefunden haben, die allen drei Interessen, nämlich der Stadtgemeinde Bremen, der Stadtgemeinde Bremerhaven, aber auch dem Land, gerecht wird.

(D) Ich möchte an der Stelle noch einmal sagen, dass wir nicht nur etwas aufgegriffen haben, das in einer Verwaltungsrunde schon seit Jahren behandelt wird, sondern wir haben das kommunale Finanzausgleichsgesetz – der Auftrag durch die Koalitionsvereinbarungen war ja, es aufkommensneutral zu gestalten – auf neue Füße gestellt, indem wir jetzt mit einer neuen Qualität, nämlich mit Bedarfsindikatoren, den Ausgleich zwischen den beiden Kommunen bei der Finanzmasse, die das Land bewegt, herstellen. Das ist etwas anderes, und deswegen, und das ist vielleicht nicht jedem bewusst, ist es auch nicht mehr vergleichbar mit der alten Struktur, und deswegen werden sich ab dem 1. Januar 2008, sozusagen in der Stunde Null, beide Kommunen möglicherweise in den Finanzbeziehungen unterschiedlich bewegen, weil sie über Bedarfsindikatoren gesteuert werden, diese haben dann Einfluss auf die Verteilung der Finanzmasse des Landes.

Deswegen ist es richtig, weil es zum Teil ein Experiment oder Neuland ist, das nach einiger Zeit wieder anzuschauen und zu überprüfen, ob die Bedarfsindikatoren, die wir ja zunächst einmal in einem Rechenmodell angenommen haben, auch die wirklichen Bedarfe und Bedürfnisse in den beiden Städten abbilden. Dieses Gesetz hat eine neue Qualität, und es ist mit dem alten nicht mehr vergleichbar.

Dieses Gesetz macht in jedem Fall den Finanzhaushalt transparenter. Es macht ihn aus meiner Sicht fairer und gerechter, und es ist immer besser, wenn man

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) etwas über Bedarfe steuert als über möglicherweise künstliche Indikatoren. Es ist auch in jedem Fall in der Verwaltung leichter zu handhaben und wird hoffentlich auch zum Bürokratieabbau seinen Teil beitragen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten nochmals recht herzlich danken, die dazu beigetragen haben, dass wir dieses Gesetz in vielen sachlichen und guten Diskussionen einerseits, in der Arbeitsgruppe mit der Stadt Bremerhaven, aber auch in meinem Ressort und der Senatskanzlei sehr offen und transparent abarbeiten konnten. Mein Dank gilt nun an der Stelle auch dem Kämmerer, der sich dann auch am Ende, als noch einige politische Fragen zu lösen waren, sehr konstruktiv und engagiert eingebracht hat.

Die Debatte zeigt es, es ist eine in sich runde Sache, und es beendet auch viele Fragestellungen, die immer wieder auch zu Irritationen zwischen den beiden Kommunen, respektive Bremerhaven und dem Land, geführt haben. Ich denke auch, dass die Parlamentarier – mein Dank auch an diese Beteiligten – hier wahrhaftig souverän damit umgegangen sind, denn sie haben sich nicht durch vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle möglicherweise aufkommende Fragestellungen in die falsche Richtung bringen lassen, sondern wir waren alle bemüht und haben es jetzt auch gemeinsam geschafft, dieses doch in der Sache auch komplizierte Gesetz auf den Weg zu bringen.

(B) Ich möchte nichts mehr zu den Einzelheiten sagen. Ich denke, sie sind hinreichend besprochen worden. Ein Punkt noch! Herr Wedler, nicht alles, was Sie sich wünschen, gehört in das Finanzausgleichsgesetz. Also, wenn neue Aufgaben, beispielsweise vom Land an die Kommunen, gegeben werden, dann ist das wie beim Bund. Auch der Länderfinanzausgleich wird nicht geändert, wenn der Bund sich neue Leistungsgesetze ausdenkt. Da müssen andere Ausgleichs herbeigeführt werden, und ich verspreche Ihnen auch für Bremerhaven, solange ich hier auf diesem Posten bin, dass wir sehr genau darauf achten werden, dass, wenn es eigentlich eine Landesaufgabe ist, ich sie dafür gewinne, dies dann auch als Landesaufgabe auszufinanzieren und es nicht den Kommunen aufzudrücken.

Ein Punkt, und da muss ich sagen, den müssen wir auch in künftigen Bürgerschaften im Auge behalten, er ist hier auch angesprochen worden, ist die Frage der Verschuldung. Sie war jetzt in dem Zusammenhang aus meiner Sicht politisch nicht lösbar. Ich meine auch, sie sollte jetzt nicht gelöst werden, mit Blick auf die Diskussion und unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, denn wie ist das zu interpretieren, wenn wir jetzt in dieser Phase die Kommunen möglicherweise zu Lasten des Landes entschulden! Ich denke, diese Diskussion hätte jetzt nicht in die Zeit gepasst.

Andererseits ist das natürlich von der Struktur her schon problematisch, weil dieses System der Bedarfsindikatoren, und das muss hier einfach für die Redlichkeit gesagt werden, natürlich darauf aufbaut, dass die Pro-Kopf-Verschuldung beider Kommunen auf ein vergleichbares Niveau zurückgefahren, also angelehert wird. Das zeigen unsere gesamten Berechnungen, in den nächsten Jahren wird sich natürlich auf der Basis dieses Systems aufgrund der unterschiedlichen Verschuldungsausgangslage die Verschuldungsquote zwischen Bremerhaven und Bremen drastisch und deutlich weiter zu Lasten von Bremen auseinanderentwickeln. Deswegen wird es notwendig sein, das in absehbarer Zeit noch einmal aufzurufen.

Ich denke, nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wenn es Klarheit gibt, ist es ein geeigneter Zeitpunkt, aber es muss noch einmal aufgerufen werden. Dieser Punkt ist hier nun nicht endgültig bearbeitet worden, ist aber sozusagen das Fundament für dieses Bedarfsindikatorensystem. Das möchte ich hier einfach noch in Erinnerung halten, dass wir uns dann dieser Frage stellen. Ich möchte mich zum Abschluss, wie gesagt, noch recht herzlich bedanken und bitte, dass das Gesetz hier in erster und zweiter Lesung verabschiedet wird. – Vielen Dank!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 16/1382, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses mit der Drucksachennummer 16/1382 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über das eigentliche Gesetz mit der Drucksachennummer 16/1318 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven, Drucksache 16/1318 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in erster Lesung

(C)

(D)

- (A) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und Abg. **W e d l e r** [FDP])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.
- Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!
Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (Einstimmig)
- Wir kommen zur zweiten Lesung.
- (B) Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer das Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Finanzbeziehungen zwischen dem Land Bremen und den Gemeinden Bremen und Bremerhaven in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und Abg. **W e d l e r** [FDP])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (Abg. **T i t t m a n n** [DVU])
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- Jetzt lasse ich über den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/1383 abstimmen.
- Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Wedler, FDP, mit der Drucksachen-Nummer 16/1383 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
- (Einstimmig)
- Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 16/1382, Kenntnis.
- Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne die Seniorengruppe der Heilig-Geist-Gemeinde aus Bremen-Vahr. Herzlich willkommen!
- (Beifall)
- Reformen in der Bildungspolitik**
- Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Januar 2007
(Drucksache 16/1277)
- D a z u
- Mitteilung des Senats vom 10. April 2007**
(Drucksache 16/1367)
- Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.
- Ich gehe davon aus, dass wir gleich in die Aussprache eintreten. Ich sehe hier keinen Widerspruch.
- Damit ist die Aussprache eröffnet.
- Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.
- Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich vermisse den Präsidenten des Senats, der sich ja in letzter Zeit bildungspolitisch im Alleingang geäußert hat.
- (Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD
und vom Bündnis 90/Die Grünen)
- Aber das nur als kleine Bemerkung!
- Meine Damen und Herren, gerade die Bildungspolitik gehörte zu den Bereichen, wo die Parteien der Großen Koalition nicht auf Anhieb zueinander gefunden haben, aber das, was in den letzten Jahren in Bremen im Schulbereich passiert ist, kann sich sehen lassen. Darum haben wir – auch, um zu zeigen, einerseits, was geleistet wurde, aber auch, welche Bedarfe daraus für die Zukunft entstanden sind, wie es weitergehen soll – eine Große Anfrage als CDU und SPD eingereicht. Ich möchte mich bei Herrn Senator Lemke für die sehr umfangreiche Beantwortung auf 50 Seiten
- *) Vom Redner nicht überprüft.

(A) bedanken, eine Vorlage, die wirklich bemerkenswert ist, was den Umfang der bildungspolitischen Aktivitäten dieser Großen Koalition angeht. Vielen Dank, Herr Senator Lemke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben, meine Damen und Herren, begonnen und standen uns eigentlich gegenüber mit unterschiedlichen Vorstellungen. Die Parteien der Großen Koalition mussten sich bildungspolitisch erst zusammenraufen. Die ersten Jahre waren ein vorsichtiges Abtasten, will ich das einmal nennen. Man hat die TIMSS-Studie seinerzeit zur Kenntnis genommen, dann kam die Pisa-Studie, und nach der Pisa-Studie kam das, was Henning Scherf gesagt hat, ich habe das noch einmal herausgesucht. Der Präsident des Senats und damalige SPD-Bürgermeister hat 2002 gesagt, als die Länderergebnisse vorgestellt wurden: „Die SPD ist seit 1947 verantwortlich für die Bildungspolitik, Pisa ist die Quittung dafür. Nun muss die Partei die Kraft haben, aus ihren Fehlern zu lernen.“

Meine Damen und Herren, ich kann konstatieren, dass der Bildungssenator aus den Fehlern der SPD-Bildungspolitik gelernt hat und dass wir uns gemeinsam zusammengerauft haben und dass die CDU auch einen gewissen sanften Druck entfaltet hat und dass wir daraus etwas Gutes gemacht haben, und dafür möchte ich mich auch bei den reformbereiten Kräften beim Koalitionspartner, bei der SPD, namentlich auch bei Frau Kollegin Hövelmann, herzlich bedanken!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 2003 einen Bildungswahlkampf geführt, und wir haben daraus die notwendigen Reformen abgeleitet. Wir haben 2004 und 2005 große Schulgesetznovellen auf den Weg gebracht. Wir haben die äußere Struktur der neuen Bremer Schule verändert. Wir haben aber – und das ist das Entscheidende einer guten Schulpolitik – die inhaltlichen Reformen einer modernen, einer zukunftsgerichteten Bildungspolitik auf den Weg gebracht. Diese neue Bremer Schule wächst jetzt hoch, meine Damen und Herren, und wir brauchen die Ruhe und die Kraft in Bremen, um diese neue Bremer Schule hochwachsen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ausgehend von Studien wie Pisa, von Iglu, das ist die internationale Grundschulleseuntersuchung, TIMSS, der naturwissenschaftlich-mathematischen Untersuchung, inhaltliche Reformen auf den Weg gebracht. Wir haben einen runden Tisch seinerzeit in Bremen gehabt, der Empfehlungen gegeben hat. Diese ganzen Reformen münden in wesentliche Aussagen, nämlich, dass wir die innere Qualität von Schule voranbringen müssen, dass wir die Ver-

antwortlichkeiten von Schule klären müssen, dass wir Normen und Standards setzen müssen. Alle diese Punkte hat die Große Koalition begonnen, hat einiges schon beschlossen, einiges auf den Weg gebracht. Einiges muss erst in den nächsten Jahren noch weiter umgesetzt werden, wo momentan nur die Fundamente gelegt wurden.

(C)

Meine Damen und Herren, wir haben – ich will das nur in einigen Schlagworten sagen – die Orientierungsstufe abgeschafft. Wir haben die Sekundarschule geschaffen. Die Sekundarschule ist deshalb wichtig, weil wir zurzeit 500 Schülerinnen und Schüler jedes Jahr in Bremen haben, die ohne einen Schulabschluss die Schule verlassen, und viele Schülerinnen und Schüler, die einen Schulabschluss haben, bekommen damit keinen Ausbildungsplatz. Wir müssen eine Berufsausbildungsreife vermitteln. Das ist ein Ergebnis dieser Bildungsuntersuchungen, die wir hier in Bremen leider zur Kenntnis nehmen mussten. Diese Berufsausbildungsreife wollen wir in einer modernen Form in einer engen Kooperation mit Berufsschulen und Betrieben in der neuen Sekundarschule hier verwirklichen.

Der Senat geht in seiner Antwort auch dankenswerterweise darauf ein, dass dies noch Zeit braucht, und die Zeit müssen wir den Schulen auch lassen, meine Damen und Herren. Die Schulen brauchen Zeit, dies zu entwickeln, und sie brauchen auch Zeit, Kooperationspartner dafür zu finden, und da bin ich sehr dankbar, dass Herr Senator Lemke dies in seiner Antwort auch so entsprechend darstellt.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein wesentliches qualitatives Element eingeführt, meine Damen und Herren, früher lief das unter dem Motto Zentralabitur. Ich weiß noch, große Debatten hier seinerzeit mit Frau Jansen, aber auch mit der damaligen Senatorin Frau Kahrs, das Zentralabitur wurde strikt abgelehnt. Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur das Zentralabitur eingeführt, wir haben auch die zentralen Abschlussprüfungen in den Schularten Sekundarschule, also Haupt- und Realschule, und den integrativen Schulen, also Gesamtschule, integrierte Stadtteilschule, eingeführt, weil wir hier einen gesetzten Standard haben müssen, damit die Schülerinnen und Schüler einen Abschluss haben, mit dem sie auch hinterher etwas anfangen können, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Davor geschaltet haben wir auch Vergleichsarbeiten, weil man nicht erst am Ende sehen kann, wenn da eine Fehlentwicklung ist. Wir haben das gemeinsam auf den Weg gebracht. Dies ist ein großer Erfolg, weil wir hier eine Zukunftsorientierung in der Bremer Schulpolitik, die jahrelang leider nicht möglich war, hinbekommen haben.

(A) Meine Damen und Herren, wir haben Maßnahmen durchgeführt, die heute eigentlich selbstverständlich sind, aber sie waren höchst umstritten, als wir sie eingeführt haben. Die verlässliche Grundschule, dass Eltern die Gewähr haben, dass die Kinder von 8 bis 13 Uhr in der Schule sind und nicht irgendwann nach Hause kommen, weil der Unterricht ausfällt, auch das ist einer der großen Erfolge dieser Großen Koalition, weil wir hier einerseits den Unterricht haben, aber auch Betreuung, die notwendig ist, damit auch soziale und andere Kompetenzen an den Schulen außerhalb der Unterrichtszeit den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden können.

Diese verlässliche Grundschule haben wir gegen erbitterten Widerstand der Opposition in ganz Bremen flächendeckend eingeführt, meine Damen und Herren. Danach haben wir aber auch – und da weiß ich, dass gleich Zwischenrufe kommen werden – einen richtig guten Schritt in die Ganztagschulentwicklung getan. Sie werden jetzt sagen, dass die damalige Bundesregierung Ihnen Geld dafür zur Verfügung gestellt hat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Die Ganztags-Millionen des Bundes waren Geld, das der Bundesfinanzminister Eichel den Ländern aus den UMTS-Einnahmen gestohlen und ein bisschen davon zurückgegeben hat, meine Damen und Herren. Wir hätten die Ganztagschulentwicklung auch allein auf den Weg gebracht.

(B)

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ganztagschulentwicklung in Bremen, da sind wir uns eigentlich inhaltlich einig, nur, die Mär der Finanzierung ist immer so schön bei Ihnen, dass das ein Geschenk war. Das war kein Geschenk, das war gestohlenen Geld, wovon wir ein bisschen zurückbekommen haben.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Sind Sie noch bei sich? Gestohlen?)

Die Ganztagschulentwicklung ist eine richtige Entwicklung, und zwar nicht seinerzeit in der offenen Form, wie sie begonnen wurde, sondern jetzt in der gebundenen Form, dass auch pädagogisch sinnvoll gearbeitet werden kann, rhythmisiert, damit Schule in der Zukunft eben vormittags und nachmittags stattfindet, damit Schüler eigene Lernzeiten haben, damit Schule eben auch dazu beiträgt, dass hier eine soziale Kompetenz Einzug hält.

Ganztagschule ist ein notwendiges Angebot. Sie sollte nicht die Regelschule sein, weil Eltern und Schüler sollten sich schon aussuchen können, ob sie vormittags und nachmittags oder nur vormittags zur

Schule gehen. Wie gesagt, sie darf auch keine soziale Brennpunktschule werden. Darum bin ich froh, dass wir zum Beispiel am Baumschulenweg und am Alten Gymnasium jetzt Ganztagschulen haben gegen alle Klagen, die Einzelne noch antreiben. Das sage ich auch ganz deutlich, meine Damen und Herren, die Ganztagschulentwicklung wird sich nach und nach durchsetzen, wir müssen sie nur behutsam entwickeln, und wir müssen sie solide finanzieren. Auch das ist eine Notwendigkeit, wenn man sich anschaut, dass eine Ganztagschule ein Drittel mehr kostet als eine bisherige Halbtagschule.

(C)

Wir haben, meine Damen und Herren, gerade im Grundschulbereich große Notwendigkeiten weiterer Reformen. Wir haben in der Vergangenheit schon nach Pisa zusätzliche Deutsch- und Mathematikstunden in den Grundschulen etabliert, der Englischunterricht wurde vorverlagert. Verlässliche Grundschule habe ich angesprochen.

Wir als CDU wollen, dass die Klassengröße in der Grundschule kleiner wird. Wir haben einen Durchschnitt über ganz Bremen, das sind 21,7 zurzeit, aber wir haben auch Klassengrößen in der Grundschule von bis zu 30 Schülern. Meine Damen und Herren, wir müssen diese Klassengröße senken. 22 Schülerinnen und Schüler maximal pro Klasse sind mehr als genug, aber das muss auch dann das Maximum sein.

Wir müssen dort den Schulen mehr Stunden, insbesondere für die Sprachförderung, zur Verfügung stellen. Deutsch und Sprachförderung ist ganz wichtig, damit Schülerinnen und Schüler teilhaben können am Unterricht, damit sie dem Unterricht in deutscher Sprache auch folgen können. Das ist eine wichtige Notwendigkeit, die wir hier auch für die Zukunft sehen, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Viele zusätzliche Fördermaßnahmen sind durch diese Koalition auf den Weg gebracht worden. Es gab den großen Streit: Was machen wir eigentlich mit den Sitzenbleibern? Da hatte unser Koalitionspartner den Vorschlag, das könnte man doch komplett abschaffen. Wir haben gesagt: Nein, wir brauchen zusätzliche Förderung, aber als Ultima Ratio muss ein Schüler, wenn es Defizite weiter gibt, auch die Möglichkeit haben –, oder es muss auch die Schule die Möglichkeit haben zu sagen: Hier muss ein Jahr wiederholt werden, weil sich sonst die Defizite jedes Jahr weiter auf türmen, und am Ende steht dann eine Prüfung, und der Schüler scheitert an der Prüfung. Darum, aus dieser Situation, weil sich dort die Koalitionsparteien nicht einigen konnten – und das ist eigentlich wieder so ein Punkt, wo die Opposition dann schreit und sagt, da passiert nichts –, ist eine richtig gute Idee geboren, nämlich die Ostercamps, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD)

- (A) Diese Ostercamps haben wir konzipiert. Wir haben in einer Runde – –. Sie waren nicht dabei, aber ich kann Ihnen genau sagen – –!

(Abg. Frau **W a n g e n h e i m** [SPD]: War bestimmt Herrn Rohmeyers Idee! – Zuruf des Abg. **D r . S i e l i n g** [SPD])

Nein! Es war nicht meine Idee! Es war in einer Runde mit 7 Leuten beim Senator für Bildung. Herr Dr. Sieling, Sie waren auch nicht dabei, Ihr Vorgänger war dabei. Da hat er sich einmal bildungspolitisch eingebracht, aber Sie waren nicht dabei. Ich war dabei, Senator Kastendiek war dabei, Herr Lemke war dabei und Frau Hövelmann war dabei. Ich kann Ihnen genau sagen, wer dabei war. Sie können es leider nicht!

In dieser Runde haben wir seinerzeit gesagt: Es muss etwas entwickelt werden, und wir haben den Auftrag an das Ressort gegeben, dass dort eine Fördermaßnahme entwickelt wird auf freiwilliger Basis, und da hat dann Senator Lemke einen Vorschlag daraus gemacht. Dieses Ostercamp ist eine richtig gute Idee, und da brauchen Sie nicht dazwischenzurufen, Herr Dr. Sieling! Das war wenig fachlich, was Sie hier eben beigetragen haben,

(Beifall bei der CDU)

- (B) aber das zeichnet ja manche führende Sozialdemokraten in der Bildungspolitik momentan aus, dass Sie einfach einmal etwas erzählen und keine Ahnung von nichts haben!

(Unruhe bei der SPD)

Durch das Engagement der Jacobs-Stiftung ist dann nach den Ostercamps eine Maßnahme geboren worden, nämlich die Sommercamps. Wir haben uns dann immer auf die Camps in den Ferien konzentriert. Da hat man dann eine Maßnahme initiieren können, durch eine private Stiftung, wie gesagt, wo die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert werden konnte. All das sind Maßnahmen, die wurden uns durch Pisa, durch den runden Tisch empfohlen, und wir haben uns hier in Bremen, wenn man sich auch die anderen 15 Bundesländer anschaut, sehr intelligente Maßnahmen einfallen lassen.

Wenn man sich anschaut, wenn diese Kinder und Jugendlichen dort mehrere Wochen in den Sommerferien geschult wurden, das ist ein Gemeinschaftsgefühl, das ist Teilhabe an der Schule, Teilhabe am Unterricht, etwas, das wir uns wünschen. Das hat nämlich etwas mit gelungener Integration zu tun, und die Kinder und Jugendlichen haben ein deutlich verbessertes Sprachverständnis danach und können vielfach stärker dem Unterricht folgen, als dies vorher der Fall war.

(Glocke)

- Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende! (C)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Das ist fast bedauerlich, aber, meine Damen und Herren, im Zweifelsfall will ich Ihnen mit einem Satz nur noch einmal eben sagen: Schulentwicklung braucht Zeit. Ich habe gesagt, 2004 haben wir diese Schulgesetznovelle auf den Weg gebracht, die die neue Bremer Schule inhaltlich und von der äußeren Struktur beschreibt. Es ist ganz wichtig, dass Schule Zeit hat.

Ich möchte später noch einmal eingehen auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, auf die Belastung, die durch diese Reform an den Schulen entstanden ist, meine Damen und Herren. Wir brauchen, das sage ich schon einmal ganz deutlich, jetzt keine neue Schulstrukturdebatte. Wer die Einheitsschule will, der sorgt für große Verunsicherung an den Schulen. Wir brauchen hier Verlässlichkeit und Solidität, so, wie wir es in der Vergangenheit auch mit diesem Senator Lemke im Senat als CDU gut hatten, und wir hoffen, dass wir die Zusammenarbeit mit Ihnen auch entsprechend weiterführen können, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

- Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hövelmann.

- Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden und Sie können auch mit Recht bei meiner letzten Rede hier im Parlament eine offensive und klare Rede erwarten. Die umfangreiche Antwort, die Ihnen heute vorliegt, verleitet natürlich jeden dazu, den einen oder den anderen Schwerpunkt besonders hervorzuheben. Ich möchte mich mehr auf das Allgemeine und später auf das Spezifische konzentrieren. (D)

Bildungspolitik, meine Damen und Herren, ist ganz wichtig, hat absolute Priorität. Ich habe es hier oft zitiert, und so steht es im Koalitionsvertrag, der für die laufende Legislaturperiode gilt. Die Bildungsdeputierten der SPD-Fraktion haben zielbewusst und mit, manche Leute schon nervender, Beharrlichkeit daran gearbeitet, diesem Ziel gerecht zu werden. Dafür möchte ich mich ausdrücklich an dieser Stelle bei meinen Kollegen und bei Rainer Nalazek bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Der Stellenwert des Politikfeldes hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert, und ich kann nur sagen, endlich! Nicht nur Pisa, auch die demografische Entwicklung hat die Debatte kinder- und familienfreundlicher werden lassen. Die gerade zu Ende gegangene Themenwoche „Kinder sind Zu-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) kunft“ zeigt den gesellschaftlichen Wandel ganz selbstbewusst, kann ich Ihnen hier sagen. Die Bildungsdeputierten der SPD-Fraktion haben immer und konsequent für eine größere Wertschätzung des Bildungsbereichs gearbeitet und gekämpft, also, das trägt jetzt ganz offensichtlich Früchte.

Wenn ich kurz zurückblicke, dann sind die Einführung der verlässlichen Grundschule ebenso wie der bundesweit beachtete Aufbau der Ganztagschulen in dem umfangreichen Reformkanon für mich besonders wichtige und richtige Schritte, wobei, Herr Rohmeyer, das muss man doch der Fairness halber sagen, es diesen Quantensprung bei den Ganztagschulen nie gegeben hätte, wenn es nicht das Sonderprogramm der Bundesregierung, und sei sie rotgrün gewesen, gegeben hätte. Die Kommunen hätten das Geld woanders eingesetzt. Dieses gezielte Einsetzen und dieser gezielte Schwerpunkt und dieses absolut gezielte und gewollte politische und bildungspolitische Signal kann man auch mit der größten Rhetorik hier nicht wegreden.

(Beifall bei der SPD)

(B) Bei einer problematischen Ausgangslage, ich möchte nur die Stichworte nennen, weil sie in Stadt und Land und bundesweit diskutiert worden sind: Pisa, extreme Haushaltsnotlage, unterschiedliche Herangehensweise von SPD und CDU ich ver falle hier nicht sozusagen den Lockungen des Wahlkampfes und begeben mich jetzt in die Niederungen von ewig gestrigen ideologischen Debatten –, des Weiteren Stadtstaatenproblematik, meine Damen und Herren, Kinder in Armut und Kinder, die die deutsche Sprache nicht sprechen, gerade bei uns in Bremen in einem sehr hohen Maße zu finden. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ist es gelungen, die Grundschulen spürbar zu stärken, das bedeutet nicht nur eine Erhöhung der Unterrichtsstunden.

Kinder haben in unseren Grundschulen mittlerweile die Möglichkeit, flächendeckend Englisch zu lernen, auch die Zusammenarbeit zwischen dem Elementarbereich und den Schulen ist deutlich verbessert worden. Hier könnte ich mir eine Bilanz, ich muss ja ehrlich sein und plädiere immer für Ehrlichkeit in der Politik, hier kann ich mir noch sehr viel mehr vorstellen.

An Bremer Schulen wird heute intensiver, gezielter und viel verbindlicher gefördert und gefordert. Kinder, die nicht die deutsche Sprache sprechen können, werden frühzeitig und aufwendig vorbereitet, im Unterricht folgen zu können. Das Gleiche gilt für das Lesen, das mir gelegentlich besonders am Herzen liegt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir reden mittlerweile in den Schulen stolz über erzielte Leistungen. Die Motivation dafür kann sich übrigens

Senator Lemke persönlich in seine Leistungs- und Erfolgsbilanz schreiben.

(Beifall bei der SPD – Abg. F o c k e
[CDU]: Das war er aber nicht!)

Manche Vorhaben waren nicht ohne zum Teil auch erheblichen Widerstand durchzusetzen. Ich erinnere mich hier besonders deutlich an die Novellierung des Schulgesetzes. Nicht jeder war gleich davon zu überzeugen, dass die Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter und die damit verbundene und auch notwendige Zuordnung von Verantwortlichkeiten der richtige Weg gewesen sind. Aber durch geduldige Überzeugungsarbeit und wirklich zahllose Beratungsgespräche ist die Novellierung des Schulgesetzes eine Grundlage für die Schulreform geworden. Es war also ein lohnender, wenn auch zum Teil ein persönlich kräftezehrender Prozess.

Als Sozialdemokratin erinnere ich Sie ganz besonders gern an die Verdopplung der Plätze für integrative Beschulung, für integrative Schulen. Übrigens, auf Elternwunsch! Auch das ist eine große Veränderung, die sowieso eine große Rolle spielt. Ich erinnere mich daran, dass wir es nicht hinbekommen haben, die Zensuren in der Grundschule ganz abzuschaffen, sondern einer wirklich der politischen Unvernunft geschuldeten Regelung zustimmen mussten, dass wir sowohl Noten- als auch Ziffernzeugnisse haben werden. Ich bin ganz sicher, dass das in der nächsten Legislatur anders werden wird, denn das ist wirklich eine Sache, an der noch gearbeitet werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle Schulen werden mittlerweile von innen und von außen auf ihre Leistungsfähigkeit überprüft. Zentrale Abschlussprüfungen sind meiner festen Überzeugung nach genauso normal wie die solide Vorbereitung auf den Beruf. Vielleicht, lieber Kollege Rohmeyer, bei der Gelegenheit eine kurze Bemerkung zu Ihrer doch sehr polemisch gehaltenen Rede, herzlichen Dank für die freundlichen Worte an mich! Aber ich hatte den Eindruck, man hätte es auch überschreiben dürfen mit dem Motto „Wenn die liebe Sonne lacht, hat es die CDU gemacht“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Ich glaube, es glaubt Ihnen in der ganzen Stadt kein Mensch, dass Sie die Aspekte oder die Schwerpunkte in der Bildungspolitik in der Form, wie Sie das heute so vehement vorgetragen haben, initiiert haben.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir uns im Bereich der Förderkinder noch mehr anstrengen müssen. Ich weiß aber auch, dass

(C)

(D)

(A) mittlerweile Eltern nach Bremen ziehen, um von unserem politisch klaren Bekenntnis zur integrativen und kooperativen Beschulung von Kindern mit Behinderungen Gebrauch zu machen. Sie kommen nach Bremen, weil wir in diesem Bereich vorbildlich sind. Auch das darf man hier erwähnen, es war ein harter Weg durchzusetzen, dass wir diese Schwerpunkte so gesetzt haben. Wir haben bei der Einrichtung von Ganztagschulen immer gesagt: Lieber eine Ganztagschule weniger, aber nie eine Ganztagschule, an der Kinder mit Behinderungen Kinder zweiter Klasse sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das durchgesetzt, und das, denke ich, ist ganz gut. Ich habe gestern meinen neuen Job geübt als Tombolaschreierin, deshalb muss ich mal eben einen kleinen Schluck nehmen, Entschuldigung!

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bevor ich zu einem Resümee und einem Ausblick komme, möchte ich Ihnen mit Nachdruck auch noch ein nicht gelöstes dringendes Problem unserer Schulen ans Herz legen. Ich sage ganz selbstbewusst, immer noch ist allen Anstrengungen zum Trotz der Bildungsweg von Kindern aus sozial schwierigen Lagen und schwieriger Herkunft oder Herkunft aus anderen Ländern kompliziert. Das ist ein riesiger gesellschaftspolitischer Skandal! Er muss beendet werden, und zwar nicht nur mit Worten, auch mit Taten. Ich habe das in der SPD-Fraktion hier im Haus immer wieder verlangt. Wir haben die Weichen gestellt, aber ich sage Ihnen aus voller Überzeugung, da muss in den nächsten Jahren noch sehr viel mehr passieren, und das geht nicht ohne Einsatz finanzieller Mittel.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, erfolgreiche Bildungspolitik muss sich einzig und allein am bestmöglichen Lernerfolg unserer Kinder messen lassen. Sie fällt nicht vom Himmel, sie wird auch nur ganz selten ausschließlich in parteipolitischen Zirkeln erreicht. Erfolgreiche Bildungspolitik braucht einen gesellschaftlichen Dialog, der intensiv und engagiert zu Ergebnissen führen muss. Sie braucht neben guten Ansätzen gute Lehrer, engagierte Eltern und leistungsfreudige, geachtete und geliebte Kinder. Sie braucht auch Zeit zum Lernen über die 13-Uhr Grenze hinweg. Ich bin sicher, dass die Ganztagschule nicht eine Anwahlschule, sondern das verbindliche Modell der Zukunft ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, sie braucht eine verlässliche und verantwortungsbewusste Finanzierung. In der auslaufenden Legislaturperiode haben wir viele Weichen in die richtige Richtung gestellt. Die nächsten

Tests, auch davon bin ich überzeugt, werden das belegen. Frau Präsidentin, mit Löwengebrüll, das haben wir hier eben gehört, bringt man keinen Springbrunnen zum sprudeln. Wie im richtigen Leben, zählen bei einer ehrlichen Bilanz auch in der Politik die Taten. Diese können sich, auch die zähl- und zielgerichtete und den Kindern verpflichtete Arbeit von Willi Lemke und der SPD-Fraktion, sehen lassen. Auch wenn das bei der Opposition und dem Koalitionspartner gelegentlich leichtes Sodbrennen verursacht hat.

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Bremen wollte in dieser Legislaturperiode Kulturhauptstadt werden. Das hat leider nicht geklappt, und mancher Euro ist nun weg. Ich wünsche mir zum Ende meiner Rede für unsere Kinder in der kommenden Legislaturperiode eine erfolgreiche Kampagne des gesamten Hauses unter dem Motto „Bremen Bildungshauptstadt Europas“. Dann, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, kann ich ganz beruhigt und zufrieden auf dem Marktplatz mit dem einem oder der anderen von Ihnen einen leckeren Espresso trinken. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

(D)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass Ulrike Hövelmann gleich noch einmal einen Redebeitrag halten wird, wenn ich gesprochen habe. Vielleicht auch der Senator, Herr Rohmeyer meldet sich sicherlich auch gleich aufgrund meines Redebeitrags noch einmal.

(Abg. **K l e e n** [SPD]: Hättest du geschwiegen, Anja!)

Was findet die grüne Opposition zu Beginn dieser Rede vor? Nicht weniger als drei bemerkenswerte Dinge, nämlich erstens einen Bildungsminister, der von seinen eigenen Genossen ungehemmt demontiert wird, zweitens einen Bürgermeister, der die Bildung als wichtiges Thema entdeckt und eigene Beschlüsse der letzten Jahre öffentlich leugnet oder sich putzigerweise nicht mehr so gern an diese erinnern will – ich sage: Gründung einer Bildungs-GmbH, Abbau von Lehrerstellen et cetera –, drittens eine Koalition von CDU und SPD, die sich mit der 45-seitigen Antwort des Senats gern feiern will, ironisch gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, vermutlich für das unübersichtlichste Schulsystem von ganz Deutschland.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ich finde aber, die CDU kann sich feiern für ihre in den letzten vier Jahren perfektionierte Klientelpolitik. In der Antwort des Senats steht: Pisa war nicht der Anfang, sondern hat zu einer Beschleunigung der Modernisierung verholfen. Modernisierung ist für die Wiederbelebung des Schulsystems der fünfziger Jahre, finde ich, ein ziemlich gewagter Begriff.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich bleibt das, Herr Rohmeyer, der Griff in die bildungspolitische Mottenkiste, nämlich die frühe Einsortierung der Kinder in sogenannte Begabungsschubladen: Da gehörst du hinein, da kommst du nicht mehr heraus, aber vielleicht hast du Glück und kommst noch einmal heraus, weil deine Eltern Geld haben für Nachhilfe. Das uns hier als Modernisierung unterzujubeln, das, finde ich, ist und bleibt ein starkes Stück. Die sogenannte neue Bremer Schule ist doch ein alter Hut, ein alter Zopf, und ich finde eigentlich, weg damit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Experten sind sich einig, das schert Herrn Rohmeyer und die CDU aber wenig, das frühe Sortieren der Kinder bereits nach dem vierten Schuljahr geht von einem falschen Verständnis der Lernentwicklung aus. Talente werden so en gros verschenkt und nicht gefördert, Kinder mit Migrationshintergrund und Spätentwickler werden benachteiligt.

Wir haben im Jahr 2010 rund 50 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund. Der UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz hat einen Bericht abgeliefert und gesagt, Deutschland muss aufpassen, dass es nicht ganze Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Herr Rohmeyer hat gesagt, die Grünen sind Herrn Muñoz verfallen, ich sage: Man muss das, was ein Sonderberichterstatter zum Thema Bildung sagt, ernst nehmen und muss auch das Bildungssystem auf den Prüfstand stellen und kann nicht sagen, nichts hören, nichts sehen und überhaupt nichts mehr entscheiden an dieser Stelle.

Zu behaupten, die soziale Kopplung sei nun Dank der Großen Koalition am Bröckeln oder gar durchbrochen wurden, ist gewagt. Immer noch hängt der Bildungserfolg vom Portemonnaie der Eltern ab.

Liebe Große Koalition, folgende Bilanzpunkte sollten Sie nicht vergessen, Herr Rohmeyer hat sie sehr positiv dargestellt, deswegen werde ich jetzt einmal in die andere Richtung gehen. Erstens, der Bereich der frühkindlichen Bildung wurde von der Großen Koalition gekürzt statt ausgebaut in ihrer Regierungsära. Seit 1999 sind 500 Ganztagsplätze im Kindergarten gestrichen worden. Kinder von arbeitslosen Eltern haben heute kaum noch Chancen auf Betreuung über 4 Stunden hinaus. Kindergarten- und Hort-

beiträge sind seit 1995 mehrfach erhöht worden, Personal wurde abgebaut statt aufgestockt, und das Thema Zweitkräfte hat die Große Koalition nicht bewegen können.

Der nächste Punkt ist, einen gemeinsamen Bildungsplan von Kindergarten und Grundschule hat der Senat in all den Jahren nicht hinbekommen. Nächster Punkt, das Bremer Schulsystem ist so selektiv und unübersichtlich wie noch nie, und Eltern blicken nicht mehr durch.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ach, das stimmt doch nicht!)

Doch! Tausende Bedenken von Eltern, Lehrern und Experten gegen die Änderung des Schulgesetzes wurden unter den Tisch gekehrt. Unter dem Strich finden wir viele faule Koalitionskompromisse auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und der Eltern, aber wenige Verbesserungen. Ganztagschulen, Ostercamps, Sommercamps, es gibt eine Reihe, darüber können wir auch noch sprechen, da bin ich gern bereit, darüber zu reden.

Seit Beginn des Sanierungsprogramms hat der Senat bei gestiegener Schülerzahl beständig Lehrerstellen abgebaut. Die Große Koalition hat in den letzten 10 Jahren über 800 Lehrerstellen in Bremen gestrichen, bei gleichbleibenden Schülerzahlen, auch in Bremerhaven ist an Lehrern gespart worden. Die Folgen sieht jeder, Unterrichtsausfall ist an der Tagesordnung und in Folge fallen auch Förderstunden aus, Herr Rohmeyer. Das Bild, das Sie hier zeichnen, ist wirklich Schrott!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen doch ganz genau, dass Unterricht ausfällt, dass Klassen zusammengelegt werden, und Sie selbst haben doch auf diesen ganzen Podiumsdiskussionen in den letzten Wochen gesagt, es gibt in Bremen einen viel höheren Unterrichtsausfall, als zugegeben wird vom Ressort.

Bremen liegt bei der Schüler-Lehrer-Relation bundesweit auf Platz 8. Im Stadtstaatenvergleich liegt Bremen deutlich hinter Berlin und Hamburg. Bremen muss nach Meinung der Grünen gegenüber allen Bundesländern aufholen und darf sich nicht weiter abkoppeln. Das hat die Koalition nicht verstanden in ihrer Regierungszeit. Eine im Bundesvergleich bestenfalls durchschnittliche Unterrichtsversorgung wird den schwierigen Rahmenbedingungen in Bremen – Stichwort 40 Prozent Migranten, steigende Zahl, unter den Schülerinnen und Schülern – nicht gerecht.

Wenn der Bürgermeister das jetzt aufgreift, finde ich, ist das überfällig, und es ist auch richtig. Allerdings hätte der Bürgermeister vor seinem Auftritt vor der Personalversammlung die Antwort des Senats vom

(C)

(D)

(A) 20. März 2007 auf die Anfrage der Grünen zum Thema „Drohende Rentnerlücke im Lehrerzimmer“ lesen sollen. Er versprach auf der Personalversammlung die Wiedereinführung der Altersteilzeit, wenn sie sich finanziell darstellen lässt. In der Senatsantwort – die ist nur 3 Wochen alt – heißt es dagegen noch: Altersteilzeit ist aus Haushaltsgründen finanziell nicht darstellbar. Unterschrift unter der Anfrage: Jens Böhrnsen! Ich stelle fest: Einen Senat mit einer einheitlichen Position gibt es hier nicht!

Aus den vorliegenden Zahlen erkennt jeder, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Wir brauchen ein Personalkonzept für den Zeitraum 2007 bis 2017, um den Generationswechsel an den Schulen handhabbar zu machen. Fast die Hälfte der Bremer Lehrerinnen und Lehrer geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Wir müssen als Bundesland endlich eine Strategie entwickeln, wie es gelingen kann, dass wir uns nicht weiter abkoppeln und genügend Nachwuchs finden, um der drohenden Lehrerlücke im Lehrerzimmer begegnen zu können. Das Problem wurde von der Koalition bisher nicht angepackt.

Die Atmosphäre zwischen Behörde und Schulen ist offenbar zerrüttet, das möchte ich hier auch noch sagen. Nach Hunderten von Überlastanzeigen der Lehrkräfte musste der Bildungssenator peinlicherweise vom Gericht gezwungen werden, sich mit den Personalräten auseinanderzusetzen. Das habe ich noch nie gehört, dass das bisher hier der Fall war, dass ein Bildungssenator gerichtlich gezwungen werden musste, mit dem Personalrat zu sprechen! Ich frage mich, wie auf diese Weise Impulse in die Schulen hineingetragen werden sollen!

(B) Die Schulen sind unter der Fuchtel der Großen Koalition, anders kann ich das gar nicht sagen, zu nachgeordneten Dienststellen degradiert worden. Kritik wird abgebügelt, von einer Aufbruchstimmung ist nichts zu merken. Dabei sind die Schulleiterinnen und Schulleiter der Motor für die Schulentwicklung. Die Bildungsbehörde muss endlich ihre Scheuklappen absetzen und die Schulleiter und die Lehrerinnen und Lehrer auch mit an Bord nehmen, denn nur so kann auch wieder der Kahn auf Kurs kommen. So aber, wie das in den letzten Monaten gelaufen ist, kann es nicht weitergehen!

Damit nicht genug! Es gibt wieder eine weitere seltsame Konsequenz aus Pisa: die Reform der Lehrerausbildung. Künftig sollen Grundschullehrer schlechter ausgebildet werden als Gymnasiallehrer. Sie sollen kürzer studieren, vermutlich, weil die Kinder kleiner sind, anders kann man sich das gar nicht erklären, nach welcher Logik das hier erfolgen soll. Es ist ein Irrsinn aus meiner Sicht, denn wir wissen doch, dass es auf die ersten Jahre im Bildungssystem ankommt und wir die Pädagogen im Kindergarten und in der Grundschule besonders gut ausbilden müssen, und nicht, dass wir die Lehrer besser ausbilden müssen, die in den späteren Jahren arbeiten.

Ein sauteurer Schuss in den Ofen war die sogenannte Bildungs-GmbH, die wir als unsinniges und teures Projekt von Beginn an abgelehnt haben. Nun erzählt der Bürgermeister auf der Personalversammlung, er sei von der ersten Stunde an dagegen gewesen. Da frage ich mich: Wer hat denn hier als Fraktionsvorsitzender der SPD gesessen und die Hand gehoben? Die CDU will es ja an dieser Stelle auch nicht mehr gewesen sein. Da fragen wir uns doch hier als Opposition: Von wem werden wir hier eigentlich regiert, von Außerirdischen oder von einem Senat, der handlungsfähig ist?

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Schulen klagen zu Recht über überbordende Bürokratie, die Koalition hat das hartnäckig ignoriert und beschloss obendrauf, Herr Rohmeyer, ein Stakato an Maßnahmen. Frau Hövelmann, vielleicht können Sie dazu auch noch einmal etwas sagen! Wir meinen, alle Verordnungen und Regelungen müssen dringend durchgecheckt werden, ob man sie wirklich benötigt. Auf einiges kann man sicher getrost verzichten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Koalition jetzt meint, man wolle die getroffenen Maßnahmen verlangsamen, verstetigen und vertiefen, dann ist das der Erkenntnis geschuldet, dass in den letzten Jahren der blanke Aktionismus geherrscht hat, zu schnell, zu oberflächlich, zu kurzatmig war das Handeln der Koalition. Eine Schulentwicklung kann aber nur mit den Lehrern und Schulleitungen gelingen, von einer Reform ganz zu schweigen. Schulentwicklung braucht Zeit, Herr Rohmeyer, da haben Sie Recht, aber Schulentwicklung braucht auf keinen Fall eine Große Koalition. – Danke schön!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Stahmann, es war doch wirklich eine Freude, von Ihnen noch einmal zu hören, dass Sie das auch so schön dargestellt haben, warum Sie eigentlich der geborene Nachfolger der Bildungspolitik der Siebziger- und Achtzigerjahre sind. Sie haben nichts aus den Ergebnissen der Bildungsuntersuchungen verstanden, wenn Sie hier sagen, dass das alles ein Schuss in den Ofen war! Ihr Konzept, das Sie hier vorstellen, meine Damen und Herren von den Grünen, ist das gleichmacherische Konzept, von dem sich Teile unseres Koalitionspartners zumindest verabschiedet haben, aber Sie wollen das alles wieder einführen. Sie wollen hier keine individuelle Förderung, Sie wollen alle über

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) einen Kamm scheren, Sie wollen die Schulentwicklung hier in Bremen wieder zurückdrehen.

Sie haben versucht, hier ein Bild darzustellen, als ob hier keine Reformen begonnen wurden, Frau Stahmann. Sie haben im Prinzip an den letzten Jahren völlig vorbeigeredet, Sie haben hier wirklich Sachen vom Stapel gelassen, als ob die Reformen Aktionismus wären! Meine Damen und Herren von den Grünen, ich hätte Sie einmal sehen wollen, wenn hier nach Pisa nichts gemacht worden wäre.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sie hätten ja wahrscheinlich jahrelang hier noch im Fruchtetee-Kreis debattiert, meine Damen und Herren von den Grünen! Da musste gehandelt werden, da sind Kinder in der Schule!

(Beifall bei der CDU)

Da muss doch gehandelt werden, meine Damen und Herren, da kann man doch nicht noch jahrelang so tun, als ob hier nichts gewesen wäre!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Kinder sind nicht in der Schule, Herr Rohmeyer! Unsere Kinder sind in der

(B) Schule!)

Es sind Kinder in der Schule, liebe Frau Kollegin Stahmann, und es ist dann auch die Verantwortung der Politik, zu handeln und nicht jahrelang noch zuzuschauen.

Sie haben gesagt, man habe Begabungsschubladen und ein frühes Sortieren. Menschen sind unterschiedlich, begreifen Sie das endlich, und müssen unterschiedlich gefördert werden!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das gleichmacherische Schulsystem in Bremen ist gescheitert. Ich hoffe, Sie nehmen es zur Kenntnis! Wir haben den Rahmenplan Bildung und Erziehung auf den Weg gebracht. Es gibt dort durchaus noch Defizite. Wir als Koalition – Herr Kollege Tschöpe, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, dass Sie auch ein Teil dieser Koalition sind, gelegentlich hat man ja nicht den Eindruck – haben diesen Rahmenplan Bildung und Erziehung auf den Weg gebracht. Da gibt es noch Defizite. Es gibt auch Defizite in der Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung. Da haben wir als CDU Ihnen schon mehrfach einen Vorschlag gemacht. Sie müssen sehen, dass diese Ressorthakeleien auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ein Ende haben, dass dort keine

Reibungsverluste mehr sind! Wir haben gesagt, dass es eine gemeinsame Ressortverantwortung für Kinder, Jugend, Bildung und Erziehung geben soll.

(C)

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie lange brauchen Sie noch, wenn Sie es 10 Jahre lang nicht hinbekommen haben?)

Diesen Vorschlag kennen Sie. Ich weiß, Sie lehnen es ab. Ich sage: Es ist gut, wenn wir eine gemeinsame Verantwortung für diesen Bereich Bildung und Erziehung in einer Hand haben. Darüber können dann noch die Menschen draußen im Lande entscheiden, welches Konzept besser ist. Es ist, glaube ich, müßig, Ihnen das noch einmal vorzubeten, Frau Stahmann, Sie sollten es verstanden haben.

Wir haben nach Ihrer Aussage ein selektives und unübersichtliches Schulsystem. Wir haben ein Schulsystem, das auf drei Säulen beruht, und die Menschen in Bremen haben Schulvielfalt. Das ist etwas, was Sie nicht wollen, das weiß ich, Sie wollen die Einheitschule. Wir geben den Menschen die Möglichkeit zu wählen zwischen einem integrierten System, einer berufsorientierenden Säule, der Sekundarschule und dem gymnasialen Bildungsgang. Das sind drei unterschiedliche Bildungsgänge, dafür brauchen wir unterschiedliche Lehr- und Bildungspläne, und diese drei Bildungsgänge haben unterschiedliche Abschlüsse, das müssen Sie auch verstehen, Frau Stahmann. Dafür haben wir inhaltliche Entwicklungen auf den Weg gebracht.

(D)

Diese neue Bremer Schule – ich sage das noch einmal, darüber haben wir schon lange gestritten, aber ich versuche, es Ihnen noch einmal zu erklären – wächst hoch, ist jetzt in der siebten Klasse. Daher kann auch durchaus für Menschen, die sich nicht so intensiv damit beschäftigen, der Eindruck entstehen, als ob es unübersichtlich sei, weil ein altes System auswächst und ein neues System hochwächst. Wenn Sie aber als in diesem Fall Wissende, in Führungszeichen, so tun, als ob dies unübersichtlich sei und da den Menschen auch noch eine Verunsicherung herbeireden,

(Abg. Frau Linert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir tun nicht so, es ist unübersichtlich!)

dann handeln Sie nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich, um die Menschen zu verunsichern. Das, meine Damen und Herren, ist ziemlich schändlich, das darf ich Ihnen von den Grünen auch ganz deutlich sagen!

Wir haben, da sind wir uns einig, hohe Unterrichtsausfälle. Es gibt diese Behördenstatistik, ich sage dazu auch, darin ist nicht alles erfasst. Wir haben darüber zwei Debatten Ende letzten Jahres gehabt, und wir

(A) als CDU haben auch deutlich gesagt: Es muss hier entsprechende Neueinstellungen geben, um Unterrichtsausfälle zu beseitigen. Bei den ganzen hohen Ansprüchen, die wir an ein Bildungssystem, die wir an den verkürzten Bildungsgang im Gymnasialbereich stellen, müssen auch die in der Stundentafel vorgesehenen Stunden, und das sind schon weniger, als zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler in Bayern im selben Zeitraum bekommen, garantiert erteilt werden.

Über die Frage der Mitbetreuung haben wir uns damals gestritten, ob das Unterrichtsausfall ist oder nicht. Ich halte es für notwendig, dass hier Transparenz herrscht, darauf haben wir uns auch geeinigt, dass das in Zukunft transparenter dargestellt wird. Der Unterrichtsausfall ist eines der größten Probleme, die wir im Schulbereich haben, und wir werden uns auch im kommenden Haushalt dafür einsetzen, dass hier etwas getan wird, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt ein großes Problem, das hat Frau Stahmann richtigerweise angesprochen, das ist das Verhältnis Schule und Behörde. Ich möchte jetzt allerdings nicht wie Frau Stahmann hier mit dem Benzinkanister noch ein bisschen zündeln, indem ich noch versuche, das Feuer anzuzünden. Es hat eine Schulleiterbefragung eines neuen Schulleiterverbandes gegeben, daraus kann man ableiten, dass es ein Problem bezüglich der Kommunikation zwischen den Schulen und der Behörde gibt, aber auch, was das Klima insgesamt betrifft. Ich begrüße daher ganz ausdrücklich die von Herrn Senator Lemke in der vergangenen Woche angekündigte externe Evaluation der Bildungsbehörde selbst. Das ist eine Forderung, die die CDU schon lange erhoben hat, dass nicht nur die Schulen überprüft werden, sondern dass auch die Arbeit der Behörde genau evaluiert wird, und dann werden wir auch sehen, ob alle Mitarbeiter in Ihrer Behörde eigentlich notwendig sind, Herr Senator Lemke.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen da keinen Wasserkopf haben, sondern wir wollen eine klare, schlanke, effiziente Behörde, die sich als Dienstleister für die Schulen versteht. Hier haben wir eine Forderung, die wir lange aufgestellt haben, was die Arbeit der Behörde angeht, sie wird jetzt erfüllt. Ich glaube, dass das bei den Schulen auch gut ankommen wird, Herr Senator Lemke, dass eben nicht nur die Schulen überprüft werden, darauf haben wir uns vor einigen Jahren schon geeinigt, sondern dass jetzt auch die Arbeit der Behörde dort auf den Prüfstand kommt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Frau Stahmann?

(C)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Von Frau Stahmann immer, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich fühle mich geschmeichelt, Herr Rohmeyer! In der letzten Sitzung der Bildungsdeputation, das ist noch nicht so lange her und müsste eigentlich auch noch in Ihrem Kurzzeitgedächtnis gespeichert sein, hat der Bildungssenator den Sprecherinnen und Sprechern in der Bildungsdeputation und den anwesenden Deputierten mitgeteilt, dass er sich selbst entschlossen hat, seine Behörde einer Qualitätsüberprüfung zu unterziehen. Ehe wir uns streiten wie in einem Werbespot von Ricola – wer hat's erfunden? – möchte ich an dieser Stelle doch sagen: Der Bildungssenator war der Erste, der dies vorgestellt hat!

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Es war, Frau Kollegin Stahmann, auch keine Frage! Sie werden in den Programmen und Forderungen der CDU-Partei und der CDU-Fraktion nachlesen können, dass auch wir uns mit der Arbeit der Behörde die ganze Zeit beschäftigt und eine solche Überprüfung gefordert haben. Ich habe eben nicht gesagt, dass wir es erfunden haben. Ich habe dem Senator dafür gedankt, dass er eine solche Evaluation vornehmen lässt! Nichts anderes habe ich gesagt, aber es war letzte Woche Donnerstag, es sollte in unseren beiden Gedächtnissen sein.

(D)

Ich habe letzte Woche nicht die Forderung erhoben, und der Senator hat darauf geantwortet, aber die CDU hat diese Forderung schon lange schriftlich, das können Sie nachlesen, Frau Kollegin Stahmann, dass wir die Arbeit der Behörde überprüfen. Das ist ja eigentlich auch im Sinne der Grünen-Fraktion, wenn ich mich an Ihre Debattenbeiträge bei den zahlreichen Podiumsdiskussionen, wo wir beide uns zurzeit zumindest treffen, erinnere.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Frau Stahmann, Sie haben der CDU zu einer erfolgreichen Klientelpolitik gratuliert. Dazu möchte ich Ihnen nur noch einmal zwei Sachen zum Selbstverständnis sagen, wir sind ja schließlich nicht wie die Grünen oder die FDP eine Klientelpartei, sondern wir sind eine Volkspartei, und als Volkspartei sprechen wir die große Mehrheit der Menschen in dieser Stadt an. Von daher, wenn Sie sagen, die große Mehrheit in dieser Stadt ist unsere Klientel, dann sehen Sie das richtig, weil die große Mehrheit der Menschen in Bremen unsere Bildungspolitik auch unterstützt, weil sie Schul-

(A) vielfalt begrüßt und sich nicht in eine Einheitsschule pressen lassen will, Frau Kollegin Stahmann.

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage auch noch einmal ganz deutlich: Was Sie hier vorschlagen, sagen Sie es auch den Menschen draußen, was Sie vorhaben! Sie haben die Einheitsschule von Klasse 1 bis 10 vor, Sie wollen die Schulen auch entsprechend bevorteilen, die so arbeiten, und andere abstrafen, Sie wollen die Menschen –

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Abstrafen!)

Frau Linnert, lesen Sie doch einmal, was Frau Kollegin Stahmann so erzählt! Sie wollen die benachteiligten, die nicht nach Ihren Vorstellungen arbeiten, das ist Abstrafen. Wenn das Ihre bildungspolitischen Vorstellungen sind, finde ich das ziemlich dubios, meine Damen und Herren von den Grünen.

Sie wollen die Einheitsschule von Klasse 1 bis 10, Sie wollen das Gymnasium abschaffen, sagen Sie es dann auch deutlich! Sagen Sie deutlich, dass Sie damit einen Privatschulboom auslösen werden, der die Frankeschen Dimensionen der Siebziger- und Achtzigerjahre bei Weitem übersteigen wird. Die Menschen lassen sich nämlich nicht in eine Einheitsschule pressen, die Menschen wollen die Freiheit, die sie haben, nutzen. Sie werden auch in Zukunft die Freiheit nutzen, und dann werden sie auch die Schulen in freier Trägerschaft in einem viel stärkeren Maße als in der Vergangenheit anwählen.

(B) Das kann nicht Ziel staatlicher Schulpolitik sein, dass die Menschen aus den staatlichen Schulen flüchten, meine Damen und Herren von den Grünen! Bedenken Sie das, wenn Sie hier Ihre Einheitsschule propagieren! Die Menschen wollen Schulvielfalt in Bremen haben, und diese Schulvielfalt werden sie mit der CDU auch weiter in Zukunft haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Man konnte eben nicht so recht ermitteln, ob das jetzt mein Dreh war zurück zum Mikrofon oder Ihr Karma, Herr Rohmeyer, was die Blätter zum Fallen gebracht hat!

(Heiterkeit)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich möchte jetzt gar nicht so lange reden, ich möchte einfach einmal die Gedanken der CDU anstoßen und Herrn Rohmeyer doch noch einmal bitten, hier im Hause auszuführen, was denn die CDU in Hamburg jetzt eigentlich so macht. Dort tobt eine große Enquete zum Thema Bildung, und die CDU in Hamburg hat maßgeblich vorgeschlagen, die Schularten zu reduzieren, die Vielfältigkeit zurückzuführen und ein zweisäuliges Bildungssystem zu machen. Sie verfällt nicht in die Demagogie und redet dann darüber, das sei nun der Weg zur Einheitsschule, sondern diskutiert ganz offen darüber, dass auch Gymnasien verpflichtet sein können in der Zukunft, alle Schulabschlüsse anzubieten, wie die Regionalschulen es auch machen sollen. Dann denke ich: Da bewegt sich doch eine CDU-Fraktion in einer größeren Stadt. Warum macht das denn die Bremer CDU nicht?

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man kann sich natürlich fragen, wenn man auf der Autobahn fährt, und es kommen einem alle entgegen: Ist man selbst der Geisterfahrer, oder sind die anderen die Geisterfahrer?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

So kann man auch, Herr Rohmeyer, sich bildungspolitisch einmal in der Welt umschauen nach Kanada, nach Finnland, nach Schweden! Man kann sagen, sie sprechen eine andere Sprache, sie essen ein anderes Essen, sie verkaufen andere Sachen, die Schweden verkaufen ganz viel Musik ins Ausland, die Kanadier sind bekannt für ihre tollen Wälder und für ihre tolle Natur, aber sie haben eines gemeinsam: Sie haben ein Bildungssystem, das Kinder nicht ausgrenzt und sagt, alle Kinder haben Talente, diese müssen gefördert werden. Sie verschwenden keine Zeit auf das Sortieren der Kinder und sagen: Wir machen eine Schule, und diese Schule ist verpflichtet, sich für die Kinder verantwortlich zu fühlen.

(D)

Das ist keine Einheitsschule, ich sage noch einmal, das ist der Kampfbegriff der CDU, das ist Quatsch! Es geht um eine Schule, die Vielfalt fördert, die gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer hat, eine Schule, in der man alle Schulabschlüsse erwerben kann, und das hat nichts mit dem zu tun, was die CDU uns hier erzählen will.

Das Bremer Schulsystem hat so viele Löcher und Gräben, da fallen doch die Kinder reihenweise hinein,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sonst müssten Sie sich doch hier nicht hinstellen als Vertreter der Großen Koalition und sagen, jedes Jahr haben wir 500 Jugendliche ohne Schulabschluss, und,

(A) Herr Rohmeyer, Sie haben noch einmal 500 oben darauf, die so schlechte Schulabschlüsse haben, dass sie damit gar keinen Ausbildungsplatz finden. Die CDU hat keine Antwort auf diese Fragen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat Herr Senator Lemke, wenn Sie es ergreifen möchten!

(Senator L e m k e : Doch!)

Dann bitte ich darum!

Senator Lemke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stehe am Ende dieser Legislaturperiode vor einer Situation, dass ich Ihnen einen Leistungsbericht vorlegen kann und, ich finde, einen sehr imposanten Leistungsbericht vorlegen kann, wo man sehr genau schauen kann, was in den letzten Jahren in der Bildungspolitik in unserem Land geleistet worden ist. Ich glaube, wir alle in der Deputation für Bildung brauchen uns nicht zu schämen für die vielfältigen Aktivitäten, die wir in den vergangenen 8 Jahren – so lange bin ich ja im Amt – hier gemeinsam umgesetzt haben.

(B) (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich mich recht erinnere, ganz viele Vorhaben, ich würde einmal so aus dem Bauch heraus sagen, 80 Prozent dessen, was hierin steht, sind mit den Stimmen von Frau Stahmann durchgesetzt worden, nur um das ein bisschen zu differenzieren, was Sie hier gesagt haben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt!)

Ich möchte die Gelegenheit natürlich nutzen, das werden Sie verstehen, ein bisschen ausführlicher, als ich es sonst tue, darauf einzugehen, was diese Vorlage für mich bedeutet. Als ich das Amt übernommen habe, das war die Zeit, in der ich als Werder-Manager damals noch gelesen habe, dass eine Grundschuluntersuchung nicht durchgeführt werden konnte, weil zuvor Lehrkräfte die entsprechenden Fragestellungen ins Internet gesetzt haben. Dadurch war es damals nicht möglich, eine flächendeckende Untersuchung zu machen. Da habe ich mir schon überlegt: Was ist das für ein Schulsystem, das so einen Leistungsstand anonym und nicht in Rankings verhindert?

Ich habe Schulen gesehen, da regnete es wirklich durch die Dächer. Ich habe dann im Jahr 2000 nachgewiesen bekommen durch die Pisa-Ergebnisse, wie schlecht unsere Ergebnisse sind, und ich habe erfah-

ren, dass bei Leistungsvergleichen unsere Abiturienten mit keinem norddeutschen Bundesland mithalten konnten. Das war die Amtsübernahme 1999 mit den entsprechenden Ergebnissen.

(C)

Es war nicht ganz einfach, die Ärmel aufzukrempeln und zu sagen, hier müssen wir unbedingt gehalten. Ich nehme für mich in Anspruch, mit dem runden Tisch Bildung einen politisch-gesellschaftlichen Konsens erzielt zu haben über das, was nach Pisa zu tun war. Ich nehme auch für mich in Anspruch, und das war früher nicht immer so, Frau Stahmann, den Leistungsgedanken und -anspruch in Bremer Schulen gestärkt zu haben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich nehme auch für uns in der Deputation in Anspruch, die Qualität und Standards von Unterricht und schulischen Abschlüssen durch klare Rahmensetzung verbessert zu haben, nicht zuletzt, damit Bremer Schülerinnen und Schüler die Anschlüsse nicht verpassen. Das ist der entscheidende Punkt, dass wir nicht abschlussorientiert, sondern anschlussorientiert arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Um es Ihnen zu verdeutlichen: Wenn der Kindergarten vorbei ist, dann müssen sich die Kinder auf die Grundschule freuen, dann müssen sie sagen, da werden wir erwartet, da sind wir willkommen, da freuen wir uns auf den ersten Tag, wo wir empfangen werden, wo wir willkommen geheißen werden in den Grundschulen.

(D)

Genauso muss es sein, dass die Grundschullehrerin nicht nach der 4. Klasse sagt, na schön, jetzt habe ich sie wieder alle in die nächste Schulstufe gebracht, sondern sie muss sagen, ich arbeite mit der Sek-I-Lehrerin aus dem benachbarten Schulzentrum oder der Gesamtschule so zusammen, dass die Kinder wissen und ich weiß, was von den Kindern erwartet wird. Wir machen diese Übergänge nicht optimal, wir müssen dort besser werden, und wir sind deutlich besser geworden dadurch, dass wir in den entsprechenden Bereichen auch ganz konkret etwas umgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf auch sagen, das war bei all den 3 Kolleginnen im Jugendressort, mit denen ich zusammenarbeiten durfte und jetzt noch zusammenarbeite: Das frühe Lernen haben wir definiert und systematisch gestärkt!

(Beifall bei der SPD)

Sprachstandserhebung, Sprachförderung aus meiner, aus unserer Sicht, da wird die Kollegin Rosenkötter deutlich zustimmen, könnten noch intensiver

(A) gemacht, müssen früher gemacht werden. Wir müssen früher in die Familien hineingehen, um die Fehlentwicklungen zu verhindern. Sie gehen ja nicht zurück, sie werden ja immer schlimmer. Das ist ja nicht so, dass durch eine vernünftige Bildungspolitik die Verwahrlosung in den Familien zurückgebracht wird, sondern wir erleben es, ich sehe das immer wieder in den Grundschulen und höre das aus den Kindergärten, dass die Verwahrlosung der Kinder immer schlimmer wird. Da müssen wir als Staat die Verantwortung übernehmen für die Familien, die leider nicht in der Lage sind, sich selbst zusammenzureißen und für die Erziehung ihrer Kinder selbst einzuschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Fördern und Fordern ist an Bremer Schulen verstärkt, verbessert, verbindlich gemacht worden. Das gab es früher auch nicht so intensiv, wie wir das jetzt gemacht haben. Wir haben, und da gilt mein Dank natürlich dem Finanzsenator oder den Finanzsenatoren, denn das betrifft ja nicht nur den einen, sondern das ist ja auch schon früher entsprechend umgesetzt worden, für die Herstellung der Wiederansehlichkeit, der Funktionstüchtigkeit vieler Schulgebäude gesorgt. Das ist früher auch nicht selbstverständlich gewesen, da gehen wir mit Freude jetzt in die Schulen und übergeben die Schlüssel an die Schulleiterinnen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Auf die Grundschule will ich nicht weiter eingehen, das ist in den Debattenbeiträgen bereits entsprechend gewürdigt worden. Ich weiß allerdings, dass Sie, liebe Frau Stahmann, in den ersten Monaten meiner Dienstzeit als grüne Fraktion – jetzt Sie nicht persönlich, sondern die grüne Fraktion – mir alle möglichen Schwierigkeiten bereitet haben, um die Einführung einer guten, verlässlichen Grundschule, wie wir sie gemeinsam im Interesse der Mütter und Familien umgesetzt haben, zu bekämpfen, und mir das Leben sehr schwer gemacht haben. Ich kann mich gut daran erinnern!

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau K r u s c h e
[Bündnis 90/Die Grünen]: Das war aber nur
einer!)

Wir haben eine Vielzahl von Fördermaßnahmen aus der Lektion, die wir aus Pisa und Iglu gelernt haben, umgesetzt. Früher galt das Prinzip, und da darf ich Henning Scherf, meinen alten Freund und Weggefährten, zitieren, der gesagt hat: Wir haben es falsch gemacht, wir haben Fördermittel in die Schulen gegeben und nicht genau aufgepasst, was damit gemacht worden ist. Da ist es leider passiert, dass die Gelder eben nicht bei den Kindern angekommen sind, die immer im Fokus unserer Diskussion stehen sollten, sondern sie sind eben anderweitig ausgegeben

worden, für ein gutes Schulklima, für die Teilung von Stunden, aber nicht für die Förderung der Kinder, die uns besonders am Herzen liegen, die die Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems übrigens nach wie vor darstellen.

Wir haben es aber zumindest erreicht mit den vielen Dingen, die jetzt auch schon zitiert worden sind, dass ein kleiner Schritt in Richtung mehr Bildungsgerechtigkeit in unserem Land durchgesetzt worden ist in den letzten 8 Jahren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe gerade von einer Abgeordneten gehört aus einem Gespräch mit dem Personalrat im Bereich Schulen, dass man sich beklagt hat, so viel Bürokratiearbeit zu haben, und als Beispiel wurde dann herangeführt: Wir müssen die vielen Förderberichte für die Kinder schreiben, weil das eine Forderung von Ihnen aus der Behörde ist, dass wir uns um jedes einzelne Kind zu kümmern haben und entsprechend, wenn sie bei der Versetzung gefährdet sind, Förderberichte zu erstellen haben. Ja, meine Damen und Herren, das erwarte ich von unseren Lehrerinnen und Lehrern, dass sie solche Förderberichte schreiben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das ist kein bürokratischer Unsinn der Behörde, sondern das führt dazu, was mich so unheimlich gefreut hat wiederum im dritten Jahr bei meinen Besuchen in den Ostercamps: Die Kinder wollen! Sie bekommen das Signal vom Staat: Der Staat, die Lehrerinnen und Lehrer und alle Personen, die uns betreuen, wollen, dass wir das Ziel schaffen, versetzt zu werden. Das ist ein ganz deutliches Signal, und dieses Signal für die Kinder ist so wichtig, dass sie sehen: Das ist ein Motivationsschub, der mich dazu bringen soll, das Klassenziel – die Versetzung in die nächste Klasse – zu erreichen. Ich bin ganz sicher, die Zahlen werden wir nachher in der Fragestunde noch einmal erörtern, das ist ein richtiges Signal für die Kinder, und wenn wir hier weitermachen, werden die Zahlen auch deutlich besser.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss, bevor ich einen kleinen Ausblick mache, noch einmal auf Frau Stahmann eingehen, weil ich mich sehr über ihre Darstellung meiner Reaktion auf die Überlastanzeigen geärgert habe, dass ich quasi per Gericht gezwungen werden muss, mich da zu unterhalten. Das ist eine üble Unterstellung von Ihnen! Ich habe jedem einzelnen Lehrer – es waren mehrere Hundert, die diese von der GEW vorbereiteten Zettel auf der letzten oder vorletzten Personalversammlung an mich in den Rembertiring geschickt haben – persönlich geantwortet. Es war die Bitte des

(C)

(D)

(A) Personalrats, doch die Sorgen der Lehrer ernst zu nehmen.

Wir haben jedem einzelnen Lehrer angeboten, in die Behörde zu kommen, um mit uns, mit den Oberschulräten, mit den zuständigen Beamten zu reden, wie wir die Überlastung reduzieren können, in jedem einzelnen, persönlichen Fall! Viele sind aber nicht erschienen, viele Kolleginnen und Kollegen sind nicht erschienen. Dadurch ist bei mir doch ganz klar der Eindruck entstanden, es war eher ein politisches, ein bildungspolitisches, ein gesellschaftspolitisches, ein arbeitspolitisches Signal in Richtung Rembertiring: Entlastet uns von solchen Förderberichten und anderen Dingen, mit denen ihr uns in der letzten Zeit belastet habt!

Was ich nicht gemacht habe: Ich habe nicht verhandelt über die geforderten 4 Prozent mehr Lehrerstellen, weil mir im Haushalt dazu jegliche Möglichkeit genommen ist, und ich denke im Traum nicht daran, eine einzige Unterrichtsstunde meinen Schülern wegzunehmen, damit ich an anderer Stelle eine Entlastung für die Förderberichte bekomme! Dazu stehe ich auch heute noch hundertprozentig.

(Beifall bei der SPD)

(B) Und jetzt sind wir, liebe Frau Stahmann, dabei, jeden Monat rede ich einmal mit dem Personalrat, schon seit 8 Jahren, und nicht ein einziges Mal habe ich da gekniffen oder den Dialog verhindert. Jedes Mal, wenn sie mich zu Personalversammlungen eingeladen haben, habe ich gesagt, jawohl, ich komme! Wenn ich aber sehe, dass ich in eine Personalversammlung am Morgen eingeladen werde, und durch meine Teilnahme fällt womöglich mehr Unterricht als ohne meine Teilnahme aus, dann sage ich ihnen, bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, das habe ich ihnen vor 4 Jahren gesagt, ladet mich bitte zu den auch stattfindenden Nachmittagsveranstaltungen ein, da komme ich gern. Ich habe aber leider keine Einladung bekommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nicht alles, was wir gemacht haben, war hundertprozentig richtig. Ich sage Ihnen, das ist eine fünfzigseitige Leistungsbilanz. In verschiedenen Bereichen, würde ich sagen, das mit den Noten, mit den Leistungs-/Lernentwicklungsberichten, das würde ich vielleicht ein bisschen anders sehen. Ich hätte vielleicht auch früher mit den Bildungslandschaften beginnen müssen, dass man sagen kann, hier bekommen wir es hin, Kinder nicht zu trennen, sondern nach Möglichkeit, wie es jetzt mittlerweile in einzelnen Stadtteilen auch geht – übrigens sehr einvernehmlich auch in der Deputation –, zu Bildungslandschaften zu kommen, dass wir in jedem Stadtteil den Eltern etwas anbieten können, was

nicht unübersichtlich ist, sondern immer wieder auch die Durchlässigkeit für Schülerinnen und Schüler ermöglicht, dass niemand nach der vierten Klasse aussortiert wird.

(C)

Ich würde übrigens, wenn Sie entsprechende Gespräche führen mit Eltern, einmal auf die Entwicklung der Gesamtschulzahlen in Bremen verweisen. Da wird niemand selektiert, sondern da kann man bis zum Abitur in die Gesamtschule gehen. Also, wenn Sie noch einmal so etwas behaupten, dann denken Sie daran, dass es unser Schulgesetz möglich macht, dass die Kinder in Gesamtschulen angemeldet werden, dass wir die Elternwünsche sehr ernst nehmen! Das ist auch ein Erfolg der Großen Koalition, liebe Frau Stahmann!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Jetzt, meine Damen und Herren, der allerletzte Satz! Im Ausblick unter den vielen Aufgaben – da sind noch viele! – bleibt eine Aufgabe der Bildungspolitik in unserem Land vorrangig und zentral. Sie haben gesagt, der schulische Erfolg hängt vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist falsch! Der schulische Erfolg unserer Kinder hängt davon ab, ob sie vom Elternhaus und von Freunden, von der Gesellschaft, von der Schule mitgenommen werden. Wenn Sie einmal ein gutes Beispiel für gelungene Integration hätten sehen wollen, dann hätte ich Ihnen empfohlen, zu „Jugend debattiert“ zu kommen. Da waren hier und da 8 Jugendliche bei „Jugend debattiert“ von 600, die angefangen haben, an dem Wettbewerb teilzunehmen, Frau Stahmann! Hören Sie einen ganz kleinen Augenblick zu!

(D)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ich höre zu!)

Nein, Sie waren eben gerade im Gespräch mit Frau Linnert, aber das macht nichts! 8 Jugendliche saßen hier, davon 4 mit Migrationshintergrund. Derjenige, der uns vertritt, Dimitry, das ist einer, der vor 9 Jahren noch kein Wort Deutsch gesprochen hat, er ist der Stolz der Schule Hermann-Böse-Gymnasium. Auf ihn können wir alle sehr stolz sein. Da gibt es keine dicke Geldbörse zu Hause, sondern er hat eine tolle Familie, die dahintersteht, dass dieser Junge eine glänzende Integration erfährt.

Das, meine Damen und Herren, ist die eigentliche Aufgabe unserer Bildungspolitik in diesem Land! Das ist keine Wahlkampfrede, sondern das ist mir völlig gleichgültig, welche Koalition oder welche Partei dazu die Kraft findet. Die Ungerechtigkeit in unserem Bildungssystem zu beheben, um mehr Jugendlichen aus einer sozial schwachen Familie, ob mit Migrationshintergrund oder ohne, das ist völlig gleichgültig, das ist die Aufgabe, der wir uns stellen müssen, weiterhin stellen müssen! Deshalb reden wir das nicht klein,

(A) was wir hier als Leistungsbilanz vorzulegen haben, sondern sind stolz darauf. – Vielen Dank!

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im SPD-Programm steht, dass die Bildung von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Herr Senator Lemke, ich sage einmal, Dmitry Yaskov ist ein hervorragender Schüler, begabt. Ich habe aber gesagt, wir haben einen Migrantanteil von 50 Prozent bei den Schülern, und ich sage, wenn Eltern arbeitslos sind, Hartz IV empfangen, hat man überhaupt nicht die Mittel, seinem Kind die gleichen Chancen zu bieten wie ein Akademikerpaar, das in Schwachhausen wohnt, das das Kind ganz anders fördern kann, mit Musikunterricht, mit Ausflügen, mit Fahrten. Ich finde, das muss doch auch ein SPD-Bildungssenator erkennen, dass man hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen kann.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das hat er doch erkannt!)

(B) Doch, er hat gesagt, es stimme nicht, dass der Bildungsweg von der sozialen Herkunft abhängt!

(Widerspruch bei der SPD)

Natürlich hängt er nicht nur von der sozialen Herkunft ab. Er hängt aber auch von der sozialen Herkunft ab, und er hängt natürlich auch davon ab, was für ein Klima in der Familie herrscht, ob Bildung wichtig ist.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Kein Wort hat er davon gesagt!)

Aber, Kollegin Hövelmann, wenn die Eltern kein Geld haben, um Nachhilfe zu bezahlen, dann landet das Kind nicht auf dem Gymnasium, da machen Sie sich doch nichts vor!

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Das ist doch eine Binsenweisheit!)

Da lügen Sie sich doch selbst etwas in die Tasche! Das ist einfach nicht so!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Herr Rohmeyer,

(Abg. **Kl e e n** [SPD]: Wir kämpfen schon seit 100 Jahren gegen so etwas!)

jetzt frohlocken Sie doch nicht! Sie haben hier doch eben das Kommando „Rettet Willi Lemke!“ ins Leben gerufen.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Quatsch!)

Ja, da müssen Sie sich hier jetzt nicht über das rotgrüne Klima belustigen. Ich habe zum Bildungssenator gesagt, das Problem der sozialen Kopplung in Bremen ist größer. Man darf es nicht kleinreden.

(Abg. **R o h m e y e r** [CDU]: Wer tut das denn?)

Es ist gut, wenn Schüler aus Migrantelternhäusern einen guten Bildungsweg gehen. Darauf kann man auch stolz sein, darauf kann auch Willi Lemke stolz sein. Man darf aber nicht den Fehler machen, dass man darüber insgesamt die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund vernachlässigt. Das habe ich eben da herausgehört, dass man versucht, sich da herauszulavieren, und Sie selbst versuchen, sich ein gutes Zeugnis auszustellen. Das darf man nicht machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stahmann, ich bin völlig überrascht, nicht über Ihren emotionalen Ausbruch, den schätze ich ja oft sehr und auch Ihre Wortgewandtheit, ich bin völlig überrascht über das, was Sie gesagt haben,

(Beifall bei der SPD)

oder ich muss auf einer anderen Veranstaltung gewesen sein als Sie! Wir sind doch aber beide im gleichen Raum und können doch beide hören.

Also, der Senator – übrigens auch ich in meiner Rede – hat gerade darauf hingewiesen, dass das das dringendste Problem ist, was gelöst werden muss. Ich kann überhaupt nicht verstehen, selbst wenn Sie hier mit einer rasanten Rhetorik versuchen zu erzählen, dass die SPD-Fraktion und den sozialdemokratischen Bildungssenator Willi Lemke dieses Thema nicht interessiert. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie Ihnen das überhaupt in den Kopf kommen kann nach der

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) gesamten langen Zusammenarbeit, die wir gehabt haben.

Das enttäuscht mich auch persönlich, denn jede Maßnahme, seitdem wir dieses Fördern und Fordern mit der Gießkanne abgeschafft haben, steht unter dem Prüfsiegel, ob sie dabei mithilft, die soziale Benachteiligung wegen Herkunft oder des Geldbeutels der Eltern zu erleichtern oder aufzuholen. Wir haben beide eben gesagt, sowohl Senator Lemke als auch ich vorher in meiner Rede, dass das die Hauptaufgabe ist. Ich habe das Haus noch in meiner Abschiedsrede gebeten, darauf zu achten, dieses absolut vordringliche Thema noch mehr in den Fokus zu stellen. Deshalb weise ich das für die SPD-Fraktion und meine Partei,

(Beifall bei der SPD)

Sie haben unser Parteiprogramm zitiert, ausdrücklich zurück und kann noch einmal sagen, ein biss-

chen enttäuscht bin ich auch, das habe ich eigentlich nicht erwartet! – Danke schön!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/1367, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Ich schließe jetzt die Landtagssitzung und wünsche unseren Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen eine gute Rückreise, möchte Sie aber daran erinnern, dass wir mit der Sitzung der Stadtbürgerschaft um 16.30 Uhr beginnen.

(Schluss der Sitzung 16.24 Uhr)

(B)

(D)